Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Doppelnummer / Preis S 25,-

2-3/79



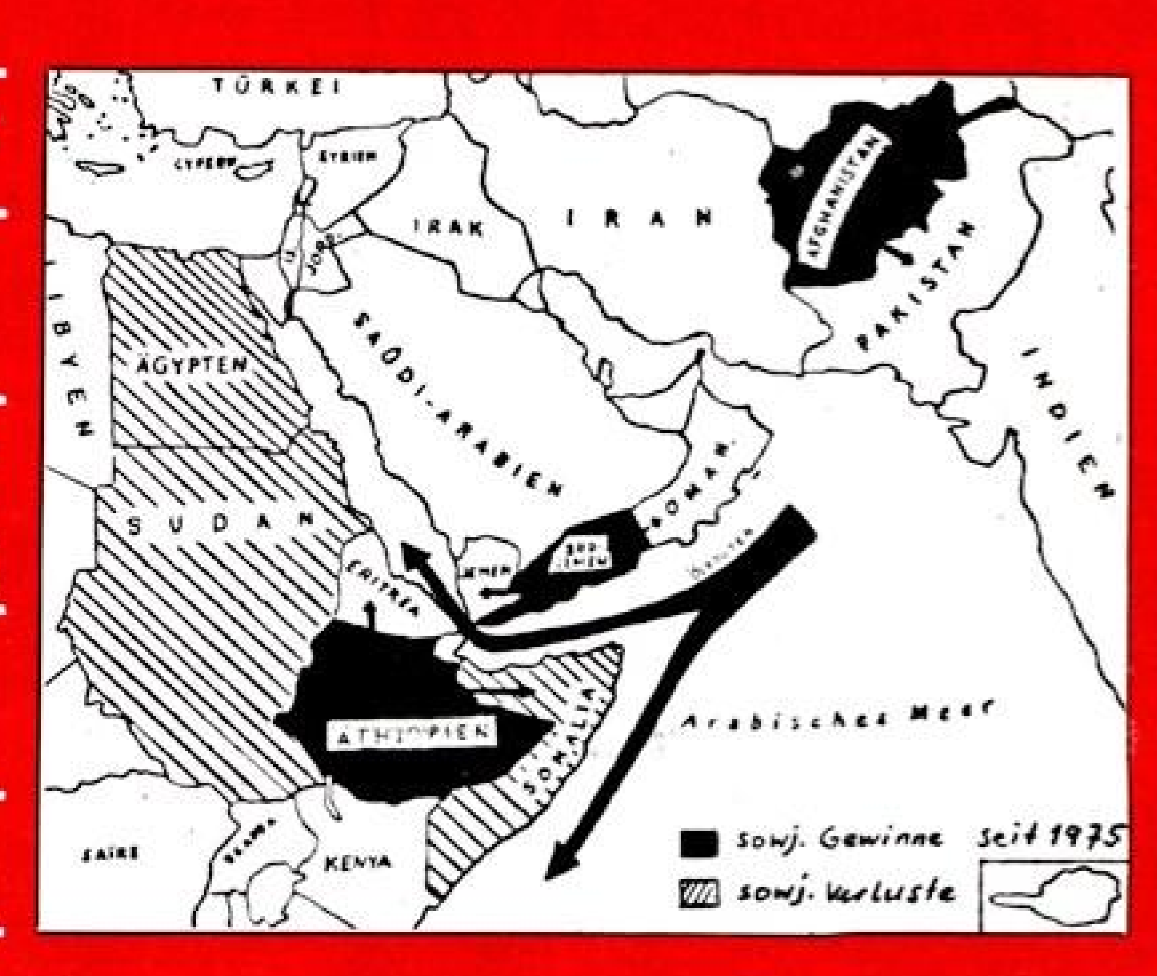
Zum Kampf um die 35-Stunden-Woche

Erfahrungen aus dem Kampf um die 40-Stunden-Woche

Die Politik des KB zum Nahen Osten — eine Selbstkritik

Materialien zur ökonomischen Struktur des Imperialismus und Sozialimperialismus Teil I

Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 1978



Inhaltsverzeichnis:

Kommunist - Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs
Erscheint monatlich.
Einzelpreis: S 18,-
Einzelpreis: (Doppelnummer) S 25,-
Halbjahresabonnement: S 130,-
Jahresabonnement: S 260,-
Auslandsabonnement: Halbjahr S 150,-
Ein Jahr S 300,-

Eigentumer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel. Alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1

Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H. 1040 Wien, Rienößlgasse 12

Zum Kampf um die 35-Stundenwoche: Erfahrungen aus dem Kampf um die 40-Stundenwoche

Vorbemerkung

Einige Auszüge bzw. knappe Zusammenfassungen aus einem Teil der Kapitel dieses Artikels sind bereits im „Klassenkampf" 16/79 erschienen, ohne aber den hier vorliegenden Artikel ersetzen zu können. Dieser entwickelt — angefangen von der Geschichte der Arbeitszeitverkürzung bis zur Frage der Entwicklung der Intensität der Arbeit — fast jedes Problem genauer.

Er behandelt auch einige weitere Fragen. Er bringt viel mehr Material. Er legt auch die Politik der Kommunisten zu verschiedenen Fragen — z.B. zur Überstundenfrage oder zum Problem „Arbeitsplatzsicherung durch Arbeitszeitverkürzung" — genauer dar.

„Derzeit ist die Arbeitszeitverkürzung kein aktuelles Thema für den ÖGB." Das meint ÖGB-Präsident Benya. Wenn es freilich so wäre, daß die Arbeitszeitverkürzung für die Masse der Arbeiter und Angestellten kein aktuelles Thema wäre, müßten die Benya, Sekanina, Kienzl und Konsorten sich nicht derart engagieren, um dagegen aufzutreten. Dann müßte die SPÖ nicht mit dem Versprechen nach weiterer Arbeitszeitverkürzung in den Wahlkampf gehen. Dann hätten nicht einige Gewerkschaften bereits die 35-Stunden-Woche als Forderung in ihrem Programm. Dann hätte die Gewerkschaft Druck und Papier nicht bei den jüngsten Kollektivvertragsverhandlungen für die Druckereiarbeiter 37,5 Stunden pro Woche fordern müssen. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist hochaktuell, denn in den letzten Jahren ist die Arbeitsintensität weiter gewaltig gestiegen. Und so wird es auch in den nächsten Jahren weitergehen. Noch wird aber die Forderung nach der 35-Stunden-Woche nicht massiv erhoben und die Meinungs- und Willensbildung darüber unter den Lohnabhängigen steht erst am Anfang. Das gilt auch für den Weg zu ihrer Verwirklichung. Es wird ein harter und langwieriger Weg sein. In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, sich noch einmal die Vorgeschichte und Geschichte der Einführung der 40-Stunden-Woche anzuschauen. Das liefert wertvolle Anregungen, Hinweise und Erfahrungen.

1955 — 1975: 20 Jahre von der Forderung bis zu ihrerRealisierung

Die Forderung nach 40-Stunden-Woche wird vom ÖGB erstmals in seinem Aktionsprogramm 1955 erhoben. Damals galten 48 Stunden als Wochennormalarbeitszeit. Unter Normalarbeitszeit ist die durch Gesetz oder Kollektivverträge oder Betriebsvereinbarungen, also in irgendeiner Form kollektiv festgelegte Arbeitszeit — ohne Überstunden also - gemeint. Der ÖGB forderte auf seinem 3. Bundeskongreß die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit (AZV) auf 40 Stunden, und zwar durch gesetzliche Regelung. Letzteres war sehr wichtig. Denn damals — und übrigens bis 1969 — galt die nazistische Arbeitszeitordnung 1939, die im Rahmen der Rechtsüberleitung 1945 zu österreichischem Recht geworden war. Sie legte eine 48-Stunden-Wochenarbeitszeit fest, die jedoch nach Kriegsbeginn durch Verordnungen auf 60 Stunden ausgedehnt wurde. Waren auch diese Verordnungen österreichisches Recht? Darüber gab es um 1955 heftige Auseinandersetzungen. Waren 48 oder 60 Stunden die wöchentliche Normalarbeitszeit (NAZ)? Der Verfassungsgerichtshof meinte 48, der Verwaltungsgerichtshof meinte 60. Die Bundeswirtschaftskammer ging ebenfalls von 60 Stunden NAZ aus. Das hatte natürlich Auswirkungen auf die Frage der Überstunden, ihre Bezahlung und auch ihre eventuelle Genehmigung durch das Arbeitsinspektorat. Aber die „Rechtsmeinung" der 60-Stunden-NAZ war nicht zu halten.

1959 konnte der ÖGB in einem Generalkollektivvertrag (GKV 59) die 45-Stunden-Woche erreichen. Das war aus der Sicht des ÖGB in mehrfacher Hinsicht nur ein Teilerfolg: Erstens war es keine gesetzliche Regelung, gab es daher weiterhin keine formelle „Rechtssicherheit" und unterlag sie daher nicht der Kontrolle des Arbeitsinspektorats. Zweitens galt es aus demselben Grund nur für die „gewerbliche Wirtschaft", für die die Bundeswirtschaftskammer kollektivvertragsfähig ist. Drittens war man nach wie vor von 40 Stunden Normalarbeitszeit weit entfernt. Aber auch andere Seiten des GKV 59 müssen negativ beurteilt werden: Es gab vor allem keinen vollen Lohnausgleich für die Akkordarbeiter und es gab eine üble Regelung der Überstundenentlohnung, die eine Verschlechterung bedeutete. Siehe dazu weiter unten. Die wirkliche Arbeitszeit sank nicht wie die NAZ um 3 Stunden, sondern nur um etwa 1 3/4 Stunden, während die Überstunden dementsprechend anstiegen. 1959 wurden im Durchschnitt aller Lohnabhängigen 3,1 Überstunden pro Woche gemacht, was um 6,9 Prozent mehr war als 1958. 1960 stieg das Überstundenausmaß noch einmal um 12,9 Prozent auf 3,5 pro Woche.

Nach 1959 wurde es äußerst ruhig um die 40-Stunden-Woche. Zwar erwähnten der 4. (1959), der 5. (1963) und der 6. (1967) Bundeskongreß die Frage immer wieder, aber nur beiläufig. Wenn Benya 1968 sagte: „Jetzt fordern wir die 40 Stunden schon seit 13 Jahren, aber die Unternehmer nehmen das anscheinend nicht ernst", dann ist dazu zu sagen: Wieso sollten sie das ernst nehmen? Von 1959 bis 1969 findet man kaum etwas und jedenfalls keinen einzigen wichtigen Artikel in „Arbeit und Wirtschaft" bzw. der „Solidarität". Nur 1963 einen internationalen Vergleich von Urlaub und Arbeitszeit. Das zielte auf die Verlängerung des Mindesturlaubs von zwei auf drei Wochen, die 1965 erfolgte.

Die Lage änderte sich ab Herbst 1968. Die Krise war überwunden und der Aufschwung hatte eingesetzt. Die Intensität der Arbeit und damit die Aktualität der 40-Stunden-Wochen-Forderung war in den 60er Jahren enorm gestiegen. Das war eine Zeit rascher Expansion des österreichischen Kapitalismus, rascher Verschärfung der internationalen Konkurrenz und dementsprechend rascher Verschärfung der Ausbeutung, vor allem der intensiven, d.h. dadurch daß den Arbeitern mehr Arbeit in weniger Zeit abgepreßt wird. Eine Episode ist vielleicht aus dieser Zeit erwähnenswert. 1966 kam es zur Beendigung der Koalition und zur ÖVP-Alleinregierung. Zweifellos aus parteipolitischen Erwägungen verfaßten damals ÖGB und Arbeiterkammer ein „Memorandum" an die „bürgerliche Regierung" mit den „Forderungen der Arbeiter und Angestellten". Dabei stand unter anderem die 40-Stunden-Woche im Vordergrund. Die SPÖ-Parlamentsfraktion stellte daraufhin einen Antrag im Parlament auf schrittweise gesetzliche Verkürzung der NAZ auf 40 Stunden binnen 3 Jahren. Die ÖVP war dagegen. Und da die SPÖ in Wirklichkeit auch nicht dafür war und offenbar auch noch nicht dafür sein mußte — der Druck war noch zu gering, die Krise 1966/67 setzte im Ausland gerade ein —, blieb der Antrag liegen und wurde nicht behandelt. Man hörte nichts mehr davon. Bis Winter 1968/1969. 1969 war das Jahr vor den Wahlen. Jetzt wurde die SPÖ aktiv. „Wir haben schon 1966 einen Antrag gestellt," hieß es, „und er ist mehr als zwei Jahre von der ÖVP unterdrückt worden. Jetzt reicht es!" Auch Benya machte sich am 12. September 1968 in einem aufsehen-

erregenden Rundfunkinterview und dann in der Gewerkschaftspresse für eine AZV stark. Auszüge aus seinem Interview mit der Jännernummer von „Arbeit und Wirtschaft“ haben wir im „Klassenkampf“ 13/79 abgedruckt. 1969 leitete die SPÖ ein Volksbegehren im Sinne ihres Antrags von 1966 ein. Der ÖGB unterstützte es in Wirklichkeit. Formell erklärte der ÖGB-Vorstand allerdings nach heftigem Krach zwischen FSG und FCG, daß er es seinen Mitgliedern freistelle, zu unterschreiben oder nicht. Von 4. bis 11. Mai unterschrieben 890.000 Menschen das Volksbegehren — die SPÖ hatte allerdings mit einer Million gerechnet. Die Forderung war: Ab 1.1.70: 43 Stunden, ab 1.1.72: 41 Stunden, ab 1.1.73: 40 Stunden.

Die Taktik der ÖVP war: „Ja zur Arbeitszeitverkürzung, nein zum Volksbegehren!“ Warum? Weil das eine zu komplizierte Materie sei, über die der „Mann auf der Straße“ nicht sachkundig entscheiden könne. Weil das nur ein Wahlschlager der SPÖ sei — was sicher eine wichtige Seite der Sache war. Weil man auf das Gutachten des „Beirates für Wirtschafts-und Sozialfragen“ der Paritätischen Kommission warten müßte. Die Kampagne der SPÖ und des ÖGB beeinflußte allerdings die „wissenschaftliche Arbeit“ des Beirates maßgeblich. Der Druck war groß, die Vertreter der Bundeswirtschaftskammer im Beirat mußten nachgeben, der Beirat verkündete: „Arbeitszeitverkürzung ist möglich!“ Zwar mit vielen Wenn und Aber und Empfehlungen an die Kapitalisten, wie sie die AZV „kompensieren“ könnten, aber immerhin.

1969 wurde zuerst der GKV 69 zwischen dem ÖGB und der Bundeswirtschaftskammer abgeschlossen und dann im Parlament das Arbeitszeitgesetz 1969 (AZG 69) beschlossen. Wichtigster Inhalt beider Regelungen: Verkürzung der wöchentlichen NAZ per 1.1.70 auf 43, per 1.1.72 auf 42 und schließlich per 1.1.75 auf 40 Stunden. Das war 20 Jahre, nachdem der ÖGB diese Forderung erstmals auf einem Bundeskongreß erhoben hatte.

Die Geschichte des Beschlusses von 1955 zeigt, daß vom Beschluß bis zu seiner Verwirklichung noch ein langer Weg ist und daß alles davon abhängt, ob die Arbeiter und Angestellten solche Beschlüsse im selbständigen Kampf sozusagen als Stützpunkte des weiteren Vormarsches nutzen.

Wie der GKV und das AZG 69 vorbereitet wurden

Sie fielen natürlich nicht plötzlich vom Himmel. 1968/69, am Vorabend der AZV, hatten bereits eine Reihe von Branchen und Betrieben durch Kollektivverträge bzw. Betriebsvereinbarungen bessere Regelungen als die des GKV 59 erreicht.

Um nur einige der wichtigsten Beispiele zu nennen. Die ÖMV arbeitete seit Anfang 1969 42 1/2 Stunden, Felten &Guillaume seit Oktober 1968 nur mehr 41 Stunden, Böhler seit Anfang 1968 44 Stunden, Alpine Montan seit Ende des Jahres 1968 ebenfals 44 Stunden, Schöller-Bleckmann hatte bereits einige Jahre vorher mit einer schrittweisen Arbeitszeitverkürzung begonnen und hielt dabei Ende 1968 bei 42 1/2 Stunden; aber nicht nur in größten Teilen der Verstaatlichten Industrie gab es solche besseren Regelungen, sondern auch in der Privatindustrie, so bei Eumig schon seit längerem 40 Stunden, bei Horny und Wirag (beide Philipskonzern) seit Herbst 43 Stunden u.a.m.; im Geld- und Kreditsektor wurde 43, bei den Sparkassen 44 Stunden gearbeitet, bei den Versicherungen (im Innendienst) 42,5 Stunden, bei Zeitungsdruckereien 42 Stunden (für Metteure, Korrektoren u.a. sogar 39). Weiters gab es eine Reihe von Arbeitszeitverkürzungen in Schichtbetrieben, so bei Ranshofen, in der Papierindustrie, in den Glashütten u.a.m. Das grafische Gewerbe — wo eine besondere Entwicklung stattfand — hatte bereits seit 1959 44 Stunden, damals allerdings dafür mit Lohneinbußen bezahlt, die erst 1969 wieder wettgemacht wurden. Auch bei verschiedenen Teilen der öffentlich Bediensteten gab es bereits kürzere Arbeitszeiten, so bei den Beamten im Bundesdienst 42 Stunden, bei der Gemeinde Wien und vielen anderen Gemeinden 43 Stunden. Das alles bezieht sich wohlgemerkt immer auf die NAZ, nicht auf die effektive Arbeitszeit. Viele dieser Verbesserungen wurden direkt am Vorabend der allgemeinen AZV durchgesetzt, was einerseits angesichts der bereits sich deutlich abzeichnenden allgemeinen Perspektive ihre Durchsetzung erleichterte, andererseits aber natürlich selbst ein Faktor war, um die Durchsetzung der allgemeinen AZV zu erleichtern. Aus dem Jahr 1968 gibt es eine sehr ausführliche Studie der Bundeswirtschaftskammer über die NAZ.

Tabelle 2
Verteilung der Normalarbeitszeit in der Industrie
(. . .% der Arbeiter/Angestellten/Zusammen haben . . . . Stunden NAZ)

Zusammen	Arbeiter	Angestellte	Zusammen
40	1,1	2,2	1,4
41	1,0	0,4	0,9
42	2,2	0,8	1,9
42,5	2,1	2,4	2,2
43	2,0	3,2	2,3
44	10,7	13,2	11,2
45	80,9	77,8	80,1

Die durchschnittliche NAZ lag also 1968 in der Industrie bei 44,7 Stunden (Tab. 1)

Tabelle 1
Normalarbeitszeit 1968 (in Stunden)

	Industrie	Gewerbe	Handel	Verkehr	Fremdenverkehr
Arbeiter	44,7	44,9	44,7	45,0	45,0
Angestellte	44,6	44,5	44,5	44,8	44,4
Zusammen	44,7	44,9	44,6	45,0	45,0

Die Tabelle 2 zeigt, wie sich der obige Durchschnitt von 44,7 Stunden NAZ in der Industrie bildet. Zwar hatten 1968 etwa 80 Prozent der Lohnabhängigen in der Industrie noch eine NAZ von 45 Stunden, aber immerhin fast 20 Prozent, das sind 90.000, bereits eine bessere Regelung — davon die Hälfte 44 Stunden — auf Betriebs- und Branchenebene. Dazu kamen wie gesagt die Verbesserungen vom Winter 1968/69. Anfang 1969 berichtete die „Solidarität“, daß in 400 Betrieben mit 130.000 Beschäftigten weniger als 45 Stunden NAZ in Kraft wären.

Übrigens lag in anderen Bereichen als der Industrie damals die NAZ oft auch über 45 Stunden. Das war möglich, weil der GKV 1959 ja nicht für alle Lohnabhängigen, sondern nur für den Bereich der „gewerblichen Wirtschaft“ galt, also z.B. nicht für die Land- und Forstarbeiter, für das grafische Gewerbe u.a.m., und weil auch in diesem GKV selbst Ausnahmen durch spezielle Kollektivverträge zulässig waren. So hatten 1968 5,8 % der Lohnabhängigen insgesamt eine NAZ von 46 - 59 Stunden und 3,2 % eine von 60 Stunden und mehr. Gerade in bezug auf letztere (z.B. LKW-Fahrer) „regelte“ der GKV 1959 nur, daß sich nichts ändert. Der GKV 1969 sah dann eine Verkürzung der NAZ bis 1975 auf 60 Stunden (!) vor.

Die Lage von Branche zu Branche war unterschiedlich (Tabelle 3)

Am günstigsten stand 1968 die chemische Industrie mit 43,6 Stunden da, während die Metallindustrie erst Anfang 1969 die NAZ auf durchschnittlich 44 Stunden senken konnte.

Die Verkürzung der NAZ erfolgte also nicht mit einem Schlag und plötzlich, sondern zu einem Zeitpunkt, als bereits verschiedene Belegschaften,sei es wegen einer bei ihnen besonders hohen Intensität bzw. Intensitätssteigerung der Arbeit, sei es einfach durch Ausnutzen günstiger Bedingungen eine bessere als die alte allgemeine Regelung durchgesetzt hatten. Z.B. forderte die Metallarbeitergewerkschaft noch bei den Kollektivvertragsverhandlungen 1969 eine Verkürzung der NAZ auf 43 Stunden per 1.1.1970, was sich selbst bereits auf verschiedene Betriebsvereinbarungen in der Branche stützte und andrerseits dann natürlich durch den Abschluß des GKV 69 hinfällig wurde. Aber gerade durch ein solches Vorgehen — auf gesetzlicher, generalkollektivvertraglicher, kollektivvertraglicher und betrieblicher Ebene — wurde der Druck auf die Kapitalisten sehr verstärkt. Sie sprachen, als sich das Ende 1968 sprunghaft verstärkte, von „Unterwanderung“ der alten Regelung,

Tabelle 3
NAZ nach Branchen

	Zahl der Lohnabhängigen	NAZ 1968
Bergwerke und eisenerzeugende Industrie	66.398	44,6
Stein- u. keramische Industrie	9.354	45,0
Glasindustrie	9.540	44,8
Chemische Industrie	38.095	43,7
Papier-, Zellulose-, Holzstoff- u. Pappenindustrie	16.779	44,7
Papierverarbeitende Industrie	5.177	44,6
Sägeindustrie	2.117	45,0
Holzverarbeitende Industrie	15.419	45,0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	34.543	44,7
Ledererzeugende Industrie	2.007	44,9
Lederverarbeitende Industrie	12.873	45,0
Gießerei-Industrie	2.181	44,9
Metallindustrie	6.761	44,9
Maschinen-, Stahl- und Eisenbauindustrie	48.257	45,0
Fahrzeugindustrie	20.121	45,0
Eisen- u. Metallwarenindustrie	41.472	44,6
Elektroindustrie	53.827	44,6
Textilindustrie	44.049	44,6
Bekleidungsindustrie	15.190	44,5
Insgesamt	444.160	44,7

„rücksichtslosem Ausnutzen jeder Chance“, „Störung der allgemeinen Verhandlungen“.

Daß eine allgemeine Regelung nicht mit einem Schlag eingeführt, sondern sich vorher in einzelnen Betrieben und Branchen anbahnt, ist etwas, was wir auch von anderen Fragen des Arbeiterschutzes her kennen. Denken wir nur an das jüngste Beispiel der Arbeiterabfertigung (siehe „Klassenkampf“ 12/79). Auch die Willensbildung und der Kampf in den einzelnen Fachgewerkschaften war hinsichtlich der AZV 69 und ist immer ungleichzeitig und von unterschiedlichem Verlauf. Andrerseits wird es fast immer nur eine mehr oder weniger beträchtliche Minderheit der Betroffenen sein, die mit ihrer eigenen Kraft und angesichts spezieller günstiger Bedingungen eine bessere besondere Regelung erreichen kann. Vor allem den schwächeren Teilen der Lohnabhängigen wird das nicht gelingen. Umso schlimmer übrigens, wenn gerade die Allerschwächsten mit NAZ von 60 Stunden und mehr aus der allgemeinen Regelung ausgeklammert werden, wie das sowohl 1959 als auch 1969 geschah. Eine allgemeine und das heißt gesetzliche — ein GKV erfaßt ja nicht alle Lohnabhängigen —Regelung ist daher unumgänglich, um die allgemeine Lage der ganzen Arbeiterklasse und ihre Kampfbedingungen zu verbessern und um die Einheit der Klasse zu sichern. Sie ist unverzichtbar und auch im Kampf um bessere Sonderregelungen, wo dies möglich ist, darf man das nie aus dem Auge verlieren. Wenn daher Benya im Februar 1979 in der „Solidarität“ sagte, man könne an das Problem der AZV — derzeit freilich ohnehin „nicht aktuell“ — „nur branchenweise herangehen“, dann hat das sein Richtiges, aber es birgt auch die Gefahr, daß auf die Notwendigkeit einer allgemeinen Regelung — vor 1969 von der ÖGB-Führung unheimlich betont — bewußt „vergessen“ wird.

Auch bei der 35-Stunden-Woche geht es darum, unter Nutzung der konkreten Bedingungen überall dort Verbesserungen zu erkämpfen, wo dies möglich ist. Z.B. war die —freilich nur verbale — Forderung der Gewerkschaft Druck und Papier bei den letzten Kollektivvertragsverhandlungen für die Druckereiarbeiter nach Verkürzung der NAZ auf 37 1/2 Stunden so etwas. Zugleich müssen alle von den Arbeitern erzwungenen Vorstöße einzelner Gewerkschaften und Betriebsräte mit dem Kampf, mit der Vorbereitung, mit dem Kräftesammeln für eine allgemeine Verkürzung der NAZ —Blickrichtung 35 Stunden — verbunden werden.

Blickrichtung 35 Stunden deshalb, weil natürlich auch auf der allgemeinen gesetzlichen Ebene Teilforderungen und Teilerfolge (z.B. 37 1/2 Stunden) denkbar sind, ebenso wie die verschiedensten etappenweisen Regelungen. 1969 sprachen sich die Kapitalisten und übrigens auch der „Beirat“ dagegen aus, daß auf fünf Jahre im voraus ein fester Etappenplan beschlossen würde. Man könne ja die wirtschaftliche Entwicklung nicht vorhersehen. Der ÖGB bestand aber zumindest darauf, daß 1975 — in welchem Rhythmus auch immer die Verkürzung erfolge (Ausnahmen von der Regel waren nämlich diesbezüglich zugelassen) — 40 Stunden erreicht sein müßten.

Wie aus 5 Stunden AZV am Papier in Wirklichkeit 3 Stunden 48 min. werden

Daß die NAZ von 1970 um 5 Stunden verkürzt wurde, bedeutete nicht, daß sich tatsächlich die NAZ jedes einzelnen Arbeiters und Angestellten um 5 Stunden verkürzte. Der erste Grund war: Wer z.B. schon 1969 eine NAZ von 43 Stunden hatte, für den brachte erst die zweite Etappe per 1.1.72 etwas. Im GKV war ein Beibehalten eines „Vorsprungs“ ausdrücklich ausgeschlossen. Viele Belegschaften standen 1970 bezüglich der NAZ selbst aber vor einem anderen Problem: dem der Verteidigung der bezahlten Pausen. Der ÖGB erkaufte nämlich die AZV mit der Zustimmung zur Beseitigung der bezahlten Pausen bzw. ihrer „Einrechnung“ in die AZV. Und zwar sollten die bezahlten Pausen — und ebenso „bezahlte Zeiten am Ende der Arbeitszeit“ 1970 zu 2/5, 1972 zu 3/5 und 1975 schließlich ganz abgeschafft werden.

Der Umfang dieser früher erkämpften bezahlten Pausen war ziemlich groß. Nehmen wir als Beispiel wieder die Industrie (Tabelle 4):

Tabelle 4
Bezahlte Pausen in der Industrie 1968 (in Stunden)

	NAZ	Netto-NAZ*	Pausen
Arbeiter	44,7	43,7	1
Angestellte	44,6	44,2	0,4
Zusammen	44,7	43,8	0,9

* (d.h., NAZ minus Pausen)

Allerdings sind diese bezahlten Pausen zwischen, aber auch innerhalb der einzelnen Branchen sehr ungleich verteilt. 51,3 % der Industriearbeiter hatten keine bezahlten Pausen, bei den Angestellten waren es 75 %, insgesamt also 56,8 % der Lohnabhängigen in der Industrie.

Gehen wir im weiteren aber vom Durchschnitt aus:0,9 Stunden sind 54 Minuten. Davon sollten 1970 2/5, das sind etwa 22 Minuten, in die AZV „eingerechnet“ werden. Bedenkt man, daß die NAZ selbst auch schon bei 44,7 lag, also etwa 20 Minuten unter 45 Stunden, dann ergibt sich, daß die NAZ — also ganz abgesehen von Überstunden — im Jahr 1970 zwar am Papier um 2 Stunden, aber in Wirklichkeit nur um 1 Stunde und 20 Minuten verkürzt wurde, und bis 1975 am Papier um 5 Stunden, aber in Wirklichkeit nur um 3 Stunden und 48 Minuten (5 Stunden minus 0,3 Stunden, um die die NAZ bereits 1968 niedriger lag als 45 Stunden, und minus 0,9 Stunden Pausen).

Das stimmt allerdings nicht ganz, denn nicht alle Pausen durften „eingerechnet“ werden — nämlich solche Pausen, die gesetzlich vorgeschrieben waren, weiters Fließband-Kurzpausen u.ä. Mehr als 4 Stunden betrug die Verkürzung der NAZ jedoch wahrscheinlich nicht.

Freilich konnte diese üble Pausenregelung zum Teil von den Lohnabhängigen betrieblich oder branchenweise abgewehrt werden. Z.B. im grafischen Gewerbe, in einer Reihe Großbetriebe der Elektroindustrie — um nur einige Beispiele zu nennen. Überhaupt wurde in den KV-Verhandlungen der Jahre 1969 und 1970 versucht, einige schlechte Regelungen bzw. direkte Verschlechterungen durch AZG und GKV 69 abzuwehren bzw. durch bessere zu ersetzen.

Ein anderer schlechter Aspekt von AZG und GKV 1969 hinsichtlich der Arbeitszeit ist, daß wieder wie schon 1959 die allgemeine Regelung durch allerhand Ausnahmen durchbrochen wird. Es heißt nämlich: Wo die

NAZ mehr als 45 Stunden beträgt, aber weniger als 60, sollen Einzelkollektivverträge die Sache regeln. Wo sie aber mehr als 60 Stunden beträgt, wird hier festgelegt, daß sie bis 1975 auf 60 Stunden verkürzt werden muß. Wie übel das ist, sieht man, wenn man bedenkt, daß die davon Betroffenen meist gerade schwache und zersplitterte Gruppen von Lohnabhängigen sind mit ungünstigen Kampfbedingungen. Gerade sie werden der Gier des Kapitals geopfert!

Neben der Pausenregelung hatten die Kapitalisten hier auch noch andere „Vorschläge" gemacht. Z.B. Feiertage auf den jeweils nächsten Sonntag zu legen, die Überstundenentlohnung zu senken u.a.m. Mit ersterem hatten sie keinen Erfolg, mit dem zweiten schon — siehe unten. Mit solchen und ähnlichen „Kompensationen" muß man auch heute im Kampf um eine neuerliche AZV unbedingt rechnen.

NAZ und wirkliche Arbeitszeit sind zwei Paar Schuhe. Die Überstundenfrage

Eine Untersuchung der Arbeiterkammer über die erste Etappe der AZV (1970) stellte fest, daß die wirkliche Arbeitszeit von 1969 auf 1970 — während die NAZ am Papier um mindestens 1 Stunde und 20 Minuten gesunken war — nur um 1 Stunde gesunken war. Das hat verschiedene Gründe — z.B. auch den, daß bei den extrem hohen Arbeitszeiten über 60 Stunden gar keine Verkürzung der NAZ vorgesehen war. Vor allem aber lag das an den Überstunden. Das „Wirtschaftsprogramm" der SPÖ von 1968 hatte schon gesagt: Wir sind für eine AZV — auch wenn dann mehr Überstunden gemacht werden müssen, um die Industrie zu befriedigen.

Die Überstundenfrage ist ein besonders gutes Beispiel für die Doppelzüngigkeit der ÖGB-Führung und auch für die von vornherein vorgesehene Aushöhlung der AZV. Im Aktionsprogramm von 1955 hieß es: „Das Überstundenwesen ist wegen der Gefahr gesundheitlicher Schädigung und unsozialer volkswirtschaftlicher Auswirkungen schärfstens abzulehnen." Solche radikalen Phrasen und viel Gejammer über die Überstunden findet man in genügender Zahl in der Gewerkschaftspresse. Beschimpfungen der Lohnabhängigen über ihre Dummheit übrigens auch. Als ob man freiwillig Überstunden machen würde!

Um den Kapitalisten bezüglich der Überstundenfrage entgegenzukommen, kam es zu folgender Entwicklung: Bereits in der Ersten Republik hatte sich die Arbeiterklasse den 50%-Zuschlag für normale Überstunden erkämpft. Erst Dollfuß schaffte dies unter dem Austrofaschismus ab. Nach 1945 galten wieder die 50%. Bis zur Arbeitszeitverkürzung 1959! Genau entsprechend den 3 Stunden der AZV wurde für die ersten drei Überstunden (über 45 hinaus) der Zuschlag auf 25% gesenkt. 1969 wurde im GKV diese 25%-Regelung für die Etappen 1970 und 1972 auf die 4. Stunde und für die Etappe 1975 auch auf die 5. Stunde ausgedehnt. Das hatte auch der „Beirat" den „Sozialpartnern" nahegelegt — angesichts der „positiven" Wirkungen 1959/1960. Allerdings hatte das SPÖ-Volksbegehren im Unterschied zum GKV 59 allgemein, d.h. ab der 1. Stunde, 50% gefordert und entsprechende Propaganda dafür gemacht. So war es kaum anders möglich, als durch das AZG den GKV zu verbessern. Deshalb waren im AZG bis 1975 25% nur für die ersten drei, ab 1975 auch für die 4. Überstunde vorgesehen.

Auch das wurde allerdings 1969 und 1970 zum Gegenstand der Auseinandersetzung auf betrieblicher und kollektivertraglicher Ebene. Auch hier konnte z.B. in Elektrobetrieben die Regelung von 1959 aufrechterhalten werden. Auch im grafischen Gewerbe blieb es wie bereits 1959 bei 50% ab der 1. Stunde.

Wir sind grundsätzlich keine Anhänger und Verfechter möglichst hoher Überstundenzuschläge. Wir treten ja bekanntlich für das Verbot der Überstunden ein und damit für eine wirklich verbindliche Beschränkung der Arbeitszeit auf die NAZ. Natürlich muß zugleich um einen ausreichenden Lohn gekämpft werden, aber gerade das Überstundenwesen behindert und schwächt - abgesehen von allen anderen negativen Auswirkungen - den Kampf um den Lohn. Es bedeutet einen „Ausweg", der letztlich keiner ist. Mit den Überstunden steigt zwar der Lohn, weit mehr noch aber steigen der Verschleiß und die Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Die Gesamtbilanz ist meist ruinös. Man hört oft die Meinung: Weil der Lohn niedrig ist, braucht man Überstunden. Das ist eine Tatsache. Aber man muß sie ergänzen um die andere Tatsache: Wo die Überstunden zur Regel werden, ist der Lohn niedrig, kann er leichter gedrückt werden. Das stimmt ebenfalls. Deshalb ist zur Verteidigung der Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus der Kampf um das Verbot der Überstunden, um ein diesbezügliches allgemeinverbindliches Zwangsgesetz, unumgänglich und notwendig. Natürlich ist auch der Kampf um höhere Löhne notwendig, man soll aber nicht eines gegen das andere ausspielen. Man soll nicht den Kampf für das Überstundenverbot in die Zukunft „verschieben", bis die Löhne einmal hoch genug sind, daß man keine Überstunden mehr braucht. Wenn man das tut, werden die Löhne niemals ausreichend und die Überstunden niemals verboten sein. Auf diesen Zeitpunkt würde man vergeblich warten. Denn wie gesagt: Gerade das Überstundenwesen behindert den Lohnkampf - und je höher die Überstundenzuschläge, desto mehr.

Die manchmal vorgebrachte Meinung, daß möglichst hohe Überstundenzuschläge den Kapitalisten einen Riegel vorschieben und das Überstundenwesen einschränken würden, halten wir für einen Trugschluß. Der Draufzahler bei der Überstundenschinderei ist vielmehr immer der Arbeiter. Ruinöse Auswirkungen hat es auf ihn sind viel früher da, als daß dem Kapitalisten die Überstunden zu teuer werden. Außerdem: Um die Überstunden teurer zu machen, gibt es natürlich auch andere Möglichkeiten. Nur um ein Beispiel zu nennen: 1930 gab es in den deutschen Gewerkschaften die Forderung, daß die Kapitalisten für jede Überstunde einen bestimmten Beitrag zusätzlich in die Arbeitslosenversicherung abführen sollten.

Andrerseits ist die Frage der Überstunden eine komplizierte Frage. Es ist nämlich eine Tatsache, daß viele Arbeiter ohne Überstunden gar nicht entsprechend leben könnten (z.B. Wohnung, Ausbildung der Kinder usw.). Deshalb gibt es - trotz den ruinösen Auswirkungen der Überstundenarbeit - ein Interesse vieler Lohnabhängiger an Überstunden und natürlich auch an hohen Zuschlägen. Es hat sogar schon Auseinandersetzungen und Kampfmaßnahmen für die Erhaltung eines gewissen Überstundenniveaus gegeben. Erst recht bezüglich der Zuschläge. Die Reproduktion der Arbeitskraft muß gesichert sein. Oft sind die Löhne so niedrig, daß dies ohne Überstunden kaum möglich ist. Andrerseits steigen durch die Überstunden die Reproduktionskosten noch mehr. Daher sind natürlich Überstundenzuschläge notwendig. Denn mehr Verschleiß der Arbeitskraft bedeutet höhere Reproduktionskosten - und zwar überproportional höher, besonders bei Überstunden z.B. in der Nacht. Würden die Überstunden nicht mit Zuschlägen entlohnt, würde die Reproduktion der Arbeitskraft gefährdet. Der Arbeiter, der seine Arbeitskraft verkauft, muß auf solchen Zuschlägen bestehen, wenn er den Wert seiner Arbeitskraft verteidigen will. Deshalb sind Überstundenzuschläge eine notwendige Tatsache. In bestimmten Fällen ist der Kampf für höhere Zuschläge absolut notwendig. In anderen Fällen ist er jedenfalls berechtigt. Überhaupt unterstützen wir jeden Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten in der einen oder anderen Weise. Aber von uns aus werden wir Kommunisten stets in erster Linie für das Verbot der Überstunden eintreten. Die Frage höherer Überstundenzuschläge werden wir nur in Ausnahmefällen aufwerfen und in den Vordergrund stellen. Stets sollte man alle Seiten des Überstundenproblems im Auge behalten und sowohl aus dieser Sicht die konkrete Haltung im konkreten Fall bestimmen, als auch eine grundsätzliche Propaganda betreiben.

Kehren wir zurück zur AZV 69. Es war unbedingt notwendig, den Bestrebungen der Kapitalisten, die Zuschläge zu senken, um das Überstundenwesen noch mehr auszudehnen, entgegenzutreten. Die Überstundenregelung von 1969 zeigt, daß der Kampf um die AZV nicht nur darin besteht, ihre formelle Herabsetzung zu erkämpfen, sondern daß er untrennbar verbunden sein muß mit dem Kampf gegen das Überstundenwesen und für das schließliche Verbot der Überstunden, und ebenso mit dem Kampf gegen die Nacht- und Schichtarbeit. Auch heute kann es keinen Kampf für die 35-Stunden-Woche geben, ohne zugleich den Kampf für die vollständige Verwirklichung der 40-Stunden-Woche zu führen, die ja immer noch für viele nicht Wirklichkeit ist, zum Teil nicht einmal der NAZ nach. Das alles höhlt die AZV aus und entwertet sie. Das AZG 69 ist gerade deshalb ein schlechtes Gesetz, weil es hauptsächlich aus Löchern und Ausnahmen besteht. Fortschritte im Kampf gegen die Ausdehnung der Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit und für deren Einschränkung sind nicht nur für sich genommen wichtig zur Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen, sondern auch wichtige Elemente im Rahmen der und für die Entwicklung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche. Ohne diese Elemente geht es nicht.

Voller Lohnausgleich — aber es gab geringfügige Lücken

„Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich kommt für uns nicht in Frage." Das sagte Benya 1979. Das war schon immer der Standpunkt des ÖGB und im großen und ganzen waren die AZV 1959 und 1969 auch mit vollem Lohnausgleich verbunden. Allerdings gibt es auch hier kleine Lücken. Bei den Akkordarbeitern war 1959 der Lohnausgleich nur zu 80%. 1969 war es besser: 90% in der 1. Etappe, 100% in der 2. und 3. Etappe.

Gerade weil heutzutage die Frage der AZV oft mit der Sicherung der Arbeitspätze verkoppelt wird — dürfte man sich nicht wundern, wenn die Kapitalisten bei zukünftigen AZV auf welcher Ebene auch immer gerade in dieser Hinsicht massive Vorstöße unternehmen. Dabei kann sich prinzipielle Anerkennung des Lohnausgleichs mit seiner wirklichen Untergrabung verbinden.

Den Lohn und die Arbeitszeit versuchten die Kapitalisten damals nach allen Regeln der Kunst gegeneinander auszuspielen. Unbedingt wollten sie die AZV auf die kollektivvertraglichen Lohnerhöhungen „angerechnet", dabei „berücksichtigt" wissen. Die ÖGB-Führung ist ihnen auch zum Teil entgegengekommen. Mit dem Vorschlag, doch lieber die Löhne mehr zu erhöhen, „besseres Leben" usw.usf., wurde auch versucht, die Bemühungen um die AZV zu unterlaufen. So mancher brutale Lohndrücker hat damals plötzlich ein Herz für höhere Löhne und die Verbesserung der Lage der Arbeiter entdeckt.

Die Forderung nach 35-Stunden-Woche heißt: 7 Stunden an 5 Tagen!

Sie schließt also einerseits die Verkürzung der täglichen NAZ auf 7 Stunden ein, andrerseits auch die Verwirklichung der 5-Tage Woche. Die Steigerung der Arbeitsintensität verlangt die Verkürzung des Normalarbeitstags auf 7 Stunden. Mit einer Verlängerung des Wochenendes auf drei Tage womöglich bei gleichzeitiger Verlängerung der täglichen NAZ könnte dem eben so wenig Rechnung getragen werden wie mit mehr Urlaub. Das ist natürlich nur eine allgemeine Orientierung, die die konkrete Analyse jeder Branche, jeder Berufsgruppe, jedes Betriebs usw. nicht ersetzen kann.

Viel wichtiger als das ist aber das umgekehrte Problem: So ist heute die 5-Tage-Woche noch nicht für alle Lohnabhängigen verwirklicht. Als 1959 45 Stunden NAZ abgeschlossen wurden, verteilten sich diese 45 Stunden im allgemeinen noch auf 6 Tage. Erst in den 60er Jahren setzte sich die 5-Tage-Woche Schritt für Schritt mehr durch. Zahlen gibt es aus dem Jahr 1968 (Tabelle 5).

Tabelle 5
Normalarbeitstage
Prozent der Beschäftigten mit . . . . Normalarbeitstagen

		5	5,5	6	7
Gewerbe	Arbeiter	91,3	4,0	4,6	0,1
	Angestellte	80,0	11,6	8,4	0,0
	Zusammen	89,2	5,4	5,3	0,1
Industrie	Arbeiter	64,7	18,6	13,7	3,0
	Angestellte	88,3	8,2	2,9	0,6
	Zusammen	70,1	16,2	11,2	2,5
Handel	Arbeiter	76,0	15,3	8,6	0,1
	Angestellte	53,1	27,9	18,8	0,2
	Zusammen	59,9	24,1	15,8	0,2
Verkehr	Arbeiter	42,6	25,0	32,0	0,4
	Angestellte	59,9	29,4	10,7	0,0
	Zusammen	50,5	27,1	22,3	0,2
Fremdenverkehr	Arbeiter	12,1	7,2	79,7	1,0
	Angestellte	16,5	19,8	62,0	1,7
	Zusammen	12,5	8,3	78,2	1,0

Die Tabelle zeigt, daß 1968 die 5-Tage-Woche in der Industrie erst für 64,7% der Arbeiter und 88,3% der Angestellten, insgesamt für 70,1% der Lohnabhängigen durchgesetzt war. Noch viel schlechter war die Lage in den anderen Bereichen (außer Gewerbe). Immerhin hatten 13,7% der Industriearbeiter eine 6- und 3% eine 7-Tage-Woche. Hinter den Durchschnitszahlen verbergen sich freilich auch hier wieder größte Unterschiede zwischen den verschiedenen Branchen. Z.B. gab es in der Papierindustrie die 5-Tage-Woche nur für 17,3% der Arbeiter, für 55,2% hingegen die 6-Tage-Woche.

Seither, vor allem im Zug der AZV 69, hat sich sicher einiges geändert. Es bleibt aber dabei, daß die Forderung nach der 5-Tage-Woche eine wichtige Seite des Kampfes um die 35-Stunden-Woche ist. Eine Seite des Ganzen — aber doch eine Seite mit eigenständiger Bedeutung: Der erfolgreiche Kampf um die 35-Stunden-Woche wird zur vollständigen Verwirklichung der 5-Tage-Woche führen, aber der Kampf um die 5-Tage-Woche, wo es sie noch nicht gibt, ist seinerseits ein Element, ein Ansatzpunkt, ein zusätzliches Argument des Kampfes um die 35-Stunden-Woche.

Die zunehmende Intensität der Arbeit ist der Hauptgrund, der immer wieder die Verkürzung der Arbeitszeit notwendig macht

In ihrem Bestreben, die Ausbeutung der Lohnabhängigen zu steigern, setzen die Kapitalisten auf die Ausdehnung der Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters und des „Gesamtarbeiters" (über Nacht- und Schichtarbeit), aber vor allem auch auf die Intensivierung der Ausbeutung. Wo zwei plötzlich die Arbeit von drei, vier oder fünf machen müssen, wo neue Maschinerie eingeführt wird und dadurch in derselben Zeit mehr und umfangreichere Tätigkeiten oder dieselben Tätigkeiten viel rascher erledigt werden müssen, dort findet Intensivierung der Arbeit statt. Oft geht sie mit Rationalisierung der Maschinerie und überhaupt der Produktionsabläufe einher. Immer führt sie zur Steigerung der Produktivität, das heißt mehr Produkte werden pro Zeiteinheit und pro Arbeiter erzeugt.

Umgekehrt: Wo es Steigerung der Produktivität gibt, gibt es fast immer auch Steigerung der Intensität, obwohl sie auch ganz oder teilweise bloß auf verbesserte Maschinerie zurückgehen kann. Aber welcher Kapitalist wird nicht die Einführung eines neuen, besseren Fließbandes unbedingt auch dazu nutzen, um das Band schneller laufen zu lassen. So oder so steigt die Intensität der Arbeit von Jahr zu Jahr, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Heute noch 14, 16, 18 Stunden im allgemeinen Schnitt zu arbeiten, würde zum völligen Ruin der Arbeiterschaft führen.

Der Gang der Arbeitszeitverkürzung ist demgegenüber immer im Rückstand und im Verzug. Die Arbeitszeitverkürzung von 1959 war nur ein teilweiser Ausgleich für die vorangegangene Entwicklung und ebenso die von 1969. Die weitere Zunahme der Arbeitsintensität, die zunehmende Steigerung der Ausbeutung machen heute eine neuerliche Arbeitszeitverkürzung notwendig. Ob das gut oder schlecht ist für die Sicherung der Arbeitsplätze ist demgegenüber eine zweite

Frage. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat die Arbeitszeitverkürzung stets in erster Linie mit der steigenden Arbeitsintensität begründet und das ist auch richtig und entspricht den Tatsachen.

Man kann die steigende Intensität der Arbeit — so drastisch man sie auch spürt — nicht, jedenfalls nicht direkt statistisch belegen. Die Kapitalisten geben natürlich möglichst nicht solche Statistiken in Auftrag, die ihnen schaden. Außerdem wäre es wirklich schwer, den Grad des Verschleißes menschlicher Arbeitskraft in verschiedenartiger Form auf einen allgemeinen Nenner zu bringen.

Zwei Arten von Zahlen möchte ich aber hier anführen. Einmal Zahlen über die Entwicklung der Produktivität, was wie gesagt mit der Intensität eng verbunden ist.

Die Produktivität ist Jahr für Jahr gestiegen. Die obige Tabelle zeigt die Steigerung der Produktivität, d.h. der Produktion je Stunde, in den verschiedenen Branchen. Zwischen 1971 — das war ein Jahr nach Inkrafttreten der GKV 1969 — und 1978 stieg die Produktivität um 52,6%, also um fast die Hälfte. Die Unterschiede zwischen den Branchen sind dabei recht groß. Man kann, wie gesagt, nicht direkt von der Produktivität auf die Intensität schließen. Aber doch muß auch die Intensität in dieser Zeit beträchtlich gestiegen sein.

Dafür hat — das ist die zweite Art von Zahlen — die Gewerkschaft immer indirekte Hinweise geltend gemacht: Krankheiten, Unfälle, Frühinvalidität. Weissenberg führt in einem Artikel in „Arbeit und Wirtschaft" vom Jänner 1969 — anknüpfend an einen ähnlichen Artikel im Jahr 1955 — eine Reihe von Fakten und Tatsachen an: den katastrophalen Gesundheitszustand, wie er sich bei Reihenuntersuchungen zeigte; die rasche Zunahme von Unfällen und Frühinvalidität; die Ausdehnung der Schichtarbeit; aber auch neue Entwicklungen der Arbeitsprozesse; schließlich die Doppelbelastung der Frau, die mit Recht eine sehr große Rolle spielte; die schlechten Lebensbedingungen in der Großstadt (z.B. lange Verkehrswege usw.) u.a.m. Wie man sieht gibt es viele Faktoren, die eine AZV notwendig machen. Die steigende Arbeitsintensität ist dabei allerdings die Hauptsache. Demgemäß wird es auch heute subjektiv die verschiedensten Motive und Anknüpfungspunkte für die 35-Stunden-Woche geben, wobei auch heute die Steigerung der Ausbeutung im Produktionsprozess der gewichtigste Faktor ist. Die Entwicklung einer zunehmenden Intensität der Arbeit, immer vorangetrieben freilich durch die Peitsche des Kapitalisten und seine Profitgier, hat sich im letzten Jahrzehnt nicht gemildert, sondern verschärft.

Die Begründung der ÖGB-Spitze für die AZV

Einerseits wird — wie im zitierten Artikel Weissenbergs — auf wirkliche Tatsachen hingewiesen, wobei allerdings der kapitalistische Charakter des Produktionsprozesses und der Klassengegensatz dabei vertuscht werden. Es gibt keine Kapitalisten bei der Arbeit á la Weissenberg und keine Ausbeutung. Es gibt daher auch eigentlich keinen zwingenden Grund, warum die Entwicklung der Lage der Arbeiter so und nicht anders ist. Sicherlich gibt es „Interessenskonflikte" zwischen Unternehmern und Arbeitern, aber man kann sie durch Reformen lösen bei Beibehaltung des kapitalistischen Regimes. Daß sich die ÖGB-Führung ideologisch auf den Boden des Kapitalismus stellt und gegen den Klassenkampf ist, kommt also sogar dort zum Ausdruck, wo sie auf wirkliche Erscheinungen und Folgen der Ausbeutung hinweist.

Dann gibt es aber noch eine ganz andere Sorte von Argumenten, die 1969 für die AZV vorgebracht wurden. Nämlich solche, die darauf hinauslaufen, wie gut die AZV für den Kapitalismus sei. Kürzer arbeiten, aber dafür mehr! Wie wird die Produktivität erst steigen, wenn die Arbeitszeit kürzer ist! Keine Angst, rief der ÖGB den Kapitalisten zu, nach der AZV kann die Ausbeutung noch viel intensiver werden! Bei nur 1% AZV, rechnete sich auch der „Beirat" aus, steigt die Stundenleistung um bis zu 0,75%, außerdem gingen die „Absenzen" zurück. Schaut nach Tirol und Vorarlberg, sagte damals Weissenberg, trotz Kurzarbeit konnte dort die Textilindustrie die Produktion auf gleicher Höhe halten! In der „Solidarität" wurden 1969 reihenweise gewisse ausgewählte Kapitalisten interviewt, die sich aus diesen Gründen für die AZV aussprachen. Natürlich ist das absurd und ein bloßes Hirngespinst der „Sozialpartnerschafts"-Ideologie. Die KPÖ schwamm damals auch auf diesem Kurs mit, wie sie es auch heute tut. Die Kapitalisten selbst, die ohnehin bemüht waren, die Stundenleistung um weit mehr als 0,75% zu erhöhen, betrachteten die Sache im allgemeinen nüchterner und waren dagegen. **Sie** wurden nicht „überzeugt", aber für die Arbeiterklasse ist so eine Propaganda äußerst schädlich, weil der falsche Gedanke verbreitet wird, daß sich die Interessen von Kapital und Arbeit eigentlich weitgehend decken.

Tabelle 6
Produktivitätssteigerung 1971-78
je Arbeitsstunde
(1971 = 100)

Bergwerke	149,9
Erdölindustrie	113,4
Eisenhütten	134,6
NE-Metallindustrie	161,9
Stein-Keramik	150,1
Glasindustrie	173,9
Chemieindustrie	175,4
Papiererz. Ind.	181,2
Papierverarb.Ind.	157,8
Holzverarb.Ind.	156,0
Nahrung- u. Genußm.	139,4
Ledererzeug. Ind.	174,2
Lederverarb. Ind.	142,8
Textil	157,4
Bekleidung	137,6
Gießereien	135,7
Maschinen- u. Stahlbau	134,5
Fahrzeugind.	124,3
Eisen- u. Metallw.	167,4
Elektroind.	154,4
Gaserzeug.	159,4
Industrie	**152,6**

AZV zur Arbeitsplatzsicherung?

Das Argument der Arbeitsplatzsicherung mittels AZV wurde damals praktisch nicht vorgebracht. Damals war auch das Problem der Arbeitslosigkeit noch nicht so groß wie heute.

Es ist ohnehin ein falsches Argument. Die Wirklichkeit ist komplizierter als die Logik dieses Arguments: Weniger Arbeitszeit wären zwar mehr Beschäftigte und daher weniger Arbeitslosigkeit — aber nur „theoretisch", wenn sonst alles gleich bliebe. Es bleibt aber nicht alles geich. Denn weniger Arbeitszeit bedeutet auch geringere Ausbeutung, daher womöglich mehr Krise des Kapitalisten und höhere Arbeitslosigkeit. Wie eine AZV sich wirklich auf die Arbeitslosigkeit auswirkt, hängt von verschiedenen Faktoren, die die Profitrate und Konkurrenzlage der Kapitalisten beeinflussen, ab. Sicher — wenn mehr Arbeiter dieselbe Arbeit „auf sich aufteilten", womöglich noch bei drastischem „Lohnverzicht", dann gäbe es - könnte man meinen — keine oder weniger Arbeitslosigkeit. Aber so drastisch könnten die Lohnkürzungen gar nicht sein, daß diese „Aufteilung" nicht ein Sinken des Ausbeutungsgrades und damit der Profitrate brächte. Das Sinken der Profitrate, ja ihr Verfall in der Krise, führt aber gerade zu Massenarbeitslosigkeit. Ein weiteres Sinken soll die Arbeitslosigkeit dagegen beseitigen? Das ist eine Logik, die es sich zu einfach macht und auf den Profit und auf das Kapital vergißt.

Genausogut könnte man den Spieß umdrehen und ebenso „stichhaltig" sagen, daß eine AZV die Wirtschaft in Schwierigkeiten bringt und so die Arbeitspätze gefährdet. Auch das stimmt und stimmt auch wieder nicht. Die „Schwierigkeiten der Wirtschaft", die Krise, ob es sie gibt und wie stark sie ist, — das kommt nicht von der Arbeitszeit her, sondern von der Entwicklung der Profitrate. Und dafür ist die Arbeitszeit nur ein Element.

Das alles hat sich auch 1975 gezeigt. Fast gleichzeitig mit der letzten Etappe der AZV brach die letzte Krise aus. Aber weder war die AZV der Grund, noch auch nur von großer Bedeutung dafür. Genausowenig konnte umgekehrt die AZV irgendetwas an der Vertiefung der Krise und der Zunahme der Arbeitslosigkeit ändern.

Mit Arbeitsplatzsicherung kann und soll man die AZV daher nicht begründen. Erstens fördert man damit Illusionen in die Möglichkeit des Kapitalismus, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, zweitens macht man falsche Vorschläge, was angesichts der Arbeitslosigkeit praktisch zu tun ist, drittens schwächt man

auch den Kampf um die AZV, indem man die wirklichen Gründe für ihre Notwendigkeit, die Steigerung der Ausbeutung, verschweigt, viertens führt man ihn aufs Glatteis, indem man ihn von etwas ganz anderem abhängig macht, als wovon er wirklich abhängt, und indem man ihn so leicht „widerlegbar" macht; fünftens stellt man die Arbeitslosigkeit als das Grundübel unserer Gesellschaft dar, statt der Ausbeutung, die das Grundübel ist, obwohl die Arbeitslosigkeit den einzelnen Arbeiter sogar noch schwerer trifft.

Trotzdem: Oft wird die Politik „Arbeitsplatzsicherung durch AZV" eine ehrliche Suche nach einer Antwort auf die Arbeitslosigkeit sein, und die Grundlage und objektive Triebkraft auch dieser Politik die Steigerung der Ausbeutung durch das Kapital. Gibt es solche falschen Vorstellungen in der Arbeiterklasse, dann ist dennoch ein Bündnis im Kampf für die AZV möglich, sollte man in der Praxis des Klassenkampfes nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame in den Vordergrund stellen und gleichzeitig eine überzeugende Propaganda über die wirklichen Verhältnisse und Zusammenhänge machen. Nur so kann auch Bestrebungen von Gewerkschaftsbonzen und bürgerlichen Volksverdummern, den Kampf um die AZV so bewußt auf Glatteis zu führen, erfolgreich entgegengetreten werden.

Mehr Urlaub statt AZV?

Auch die Urlaubsverlängerung als Alternative zur AZV spielte damals — im Unterschied zu heute — kaum eine Rolle, jedenfalls nicht von Seiten des ÖGB. Das Zitat von Weissenberg selbst belegt für heute, warum ein kürzerer Arbeitstag von 7 Stunden nicht durch 1 Woche mehr Urlaub ersetzt werden kann: 1 Woche mehr Urlaub kann die Zunahme des tagtäglichen Verschleisses der Arbeitskraft nicht kompensieren. Allerdings sind wir der Meinung, daß auch die Verlängerung des Urlaubs notwendig ist — aus denselben Gründen wie die Verkürzung der Tagesnormalarbeitszeit. Der KB Österreichs erhebt daher praktisch als zusammengehörende Forderungen: 7-Stunden-Tag! 5-Tage-Woche! 5 Wochen Mindesturlaub!

AVZ bringt Einschränkung der Ausbeutung, aber die Ausbeutung selbst bleibt

So war es nach der Einführung der 40-Stunden-Woche und so wird es auch nach der Erkämpfung der 35-Stunden-Woche sein. Solange das Kapital regiert, können die Massen des Volkes einzelne Erfolge erzielen und auch Verbesserungen ihrer Lage erkämpfen. Das ist wichtig, vor allem auch, weil so ihre Kampfkraft wächst. Die ganze Geschichte der letzten Jahrzehnte ist eine Geschichte des Kampfes um solche Verbesserungen. Sie haben viel erreicht. Aber sie haben das Erreichte auch immer wieder verloren. Heute ist vieles besser als früher, aber wieder schwebt die Drohung von Krise, Massenarbeitslosigkeit, Krieg, Zerstörung der Lebensbedingungen des Menschen über uns. Die österreichische Arbeiterbewegung hat früh erkannt, daß es darum geht, den Kampf gegen das kapitalistische System insgesamt zu richten, die Bourgeoisie zu stürzen und die Arbeitermacht zu errichten.

Nehmen wir zum Beispiel die Frage der Arbeitszeitverkürzung. Dadurch werden der Ausbeutung Grenzen gezogen. Die Ausbeutung selbst aber bleibt. Es bleibt dabei, daß die Kapitalisten das Kommando haben. Sie versuchen, den Reallohn zu senken, noch mehr Überstunden zu erzwingen, die Nacht-und Schichtarbeit auszudehnen, die Arbeitsintensität noch weiter zu steigern, also das zu tun, was sie „Kompensation für die AZV" nennen. Und sie warten natürlich auch auf eine „Sternstunde", in der sie vielleicht die AZV wieder rückgängig machen können. Der Arbeiter soll vielleicht etwas kürzer, aber dafür umso mehr ausgebeutet werden. Das ist ihre Auffassung von Arbeitszeitverkürzung. Natürlich kommen sie damit nicht so einfach durch, wenn die Arbeiter dagegen kämpfen. Aber doch kann die Arbeiterklasse so das Joch des Kapitals nur etwas lockern. Es geht aber darum, es abzuschütteln.

Rationalisierung im Büro

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion, die laufende Vernichtung der kleineren Unternehmen durch den scharfen Konkurrenzkampf und die damit verbundene Entwicklung der Großbetriebe, d.h. also die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion, bringen es mit sich, daß die Zahl der Werktätigen, die Verwaltungstätigkeiten ausüben, immer größer wird, daß das Heer der kleinen Angestellten in Büro, Buchhaltung und Verwaltung ständig steigt.

So wie die eigentliche Produktion sich vom Handwerk zur Fabrik hinentwickelte, so bringt es der Kapitalismus auch mit sich, daß die Verwaltung der Betriebe eine andere Organisationsform erfordert.

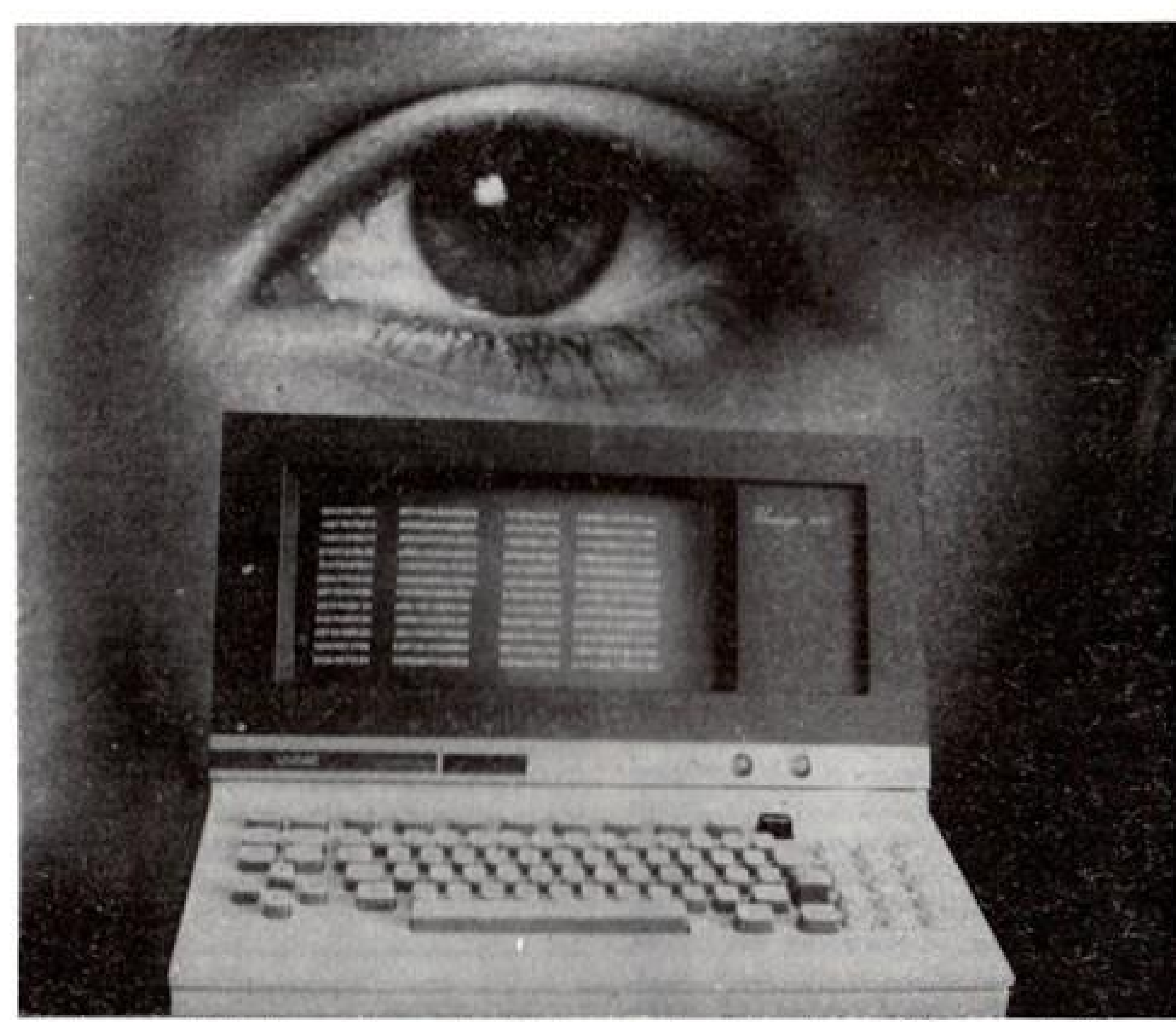
Die Folge war, daß sich für die breite Masse der Angestellten die sozialen Bedingungen denen des Proletariats annäherten. Ähnlich wurden ihre Arbeitsbedingungen, ähnlich auch ihre wachsende Existenzgefährdung.

Während sich jedoch die realen Lebensbedingungen des Proletariats auch in seiner Ideologie manifestierten, d.h., daß die Arbeiterklasse im Bewußtsein ihrer Ausbeutung, Unterdrückung und ständigen Entrechtung sich organisierte und der Kapitalistenklasse vereint gegenübertritt, daß es der Bourgeoisie nie völlig gelang, die Arbeiterklasse ideologisch für ihre Ziele zu gewinnen und ihr einzureden, daß es nur vom eigenen Wollen und Streben abhänge, und jeder in dieser Gesellschaft „nach oben“ kommen könne, so hatten die Angestellten lange Zeit ein ganz anderes Selbstverständnis. Sie sahen sich auf einer höheren Stufe der sozialen Stufenleiter und empfanden sich als eine von der übrigen Bevölkerung abgehobene Schicht.

Von der eigentlichen Produktionsphäre getrennt, fühlten sie sich auch ideologisch nicht mit der Arbeiterklasse verbunden.

In dem Maße jedoch, wie sich die Lohnarbeit verallgemeinerte, verschwand bei der breiten Masse der kleinen Angestellten der idealistische Glaube an individuelle Aufstiegschancen, verschwand auch die Identifikation mit dem Betrieb und mit dem Lohnherrn.

So wurden z.B. in den Postämtern und Verkehrsbüros, in denen weibliche Angestellte um die Jahrhundertwende relativ qualifizierte Berufe ausübten, durch Rationalisierungsmaßnahmen und die Umstellung auf halbautomatische und automatische Vermittlung diese Berufe zum Aussterben gebracht, die Angestellten entweder freigesetzt oder gezwungen, unqualifizierte Arbeit zu machen.



An den neuen Bildschirmgeräten werden die Augen der Setzer besonders stark beansprucht. Dazu erstellte die Gewerkschaft der Privatangestellten vor einiger Zeit eine Untersuchung.

Eine ähnliche Entwicklung nahmen soziale und „karitative“ Berufe, bei denen lange Zeit hindurch christliche Moral, humanistische Einstellung und die Ideologie der Weiblichkeit und Mütterlichkeit, die Lohnabhängigkeit und spärliche Bezahlung vertuschen konnten.

Bürokratisierung und Rationalisierung änderten dies grundlegend, die Angestellten wurden in die Haltung von Befehlsempfängern gedrängt, ihre Arbeit monoton und fließbandartig.

Vor allem die Frauen sind davon betroffen

Daß hier nicht die Rede vom Industriemanagement ist, versteht sich. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind die in den Verwaltungsbüros der Kapitalisten arbeitenden Frauen. *„Die Zahl der weiblichen Angestellten ist trotz konjunktureller und wirtschaftlicher Probleme in den vergangenen vier Jahren weiter angestiegen. Mit 31. Dezember 1977 waren im Rahmen der PVA der Angestellten über 500.000 Frauen versichert, das bedeutet einen Anteil von 52,5% an der Gesamtzahl. Aber nur 5,12% der versicherten Frauen (zum Vergleich 33,14% der Männer) erreichten im Juli 1977 die Höchstbeitragsgrundlage von 15.000,-. Stichprobenhafte Untersuchungen im Rahmen der Gewerkschaft bestätigen, daß die Durchschnittsgehälter der Frauen um ein Drittel niedriger sind als jene der Männer. Die weiblichen Angestellten sind vielfach in unteren und bestenfalls mittleren Bereichen tätig.“* (aus „Der Privatangestellte“ 4/78, Nr. 702)

Ein konkretes Beispiel aus dem Werk Linz, der VÖESt-Alpine bestätigt dies voll und ganz:

Verwendungsgruppen	männl.	weibl.
I	6	50
II	785	805
III	1547	719
IV	1400	244
V	883	16
VI	500	2

(Tätigkeitsbericht des Angestelltenbetriebsrates der VÖESt-Alpine 1972-75)

Daß Frauen vor allem in unteren Verwendungsgruppen eingesetzt sind, bedeutet außer dem geringeren Lohn jedoch auch, daß sie vor allem Hilfsdienste und unqualifizierte Arbeiten verrichten müssen.

Gerade hier erblicken die Unternehmer und Betriebsberater die größten Rationalisierungsreserven und die besten Möglichkeiten, Kosten durch den Einsatz neuer Technologien einzusparen und höhere Leistungen zu erzielen.

Im Bürobereich ist nun die Textverarbeitung das Mittel, mit dem niedrigere Personalkosten und mehr Leistung — mehr Profit herausgeschlagen werden sollen.

100.000 Anschläge pro Tag

„Für die Phonotypistin bestehen kaum noch Beziehungen von Mensch zu Mensch. Sie muß weitgehend isoliert in einem Mensch-Maschine-System arbeiten und wird zum ausführenden Organ, das dazu bestimmt ist, die Maschine zu bedienen und 10.000e von Anschlägen zu produzieren. Der Leistungsdruck wird von den ‚schnelleren Kolleginnen' psychologisch verstärkt und durch Prämiensysteme ständig gefördert. Als Normleistung werden bis zu 69.000 Anschläge pro Tag verlangt. Einzelne schaffen sogar 100.000 – 148.000 Anschläge/Tag ... Die ‚Bedienungskraft' hat nur mehr einzelne Einschübe selbst zu schreiben. Wie im Produktionsbereich geht man dazu über, zwei bis drei solcher Automaten von einer Arbeitskraft bedienen zu lassen. In immer größerem Maße werden Teile des Schriftverkehrs direkt durch computerunterstützte Automaten erstellt, dadurch werden Bestellungen, Reklamationen, Mahnungen, Lieferscheine, Rechnungen, u.a. durch die entsprechenden Programme sofort versandfertig ausgedruckt, ohne daß sie überhaupt ein Mensch bearbeitet. Diese Rationalisierungsergebnisse führen zu Arbeitsplatzabbau und damit zur Gefahr der Arbeitslosigkeit.“ (PA 6/78, Nr. 704)

Textverarbeitungsmaschinen haben einen Rationalisierungseffekt von 75%, bzw. wenn sie vollausgelastet werden, können sie die Arbeit von sieben bis acht Schreibkräften übernehmen.

Auch durch Diktiergeräte läßt sich die Schreibleistung von 12.000 auf 24.000 Anschläge verdoppeln. Büromaschinenhersteller preisen in ihren Prospekten zentrale Schreibbüros an, bei denen eine kleine Gruppe von Schreibkräften für mehrere Sachbearbeiter arbeitet und Tagesleistungen von 36.000 bis 50.000 Anschlägen erbringen.

Durch die ständig steigende Arbeitshetze, mit der Aussicht, ohnehin bald durch eine Maschine ersetzt zu werden, nimmt der Druck auf die Büroangestellten ständig zu.

So werden Verschlechterungen klaglos hingenommen, immer raffiniertere Leistungslohnsysteme, immer weitere Unterteilung der Arbeit, Einführung von „Verfahren vorbestimmter Zeiten mit Zeiteinheiten von Zehntausendstelminuten“ (PA, 2/78, Nr. 700) gleichen die Büros vollständig den Werkshallen an. Fließband und Akkord sind nicht mehr ausschließlich ein Zeichen der Fabrik.

Gesundheitliche Schäden

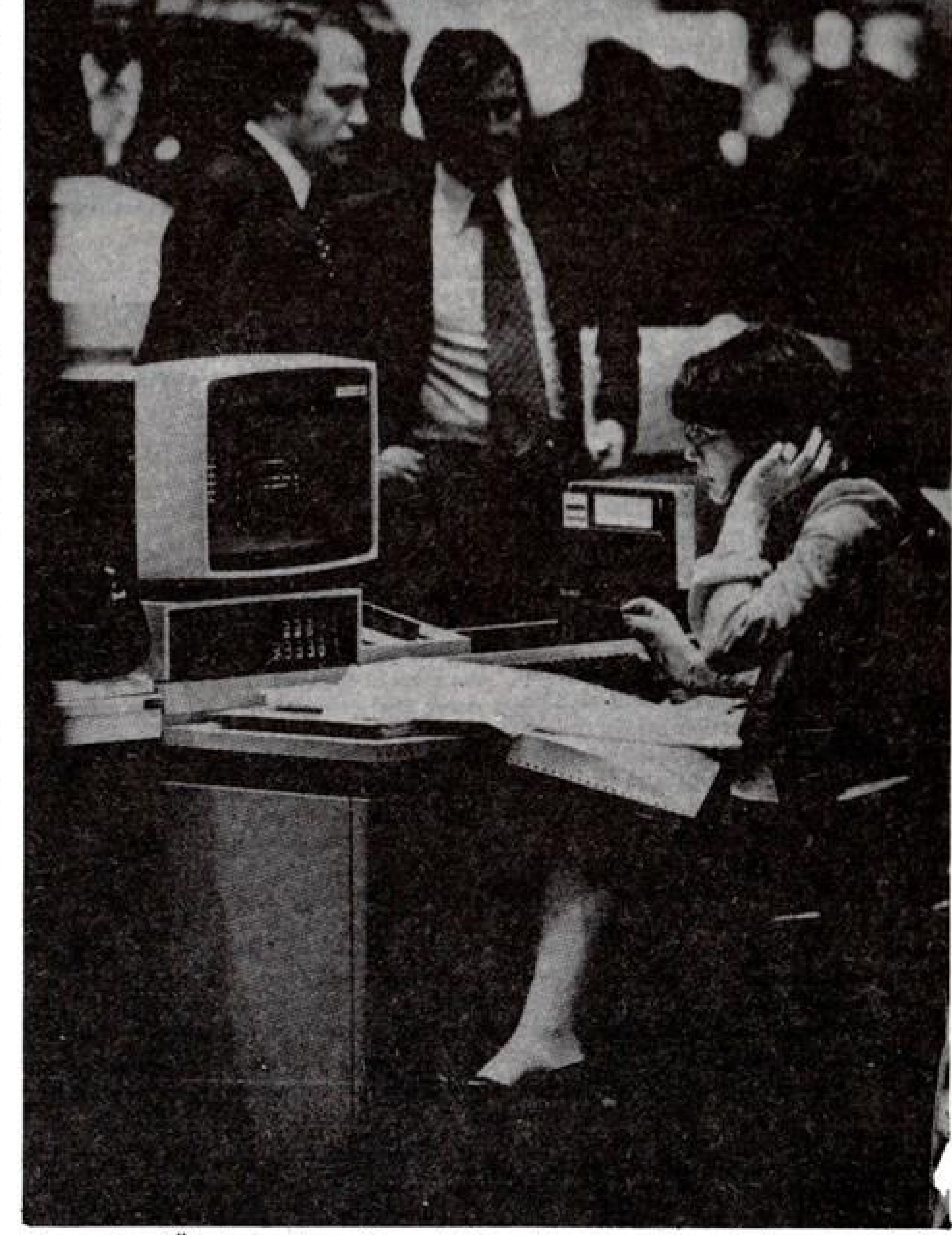
„Die empfohlene Lautstärke von 55 Phon einschließlich der Geräusche von Büromaschinen und Telephon wird nicht selten überschritten. ... Stenotypistinnen: Bei voll ausgelasteter Arbeitszeit besteht häufig eine zu starke Beanspruchung bestimmter Muskelgruppen, Sehnen, Sehnenscheiden und Gelenke der oberen Extremität, und es kommt auch zu Muskelverspannungen im Schulterbereich sowie zu Abnützungserscheinungen an der Halswirbelsäule. Nahezu ununterbrochenens, achtstündiges Maschinschreiben mit dem Diktiergerät ist als Schwerarbeit zu qualifizieren, wie durch Pulszählung uod Kreislaufuntersuchung erhärtet werden konnte ... Locherinnen und Prüferinnen in der Datenverarbeitung: Es werden fast nur junge Arbeitskräfte verwendet, die Schnelligkeit, Konzentration und Ausdauer bei einer relativ monotonen Tätigkeit aufbringen können. Überlastungserscheinungen im Bereich der oberen Extremitäten, besondere Belastungen der Augen, des Gehörs sowie der Aufmerksamkeit sind oft zu verzeichnen, was zu neurovegetativen Störungen führt.“

(Bericht über die Situation der Frau in Österreich. Die gesundheitliche Situation der Frau, Bundeskanzleramt, 1975)

Ein Versicherungsbeamter, der früher über Tarife Bescheid wissen mußte, füttert heute den Computer mit den Daten des Kunden — die Prämiensätze erscheinen am Bildschirm. Die Frau am Textautomaten muß noch nicht einmal die Rechtschreibung oder die Trennregeln beherrschen. Für beides sorgt der Computer.

Wer vernichtet Arbeitsplätze?

Die Gewerkschaft ist gezwungen, auf diese Rationalisierungswelle zu reagieren. In der Zeitung der Privatangestelltengewerkschaft, „Der Privatangestellte“, werden schon seit



Monotonie und Überlastung kennzeichnen die Büroarbeit an den modernen Geräten – es werden fast nur jüngere Kräfte dafür eingesetzt.

einigen Nummern ausführliche technische Beschreibungen der neuen Büromaschinen geliefert und nicht ganz zufällig wird der Eindruck vermittelt, als ginge die Bedrohung der Arbeitsplätze von den Maschinen selbst aus.

Eine Maschine oder eine bestimmte Anlage an sich, hat noch nie einen Arbeitsplatz vernichtet und kann dies auch nicht. Die Maschine selbst verkürzt lediglich die Arbeitszeit, die zur Herstellung eines bestimmten Produktes oder zur Verrichtung einer bestimmten Arbeit notwendig ist. Wird die Arbeitszeit zur Herstellung eines bestimmten Produktes durch Einführung neuer Maschinen verkürzt, dann bedeutet das im Sozialismus, daß die Gesellschaft weniger Zeit auf diese Produkte verwenden muß, daß ihre verfügbare Zeit wächst, in der sie entweder andere Produkte herstellen kann oder in der sich die Arbeiter erholen, weiter ausbilden und ihre Fähigkeiten allseitig entwickeln können. Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet im Sozialismus in keiner Weise Vernichtung der Arbeitsplätze.

Anders im Kapitalismus. Hier wird die Maschinerie in der Hand des Kapitalisten zu einer fürchterlichen Waffe gegen die Arbeiterklasse und die Werktätigen.

Der Kapitalist kauft die Arbeitskraft nur, weil sie die Fähigkeit hat, Mehrarbeit zu leisten, d.h. länger zu arbeiten, als zu ihrer eigenen Wiederherstellung, also zur Produktion der notwendigen Lebensmittel, notwendig wäre. Nur diese, zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendige Arbeit bezahlt der Kapitalist. Das Produkt der Mehrarbeit eignet er sich als Mehrwert an. Führt der Kapitalist neue Maschinerie ein, dann nur deshalb, weil er die Mehrarbeit gegenüber der notwendigen Arbeit verlängern kann.

So führt die Verkürzung der Arbeitszeit zur Herstellung eines bestimmten Produktes im Kapitalismus nur zu einer Verlängerung der Mehrarbeitszeit, zur Einsparung von Arbeitskräften und oft zur direkten Verlängerung des Arbeitstages für die verbliebenen Arbeitskräfte, damit die neuen Maschinen möglichst wenig stillstehen und sich möglichst rasch verwerten.

Dies ist jedoch nicht eine Sache, die vom einzelnen Kapitalisten abhängt. Die Konkurrenz zwingt die Kapitalisten, so zu handeln. Diese Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus laufen stets darauf hinaus, Arbeitskräfte einzusparen und die Ausbeutung zu verschärfen.



Die Haltung der Gewerkschaft

Unter diesem Gesichtspunkt muß man den Entwurf zum Aktionsprogramm der GPA bis 1982 betrachten (PA 4/78 Nr. 702). Hier offenbart sich auch ganz deutlich das Dilemma der klassenversöhnlerischen Politik der Gewerkschaftsführung. Die in dem Papier enthaltenen Vorstellungen lassen sich ganz grob so charakterisieren: Bejahung der Profitwirtschaft, der kapitalistischen Produktionsverhältnisse — das Ganze jedoch nicht mehr auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten. Besagter Entwurf zum Aktionsprogramm der GPA bis 1982, enthält ein eigenes Kapitel zur „Automation". Unter diesem Titel heißt es:

„Diese Entwicklung (die Automation), *zu der sich die Gewerkschaft grundsätzlich bekennt - darf jedoch nicht nur den Unternehmern überlassen bleiben. Um die großen Chancen zu nützen, die mit der modernen Technik verbunden sind und andererseits die großen Gefahren zu vermeiden, die sich daraus ergeben können, ist die volle Mitbestimmung der Angestellten und ihrer Interessensvertreter bei allen technischen und organisatorischen Entscheidungen unerläßlich. Je größer der Einfluß der Angestellten auf Entscheidungen bei technischen und organisatorischen Veränderungen ist, umso geringer sind die Gefahren und umso größer sind die Chancen der Automation."* (PA 4/78, Nr. 702)

Natürlich ist es ausgezeichnet, wenn man durch Maschinen und technischen Fortschritt die Produktion verkürzen und erleichtern kann. Man kann die Automation jedoch nicht aus den gesellschaftlichen Verhältnissen herauslösen, man kann nicht von der Produktionsweise einer Gesellschaft absehen und die Automation sozusagen ‚im luftleeren Raum' betreiben.

Unter einer Profitwirtschaft wird die Automation zwangsweise dafür eingesetzt, den Profit zu erhöhen, und ebenso zwangsweise folgt daraus, daß dies auf dem Rücken der Arbeiter und Werktätigen geschieht.

Es gibt keine Gemeinsamkeit zwischen der Kapitalistenklasse einerseits und den Arbeitern und Werktätigen andererseits. Das Kapital ist unersättlich, und die einzige Form, in der die Werktätigen „mitbestimmen" können, ist die, daß sie sich ihre Rechte und Forderungen erkämpfen.

Das von der GPA vorgelegte Aktionsprogramm ist dafür nicht geeignet. Es will Illusionen über einen „menschenfreundlichen Kapitalismus" wecken. Das kommt auch in einzelnen vagen und in allgemeinster Form gehaltenen Forderungen zum Ausdruck. Umschulungen, Beiteiligung an Rationalisierungsgewinnen und Arbeitsplatzsicherung — mit solchen Vorstellungen wird man keinen einzigen Fall von Kündigung auf Grund von Rationalisierung bekämpfen können. Gegen jede einzelne Kündigung aufzutreten ist jedoch notwendig, wenn man ehrlich auf der Seite der Arbeiterklasse steht, genauso wie konkrete Schutzforderungen bei monotoner und ermüdender Maschinenarbeit.

Die Politik des KB zum Nahen Osten
Eine Selbstkritik

Der Nahe Osten ist ein Brennpunkt der Widersprüche in internationalem Maßstab. Besonders das Jahr 1978 hat diese Widersprüche entschieden verschärft. Es war ein bewegtes Jahr für den Raum vom Mittelmeer bis zum Persischen Golf: der Kampf des palästinensischen Volkes um seine nationale Befreiung; das neuerliche Aufflackern der Kämpfe im Libanon; die vorerst erfolglosen Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel; der Krieg Äthiopiens gegen Somalia und Eritrea, beides unter sozialimperialistischer Oberhoheit; ein gescheiterter Putsch in der Arabischen Republik Jemen und ein erfolgreicher Putsch in der VDR Jemen, beide angezettelt vom Sozialimperialismus; laufende Aggressionen gegen die arabischen Staaten des Persischen Golfs; die Volksrevolution gegen das Schahregime. Alle diese Ereignisse veränderten die Verhältnisse im gesamten Raum gründlich.

Besonders der Sozialimperialismus war und ist es, der die bestehenden Widersprüche in diesem Raum schürt und für seine Bestrebungen, Europa einzukreisen, benützt. Seit 1978 konnte er bei seinen Kriegsvorbereitungen eine Reihe von Erfolgen erzielen: Mit dem im Herbst abgeschlossenen „Freundschaftsvertrag" hat er Äthiopien enger an sich gekettet; durch den Putsch in der VDR Jemen hat er sich einen Stützpunkt für seine Angriffe auf die Länder der Arabischen Halbinsel geschaffen; der Putsch in Afghanistan hat ihm einen weiteren Stützpunkt für seine Angriffe auf die für die Energieversorgung wichtigen Staaten des Nahen Ostens eröffnet.

Der US-Imperialismus hingegen mußte durch die Völker und Länder des Nahen Ostens weitere Niederlagen einstecken. Nach Äthiopien (1977) hat er mit der Volksrevolution im Iran einen weiteren ehemals sicheren „Stützpunkt" im Nahen Osten endgültig verloren, Israel ist mehr denn je isoliert, und jene arabischen Ölstaaten, in denen er früher über beträchtlichen Einfluß verfügte, haben im Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung ihres Ölreichtums im Rahmen der OPEC neue Erfolge errungen. Das bisher einzig praktische Ergebnis der Bemühungen der US-Imperialisten, die Trümmer ihrer Hegemonialpolitik im Nahen Osten neu zu ordnen, war der Vertragsabschluß zwischen Ägypten und Israel im vergangenen März. Allein — grundlegende Differenzen zwischen dem Kolonialstaat Israel und Ägypten haben bisher gezeigt, daß die USA noch lange nicht jenes Ziel erreicht haben, das sie offensichtlich anstreben: stabile Verhältnisse im östlichen Mittelmeer, die den nötigen politischen Flankenschutz für die US-imperialistischen Wirtschafts- und Hegemonieziele im Nahen und Mittleren Osten bieten. Der Friedensvertrag ist in seiner Wirkung auf die Widersprüche im Nahen Osten nicht zur Gänze einzuschätzen. Man hat heute aber eher den Eindruck, daß diese in ihrer Gesamtheit eher verschärft denn gelöst wurden.

In dieser Situation sind die Staaten, Länder und Völker des Nahen Ostens, insbesondere die arabischen, gezwungen, ihre Wachsamkeit angesichts der anhaltenden sozialimperialistischen Aggressionspolitik zu erhöhen. Das eritreische Volk mußte bereits zur Waffe greifen, um seine nationale Unabhängigkeit und sein Recht auf Selbstbestimmung gegen den sozialimperialistischen Aggressor zu erkämpfen. Für die arabischen Staaten und Völker wird es zu einer immer vordringlicheren Aufgabe, ihre Einheit zu stärken, um die verschiedenen Spaltungs- und Subversionsmanöver der neuen Zaren abzuwehren. Besonders die Konferenz der Arabischen Liga im letzten Herbst in Bagdad hat gezeigt, daß die arabische Welt sich nicht bereitwillig unter dem Deckmantel der „brüderlichen Freundschaft" und einer fragwürdigen „Allianz des Fortschritts" von den Sozialimperialisten spalten und für ihre Weltherrschaftspläne einspannen läßt. Auch auf der jüngsten Konferenz in Bagdad war dieser Gesichtspunkt entscheidend für die Haltung der Mehrheit der arabischen Staaten.

In Österreich ist der Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte im Nahen Osten, insbesondere gegen das des Sozialimperialismus, gegen die Vorbereitungen der Supermächte auf einen Krieg um Europa ebenso ein wichtiger Bestandteil beim Aufbau einer antihegemonialen Front in Österreich, wie die Solidarität mit dem Kampf der Staaten, Länder und Völker des Nahen Ostens. Eine wichtige Aufgabe wird es dabei auch sein, alle Maßnahmen der österreichischen Monopolbourgeoisie zu bekämpfen, im Interesse ihrer eigenen Ausbeutungsinteressen in diesem Raum die Manöver der Supermächte zu rechtfertigen und ihnen Flankenschutz zu bieten.

Der KB Österreichs ist dieser Kampfaufgabe bisher nur unzureichend nachgekommen. Das kann man an unserem geringen praktischen Beitrag zum Zusammenschluß der Massen gegen die Kriegsvorbereitungen an diesem Frontabschnitt sehen, der weit hinter den Notwendigkeiten und Möglichkeiten zurückgeblieben ist.

Ein wesentlicher Grund dafür sind theoretische und ideologische Unklarheiten in unseren Köpfen, die es bisher verhindert haben, zu den komplizierten und vielfältigen Widersprüchen im Nahen Osten in allen wichtigen Fragen eine klare Haltung einzunehmen. Oft spiegeln sich diese Unklarheiten in unserem Zentralorgan wider, das oft richtige Haltungen zu einzelnen Fragen einnimmt, jedoch ebenso oft keine klare Sicht über die gesamte Entwicklung in diesem für Europa so wichtigen Raum einnimmt.

Der vorliegende Beitrag im „Kommunist" soll dazu dienen, das Verständnis von den Entwicklungen im Nahen Osten zu vertiefen.

Der Beitrag gliedert sich in vier Teile:

Im *Hauptteil* sollen einige politisch-ideologische Fehler des Artikels im Kommunist 3/76 mit dem Titel „Die palästinensische und arabische Revolution und die Aufgaben der österreichischen Kommunisten" kritisiert werden. Dieser Artikel war die erste und bisher einzige zusammenhängende Darstellung unserer Positionen zum Nahen Osten. Man kann davon ausgehen, daß Fehler dieses Artikels noch immer in unseren Köpfen vorhanden und daß sie mit einer Reihe von Unklarheiten und Differenzen identisch sind, die viele Freunde unserer Organisation haben.

Die Hauptarbeit für diesen Artikel wurde noch **vor** *der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Vertrages abgeschlossen. Die Entwicklungen seither wurden nur an einzelnen Stellen in der Endkorrektur des Artikels berücksichtigt, soweit dies für die Klarheit der Aussagen von Bedeutung war. Wenn man die Tatsachen untersucht, wird man feststellen, daß sich durch den Friedensvertrag insofern nichts Wesentliches an der Entwicklung im Nahen Osten geändert hat, als die im Artikel beschriebenen Widersprüche heute dieselben sind wie vorher und sich auch die skizzierte Grundrichtung der Entwicklung nicht geändert hat. Allerdings haben sich bestehende Widersprüche verschärft. Für die Beurteilung der Entwicklung sollte man auch beachten, daß sich die praktischen Wirkungen des Friedensvertrages heute noch nicht abschätzen lassen. Vieles von dem, was in der letzten Zeit im und über den Nahen Osten gesagt und beschlossen wurde, muß sich erst in der Praxis bewähren. Das gilt sowohl für den Friedensvertrag selbst als etwa für die Beschlüsse der arabischen Länder und der PLO in Bagdad.*

Ferner soll eine *Chronik über die Ereignisse im Nahen Osten* seit dem Ende des Libanon-Krieges im Oktober 1976 das Verständnis der Entfaltung der Widersprüche in diesem Raum erleichtern. Beides wird ergänzt durch Materialien über wirtschaftliche Fragen in diesem Raum: die Entwicklung der *Handelsbeziehungen des Sozialimperialismus* zu den Ländern des Nahen Ostens und die *ausländischen Finanzierungen in Ägypten*.

1. Das Verhältnis zwischen den Supermächten

Im Artikel heißt es: *„Die Supermächte bilden eine konterrevolutionäre Allianz gegen das palästinensische und die anderen arabischen Völker und haben gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung des Zustandes von 'Weder Krieg noch Frieden' ... Jenseits ihrer konterrevolutionären Allianz stehen die beiden Supermächte untereinander in heftiger Rivalität und bedienen sich verschiedener Methoden zur Durchsetzung ihrer Ziele“* (S. 61/62).

Die Einschätzung, daß die Supermächte im Nahen Osten in erster Linie eine „konterrevolutionäre Allianz“ bilden und vor allem ein „gemeinsames Interesse“ an der Aufrechterhaltung des Status quo haben, ist angesichts der Entwicklung in der Welt und im Nahen Osten seit langem nicht mehr aufrecht zu halten. Nehmen wir nur die Ereignisse vor und nach dem Sadat-Besuch in Jerusalem.

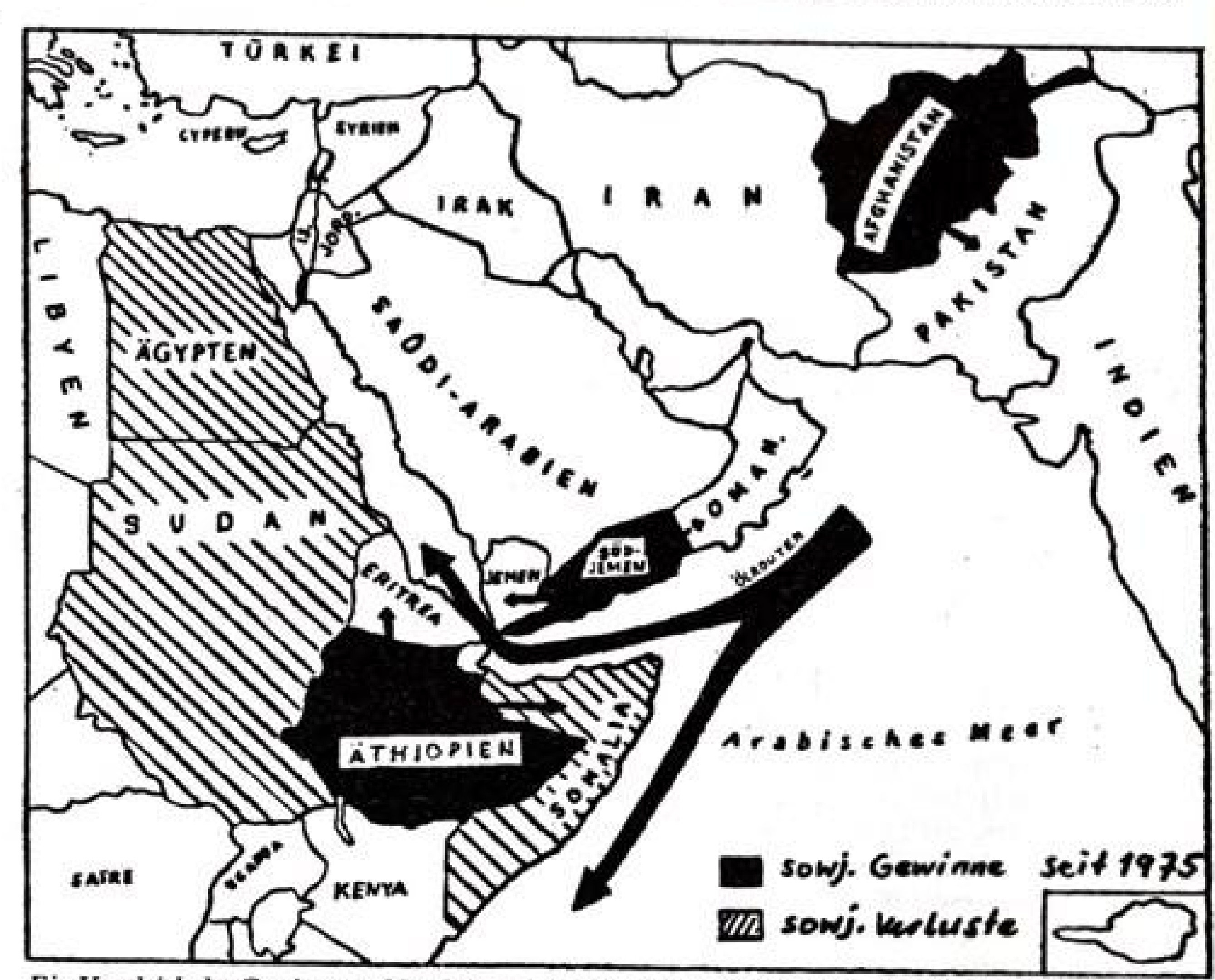
Das ganze Jahr 1977 hindurch versuchten die USA eine Nahost-Lösung zu erreichen, die ihre Position sichern und stabilisieren sollte. Ausgehandelt werden sollte diese Lösung auf einer „Genfer Konferenz“, auf der gleichzeitig die Sowjetunion möglichst wenig mitzureden hätte. Carters Versprechungen einer „Heimstätte für Palästinenser“ sollte zumindest Ägypten, Jordanien, den Libanon und — sobald das erreicht war — auch Syrien an den Verhandlungstisch bringen. Auf der Grundlage der UNO-Resolutionen 242 und 338 sollte ein „amerikanischer Frieden“ unterzeichnet werden. Demgegenüber setzte die Sowjetunion alles daran, den Widerstand der PLO und der arabischen Länder dagegen für ihre Zwecke zu nutzen. Vor allem die verstärkte Präsenz Syriens im Libanon und die jordanisch-syrische Annäherung benutzte Moskau, um sich als Waffenlieferant unentbehrlich zu machen. Dementsprechend verkündete die Sowjetunion, eine „Genfer Konferenz“ ohne ihre gleichberechtigte Teilnahme sei keine „globale Lösung“. Beide Supermächte sprachen also von einer „Genfer Konferenz“. Oberflächlich betrachtet, konnte der Eindruck entstehen, sie verfolgten dieselben Ziele. Tatsächlich handelte es sich um ganz verschiedene Absichten: Die USA glaubten, nach dem Hinauswurf der Sowjetunion aus Ägypten, v.a. Sadat und Hussein zur Unterschrift unter einen Vertrag zwingen zu können, der die PLO vollständig ignorierte und weitgehende Konzessionen an Israel von den Arabern verlangt hätte. Die Sowjetunion hätte bei einer Konferenz unter solchen Vorzeichen kaum das Sagen gehabt. Dieser Plan der USA war illusorisch aufgrund des Widerstandes der PLO und von Ägypten und Jordanien selbst. Der russische Sozialimperialismus arbeitete an einer solchen Konferenz, die ihn als „Garant des Friedens“ etabliert hätte, die PLO aktionsunfähig in ein Ghetto gesperrt hätte und womöglich der Sowjetunion Einfluß auf Israel verschafft hätte. Auch dieser Plan scheiterte, nicht zuletzt wegen des Widerstands von Ägypten, aber auch auf Grund der Ablehnung Israels.

Sadats Reise nach Jerusalem hatte den Zweck, selbst die Initiative zur Durchsetzung der Forderungen der arabischen Länder und der Minimalforderung der PLO zu ergreifen. Ägypten stand vor dem Problem, daß ein Scheitern der Bemühungen um Verhandlung die Möglichkeit verstärkter zionistischer Aggressionen oder gar eines Krieges erhöhte. Das hatte Ägypten, das kurz zuvor die sowjetischen Berater aus dem Land geworfen hatte, dessen Armee aber noch immer hauptsächlich mit sowjetischen Waffen ausgerüstet war, empfindlich getroffen. Andererseits war Präsident Sadat gegen Carters Pläne.

Sadats Reise traf die beiden Supermächte also in einer Situation, in der die USA am Ende ihre Lateins waren und die SU noch keine neuen Wege zur Verstärkung ihres Einflusses im Nahost-Konflikt gefunden hatte. In dieser Situation eines kurzweiligen „Patts“ zwischen den Supermächten in bezug auf die „Genfer Konferenz“ gaben Moskau und Washington ihre gemeinsame Erklärung vom 1.10.1977 heraus. Diese Erklärung ist das einzige bedeutsamere Dokument einer — sehr kurzfristigen — Art von Kollaboration zwischen den Supermächten und ihr Ringen um den Nahen Osten aus den letzten drei Jahren. Wie gezeigt worden ist, unterschrieben es Moskau und Washington aus ganz gegensätzlichen Interessen, als einen letzten Versuch, Israel und die arabischen Staaten überhaupt zu Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der einen oder der anderen Supermacht zu bringen. Zugleich stellt die Erklärung selbst einen Erfolg der SU dar, der es damit erstmals gelang, die USA zur Anerkennung ihrer „gleichberechtigten Interessen“ an Genf zu zwingen.

Wie reagierten nun die beiden Supermächte auf Sadats Initiative? War ihre Kollaboration dabei vorherrschend? Keineswegs. Vielmehr verstärkte sich die schon zuvor — hauptsächlich hinter dem Ringen um eine „Genfer Konferenz“ — ausgetragene Rivalität äußerst stark. Sadats Initiative machte die Pläne für jegliche Art von „Genfer Konferenz“ zunichte und setzte Israel unter Druck. Vor allem aber schlug er der Sowjetunion die Möglichkeit aus der Hand, die arabischen Frontstaaten und vor allem Ägypten selbst durch verstärkte Militärlieferungen wieder in erhöhte Abhängigkeit pressen zu können. Heute, unter den Bedingungen verstärkter Verteilung der Herkunft der Armeeausrüstungen der Frontstaaten, sind diese Bedingungen erheblich verändert.

Die USA versuchten daraufhin und während des größten Teils des Jahres 1978, die Initiative Sadats zu unterlaufen, Ägypten mürbe zu machen und Jordanier und schließlich Syrien ebenfalls für einen Kapitulationskurs zu „gewinnen“. Für die USA steht mit den Verhandlungen rund um Camp David auf dem Spiel, daß sie den Israel-Konflikt eindämmen und plätten müssen, um Moskau weniger Angriffsflächen zu bieten und die 3. Welt zu spalten. Sie versucht daher, Israel bis zu einem gewissen Grad „unter Druck zu setzen“, hat dafür aber äußerst wenig Spielraum, da sie Israel zugleich als ihren Vorposten am Leben erhalten muß. Das bedeutet aber in erster Linie das Festhalten am Wesen des zionistischen Siedlerstaates, der Okkupation palästinensischen Territoriums und der Entrechtung des palästinensischen Volkes. Da aber selbst nach dem Vertragsabschluß Ägypten auf einer Lösung der palästinensischen Frage besteht (trotz aller Differenzen im arabischen Lager) und bisher nicht auf die zionistische Position gezwungen werden konnte, sind die USA mit ihren Plänen nicht weit vorangekommen.



Ein Vergleich der Gewinne und Verluste der Sowjetunion seit 1975 zeigt deren Aggression sehr deutlich.



Die USA haben in diesem Raum seit 1975 an Einfluß eingebüßt; den Verlusten Äthiopiens und des Iran stehen keinerlei Gewinne gegenüber.

Die Sowjetunion knüpfte an die Sadat-Initiative und dadurch verursachten Spannungen im arabischen Lager den Beginn ihrer wahnwitzigen Offensive des Jahres 1978. Da ihr Sadats Initiative die Möglichkeit eines Kriegs nach ihrem Geschmack nahm, versuchte sie zunächst die „Front der Standhaftigkeit“ einzuvernehmen. Sie entfaltete dazu eine diplomatische Offensive und versuchte Ägypten maximal zu isolieren. Damit allein kam sie allerdings nicht viel weiter, da Syrien und auch der Irak der Sowjetunion nicht den Einfluß im neugebildeten „militärischen Oberkommando“ der „Front der Standhaftigkeit“ erlaubten, den diese wollte. Zugleich begannen Syrien und der Irak, die Ausrüstung ihrer Armeen auch aus anderen Ländern als aus der Sowjetunion zu beziehen. Während die Sowjetunion hier vorläufig an ihre Grenzen stieß, entfesselte sie jenseits der arabischen Halbinsel weitere Aggressionen: In Afghanistan, im Südjemen und in Äthiopien, Somalia und Eritrea. Mit den Aggressionen Moskaus am Roten Meer und der Halbinsel hat diese Supermacht offen begonnen, auf den Kern ihrer räuberischen Interessen abzuzielen.

Man sieht: Das Konzept der „konterrevolutionären Allianz der beiden Supermächte gegen die arabischen Völker“ schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Es ging aus von einer oberflächlichen Erscheinung — der Tatsache, daß sowohl SU als auch USA eine „Genfer Konferenz“ jeweils nach ihrem Wunsch wollten — und ignorierte die Hauptseite der Beziehungen zwischen den Supermächten: die Rivalität.

2. Der Zweck der Strategie der Sowjetunion im Nahen Osten

Im Artikel heißt es ferner: *„Die Existenz und die Aggressionen Israels geben den beiden Supermächten ständig Anlaß, diese Differenzen“* — zwischen den arabischen Ländern — *„aufzubauschen, die arabischen Länder der gegeneinander aufzuhetzen und in ihre Abhängigkeit zu ziehen. Daher sind die beiden Supermächte Todfeinde der palästinensischen Revolution und der arabischen Einheit. Daher haben sämtliche imperialistischen Lösungsvorschläge zum Inhalt, den Bestand des Aggressionsinstruments Israel zu sichern.“* An anderer Stelle im selben Artikel wird von Israel als dem Haupteinmischungsmittel des Imperialismus im Nahen Osten gesprochen. Mehr oder weniger offen wird somit gesagt, daß die Politik der Supermächte den Zweck hat, Israel zu erhalten. Tatsächlich verfolgt die Politik der Supermächte andere Zwecke, und weiters verfolgen die USA andere Ziele als die Sowjetunion.

Ein Vergleich der strategischen Landkarten des Nahen Ostens aus dem Jahr 1975 und aus dem Jahr 1979 sagt bereits einiges darüber aus, was der Zweck der Politik der USA im Nahen Osten nur sein kann: Soweit es diese niedergehende Supermacht vermag, muß sie ihren Zugriff auf die Ölreserven des Nahen Ostens verteidigen und stabilisieren. Und zwar einerseits gegenüber dem Kampf der Staaten und Völker des Nahen Ostens und andererseits gegenüber der Offensive des Sozialimperialismus.

Die überwiegende Mehrheit derjenigen Völker und Staaten, die nach dem zweiten Weltkrieg dem Joch der USA unterworfen wurden, haben seither bedeutende Fortschritte und Siege bei dessen Abschüttelung errungen. Der bedeutendste Erdölproduzent der Region, Saudi-Arabien, — früher eine Hauptstütze des US-Einflusses — hat kürzlich die Verstaatlichung des Erdöls und der ARAMCO (Arab-American Oil Company) beschlossen. Im Iran haben die USA einen schweren Schlag erlitten. Aus Äthiopien wurden die USA verdrängt, wo sie bis dahin die Ölroute durchs Rote Meer kontrolliert hatten.

Demgegenüber hat die Sowjetunion zunächst in Ägypten, im Sudan und später — nach dem äthiopisch-somalischen Krieg — in Somalia schwere Niederlagen erlitten. Alle drei Staaten zerrissen die „Freundschaftsverträge“ mit der SU, die sich als ein Mittel der kolonialen Knebelung erwiesen hatten. Zugleich hat die Sowjetunion praktische Erfolge in ihrer Offensive errungen: Die Verwandlung Äthiopiens in eine Neokolonie Moskaus, die Ermordung des nordjemenitischen Staatspräsidenten, die Unterwerfung des Südjemen und Afghanistans. Die drei Länder Äthiopien, Südjemen und Afghanistan dienen Moskau als Aufmarschgebiet für die Einkreisung der wichtigen Ölproduzenten Saudi-Arabien, der Golfstaaten, des Irak und des Iran.

Dabei sticht ins Auge: Erstens. Allein in den letzten zwei drei Jahren hat die USA in der gesamten Region nichts als Rückschläge erlitten, während die SU neben ihren Rückschlägen auch gewaltige Erfolge verzeichnet. Zweitens sind die drei neuen Neokolonien Moskaus bereits praktisch Ausgangspunkt für neue Aggressionen geworden. Von Äthiopien aus wurde Krieg gegen Somalia und wird Krieg gegen Eritrea geführt, von dort wird weiter im Südsudan infiltriert; vom Südjemen aus wird der Nordjemen attackiert und wird versucht, die PFLO in ein Aggressionsinstrument gegen Oman und damit zur Kontrolle der Straße von Hormuz zu verwandeln; schließlich werden von Afghanistan aus Grenzkonflikte mit Pakistan provoziert. Drittens ist es den USA nicht gelungen, Einfluß in jenen Gebieten wiederzugewinnen, aus denen die SU hinausgeworfen wurde. Die gilt insbesondere auch für die Wirtschaftsbeziehungen, wie aus der nebenstehenden Tabelle zu Ägypten hervorgeht.

Es ist ganz offensichtlich, daß der Zweck der Nahostpolitik der Sozialimperialisten die

Sowjetischer Handel mit Staaten im Nahen Osten 1975—1978 (in Millionen Rubel)

	Importe					Exporte				
	1975	1976	1977	1.Halbj. 1977	1978	1975	1976	1977	1.Halbj. 1977	1978
Arabische Länder	1040,2	933,6	1088,3	400,9	518,3	863,4	952,1	902,9	441,9	513,7
davon:										
Algerien	134,7	58,9	39,4	22,8	27,4	112,3	131,4	123,4	76,5	42,0
Ägypten	448,3	330,8	289,1	133,3	94,4	261,5	199,8	203,3	97,0	53,0
Golf-Staaten	—	—	—	—	—	—	—	3,5	2,9	1,2
Irak	325,4	372,9	321,0	198,3	240,7	270,8	341,6	281,0	128,3	224,0
Jordanien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,6
Kuweit	—	—	2,5	2,5	—	3,5	10,1	21,5	16,5	21,3
Libanon	6,2	4,0	3,0	1,2	1,0	15,2	6,8	13,3	4,5	11,4
Libyen	—	—	76,9	29,8	56,9	18,8	—	20,8	—	28,4
Marokko	41,2	50,3	49,3	40,4	42,0	45,7	55,3	55,9	28,9	25,7
Saudi-Arabien	—	—	—	—	—	5,6	13,2	14,1	7,7	4,0
Sudan	7,9	14,5	15,7	7,8	5,5	4,7	4,5	3,5	1,2	1,8
Syrien	68,8	96,9	106,2	63,7	48,5	99,0	138,5	100,0	49,5	63,8
Tunesien	7,0	4,9	3,2	1,4	1,4	3,5	9,9	6,7	2,8	4,1
VDR Jemen	0,1	—	2,0	0,7	0,5	13,8	20,0	34,1	21,4	12,9
AR Jemen	0,6	0,4	—	—	—	5,0	8,8	20,6	4,7	18,5
Afghanistan	64,3	66,8	87,5	40,7	45,1	67,9	87,5	113,6	64,0	61,2
Äthiopien	2,1	0,7	1,5	1,5	4,2	3,2	3,6	22,0	3,4	46,0
Iran	228,2	226,7	283,4	152,8	153,1	281,5	217,9	424,1	193,1	316,3
Naher Osten gesamt	**1396,0**	**1298,5**	**1533,7**	**632,7**	**756,1**	**1266,9**	**1327,3**	**1555,5**	**746,9**	**985,6**
Anteil am UdSSR-Welthandel	*5,2*	*4,5*	*5,1*	*3,9*	*4,3*	*5,3*	*4,7*	*4,7*	*4,6*	*5,9*

zunehmende Einkreisung und Kontrolle über die Ölquellen des Nahen Ostens ist, wobei noch ihre massive Wühltätigkeit im Iran in Rechnung zu stellen ist. Moskau setzt im Iran die revisionistische Tudeh-Partei als fünfte Kolonne ein und heizt Nationalitäten-Konflikt an, um den Boden für seine geplante Machtübernahme zu bereiten. Drohend sprechen die Sowjets von der Gefährdung ihrer „natürlichen Interessen als Nachbarland des Iran" und graben zur Untermauerung ihrer Absichten den in einer völlig anderen Situation abgeschlossenen iranisch-sowjetischen Vertrag aus dem Jahr 1921 (aus der Zeit imperialistischer Interventionen gegen die revolutionäre Sowjetunion) aus. Die nächsten Wochen und Monate werden zweifellos eine massive Steigerung der sowjetischen Versuche bringen, im Windschatten der Niederlage des US-Imperialismus die nationalrevolutionäre Bewegung im Iran auf die eine oder andere Art niederzuwerfen und diesen zweitgrößten Ölexporteur der Welt unter ihre Herrschaft zu bringen.

Die Masse der Ölimporte Westeuropas[1] kommt aus dem Nahen Osten. Der möglichst weitgehende Zugriff über die Ölquellen ist ein wesentlicher Bestandteil der Einkreisung Westeuropas durch Moskau. In diesem Rahmen ist die Politik Moskaus gegenüber Israel und den arabischen Frontstaaten hauptsächlich ein Mittel zum eigentlichen Zweck.

„Inhalt sämtlicher imperialistischer Lösungsversuche" der Sowjetunion ist daher nicht in erster Linie die Erhaltung Israels. Der israelisch-arabische Konflikt ermöglicht der Sowjetunion den Zugriff auf die Armee und die Militärbudgets der arabischen Länder, die Vertiefung ihrer Spaltung und die direkte Einmischung — in Richtung Ölquellen, Ölrouten, sowie gleichzeitig zur Festsetzung Moskaus im östlichen Mittelmeer.

Aus der Entwicklung der letzten zwei Jahre geht praktisch hervor, daß die Sowjetunion gegenüber den USA in der Offensive ist und worauf diese Offensive im Nahen Osten abzielt.

3. Der Kampf der arabischen Länder

Im Artikel heißt es: *„Der Kampf des palästinensischen Volkes und die Solidarität der anderen arabischen Völker zwingt weiters die bürgerlichen und feudalen arabischen Regimes in den anderen arabischen Ländern zur Verstärkung ihrer antiimperialistischen und antizionistischen Maßnahmen, was den Kampf der Völker gegen diese Regimes wieder begünstigt. Richten sie hingegen Maßnahmen gegen die palästinensische Revolution, isolieren sie sich umso mehr von den Massen in ihren eigenen Ländern, wird ihr Charakter umso deutlicher."* (S. 58)

Im übrigen Artikel wird die Bedeutung des Kampfs der Staaten im Nahen Osten gegen äußere Einmischung un den Raub ihrer Ressourcen deutlich unterbewertet. Er wird unterbewertet, weil die arabischen Staaten ausschließlich oder hauptsächlich durch den Druck der PLO „gezwungen" werden, ihre Souveränität zu verteidigen und zu stärken und die PLO zu unterstützen. Vielmehr haben diese Regierungen und Staaten ein handfestes eigenes Interesse daran, das sie bereits mehrfach unter Beweis gestellt haben:

- So hat Saudi-Arabien maßgeblichen Anteil an der Beilegung der Libanon-Krise 1976, die den Schutz der Kräfte der PLO gesichert hat und einer Einmischung der einen oder anderen Supermacht vorbeugte.
- So wurde auf der Bagdad-Konferenz, die auf Initiative des Irak und Saudi-Arabiens zur Beratung der Lage nach Sadats Jerusalem-Besuch durchgeführt wurde, eine ausgewogene Position eingenommen, die Ägypten nicht „verurteilte", wie es Moskau erhoffte, und den Hauptstoß gegen die Supermächte richtete.

Beide Erfolge gingen zu einem bedeutenden Teil auf Anstrengungen sogenannter „bürgerlicher und feudaler Regimes" zurück. Diese Regierungen und die Klassen, die sie repräsentieren, stehen zum überwiegenden Teil objektiv im Widerspruch zu den Supermächten. Die Nationen dieser Länder nützen ihre Staatsapparate nicht bloß unter dem „Zwang" der PLO — die dies natürlich fördert; und die Regierungen dieser Staaten haben ein objektives, eigenständiges Interesse an Maßnahmen und Schritten, die ihre Unabhängigkeit erhalten und fördern. Der Kampf der Völker in diesen Ländern fördert solche Maßnahmen, sie sind aber nicht mechanisch davon abhängig. Anders wären die Erfolge der OPEC, die verstärkten Bemühungen der arabischen Länder um regionale Zusammenarbeit — wie etwa der Ausbau der Infrastruktur zwischen dem Irak und Saudi-Arabien, die verstärkten Anstrengungen der arabischen Länder innerhalb der „Gruppe der 77" in der UNO um einen internationalen „Verhaltenskodex für transnationale Gesellschaften" und um eine neue Weltwirtschaftsordnung in den letzten zwei Jahren nicht zu verstehen.[2])

4. Der Kampf der PLO und Israel

Die Entwicklung im Nahen Osten zeigt deutlich, daß man diese komplexen Vorgänge nicht verstehen kann, wenn man bloß von den regionalen Verhältnissen in diesem Raum ausgeht. Die ganze Entwicklung um die „Genfer Konferenz" und den Sadat-Besuch in Jerusalem etwa kann nur verstanden werden, wenn bei der Beurteilung von den Interessen der USA und vor allem des Hauptkriegstreibers, des Sozialimperialismus, ausgegangen wird. Der Artikel im „Kommunist" 3/76 geht hingegen von regionalen Verhältnissen aus und berücksichtigt die Supermächte nur als „Randerscheinungen". Von daher wird Israels Bedeutung übersteigert und verselbständigt dargestellt.

Daraus folgt, daß auch die Strategie und Taktik der PLO einseitig dargestellt wird. So wird gesagt: „Zu keinem Zeitpunkt hat die PLO als ganzes die positive Forderung nach Errichtung eines Teilstaates (am Westufer und Gazastreifen) gestellt." (S.51). Diese Darstellung entspricht längst nicht mehr den Tatsachen. Die PLO hat seither wiederholt die Forderung nach Errichtung eines Teilstaates unter ihrer Führung in den 1967 besetzten Gebieten aufgestellt. Darin ist weder eine „Kapitulation" der PLO noch eine Kurskorrektur zu sehen. Schon früher hat die PLO gefordert, daß niemand anderer außer sie selbst der Vertreter der Bevölkerung dieser Gebiete sei. Die positive Forderung nach Übergabe dieser Gebiete unter ihre Kontrolle ist nur die logische Konsequenz daraus. Es wäre eher merkwürdig, wenn die PLO die Vertretung dieser Gebiete zwar beansprucht, aber dann nicht ihre Übergabe fordert und darum kämpft. Ein solcher Standpunkt ist für die antiimperialistische Arbeit in Österreich schädlich, da er Menschen ausschließt, die für die Rückgabe der 1967 besetzten Gebiete sind — und das ist die Masse der Menschen, die heute Sympathie für die Palästinenser haben. Schließlich muß auch die einseitige Betonung des bewaffneten Kampfes korrigiert werden, daß die PLO — nach Errichtung eines Teilstaates — für die friedliche Wiedervereinigung ganz Palästinas eintritt, wie es etwa in Korea der Fall ist. Der konkrete Verlauf des Kampfes der palästinensischen Revolution richtet sich nicht nach von außen aufgestellten „Bestimmungen". Die Solidaritätsarbeit für die PLO und die arabischen Länder darf keinerlei Einschränkungen dieser Art unterworfen werden. Sie muß vom Ziel ausgehen, den maximalen Zusammenschluß aller Kräfte zu ermöglichen, die gegen Israel und die Supermächte, vor allem die Sowjetunion, auftreten wollen.

5. Schlußfolgerungen

Die letzten Jahre haben auch im Nahen Osten sprunghafte Entwicklungen und Veränderungen gezeigt. Bis zu einem gewissen Grad sind die 1976 vom KB formulierten fehlerhaften Ansichten zum Nahen Osten darauf zurückzuführen, daß bestimmte Entwicklungen damals noch nicht erkennbar oder deutlich hervorgetreten waren.

Andererseits haben die kritisierten Fehler theoretische Fehler im Inneren unserer Organisation zur Grundlage. Der Artikel im „Kommunist" 3/76 wurde in einer Zeit verfaßt, als die Linie des KB zur internationalen Lage noch wenig ausgearbeitet und zum Teil fehlerhaft war. Insofern spiegelt er die Ansichten des KB zur damaligen Zeit wieder. Gleichzeitig geht er jedoch in einzelnen Fragen über die damaligen Fehler des KB hinaus und treibt sie auf die Spitze: Insbesondere was das Verhältnis zwischen den beiden Supermächten betrifft, das hauptsächlich als Kollaboration dargestellt wird. Schon zur damaligen Zeit verbargen sich hinter der Tatsache, daß Moskau und Washington eine „Genfer Konferenz" anstrebten, ganz gegensätzliche Interessen. Weiters geht der Artikel von einer gewaltigen Unterschätzung der Sowjetunion aus. Diese Position würde dazu führen, den Vormarsch und die Offensive der Sowjetunion auf die arabische Halbinsel zu beschönigen. Ferner wird die eigenständige Bedeutung der Maßnahmen arabischer Staaten und Regierungen gegen Israel und die Supermächte ignoriert. Die Haltung Westeuropas und Österreichs zum Nahost-Konflikt wird verfälscht und praktisch geleugnet, daß sich den arabischen Ländern die Möglichkeit des Kampfes um Zusammenschluß mit der zweiten Welt bietet und sie diese Möglichkeiten wahrnehmen. Schließlich wird die Bedeutung Israels überschätzt und damit der eigentliche Zweck der Aktivitäten der Supermächte im Nahen Osten verkannt. Zugleich werden die Tätigkeit der PLO und deren Unterstützung eine Reihe unzulässiger Einschränkungen aufgestellt.

All dies hat die Politik des KB zum Nahen Osten in den letzten Jahren behindert. Mit den Ergebnissen des 4. ZK-Plenums wurden einige Korrekturen in der Einschätzung der internationalen Lage durch unsere Organisation vorgenommen, die es sich nun anzueignen und praktisch anzuwenden gilt. Das gilt auch für den Nahen Osten.

Fußnoten:

[1]) Die Politik Westeuropas und Österreichs zum Nahen Osten wird in einem eigenen Artikel untersucht. Der Artikel im „Kommunist" 3/76 stellt die westeuropäische Politik fast wie ein Anhängsel der US-Politik dar und ignoriert vor allem die Möglichkeit des Zusammenschlusses zwischen zweiter und dritter Welt. Das kommt besonders in deutlich in der Darstellung der Politik Österreichs zum Ausdruck.

[2]) Andererseits wird im zitierten Artikel die Rolle der Zusammenarbeit der arabischen Staaten verfälscht, indem sie in ein Schema der „arabischen Nation" eingepreßt wird. Aufgrund einer mangelhaften historischen Untersuchung wird geschlossen, daß es eine einheitliche arabische Nation heute gäbe, die im wesentlichen die Staaten der arabischen Liga umfasse. Daß die arabischen Völker eine gemeinsame Vergangenheit besitzen, ist unbestreitbar. Welche ökonomischen und sozialen Faktoren diese bestimmten, müssen weitere Untersuchungen zeigen. Ob es die arabische Nation in Zukunft geben wird, wird die Praxis zeigen. Die arabische Liga ist ein regionaler Zusammenschluß von Staaten der dritten Welt, die durch eine Reihe wirtschaftlicher, kultureller und sprachlicher Gemeinsamkeiten besonders miteinander verbunden sind. Die Liga dient diesen Ländern als Mittel des Zusammenschlusses und Kampfes, wie andere regionale oder wirtschaftliche Zusammenschlüsse in anderen Teilen der dritten Welt. Das schließt verschiedene Kampfmethoden und taktische Schritte der Mitgliedsländer keineswegs aus. Das schematische und falsche Bild der „arabischen Nation" im zitierten Artikel schließt Länder wie Eritrea ein, die objektiv keine Araber sind, und führt andererseits zu Positionen, die jedes Land, das andere Methoden und Schritte wählt, als „Verräter an der arabischen Nation" brandmarken würde. Von hier zur Hetze der Sowjetunion gegen Ägypten ist es nur mehr ein kleiner Schritt.

Chronik der Ereignisse 1976 — 1979

1976

Oktober

• Auf den Konferenzen von Riad (16.—18.) und Kairo (25.) beschließen die arabischen Staaten formell die **Beendigung des libanesischen Bürgerkriegs**. Nach dem Abkommen von Riad soll unter Kontrolle der arabischen Friedensstreitkräfte (hauptsächlich syrische Truppen) die nationale Autorität des Libanon wiederhergestellt und der PLO die Bewegungsfreiheit im Land garantiert werden. Allerdings können die arabischen Friedenstruppen erst Mitte November Kontrolle über das Land erlangen. Die Sozialimperialisten greifen die Ergebnisse von Riad als „reaktionär" an, fordern die Wiederaufnahme der Genfer Friedenskonferenz und bieten „Sicherheitsgarantien" für den Frieden an.

• *In der* **Volksrepublik China** *wird die konterrevolutionäre Viererbande entmachtet*

November

• Die **Wiederaufnahme von „Al Saiqua"** (eine mit Syrien verbundene Widerstandsorganisation, die nach der syrischen Intervention im Libanon aus der PLO ausgeschlossen wurde) verhindert eine drohende Spaltung des palästinensischen Widerstandes.

* In einer gemeinsamen Konferenz beraten Außenminister der **arabischen Staaten** am persischen Golf über Maßnahmen zur Beseitigung des Einflusses fremder Mächte in der Golfregion.
* **Breschnew** schlägt dem ägyptischen **Aussenminister Fahmi** die „Wiederaufnahme der 1976 unterbrochenen Beziehungen vor. Fahmi, der in Moskau über die Erfüllung von Verträgen durch die Sowjetunion verhandelte, lehnt das Ansinnen als „Erpressung" ab.

Dezember

* Anläßlich der **UNO-Vollversammlung** fordert der ägyptische Präsident Sadat von USA und SU die Wiedereinberufung der Genfer Konferenz bis zum März 1977; bei seinem Besuch in Kairo (22.) schließt sich der syrische Präsident Assad dieser Forderung an. Die UN-Vollversammlung lädt die PLO zur Genfer Konferenz ein.
* Der Irak polemisiert gegen die Angriffe **syrischer** Truppen im Libanon auf palästinensische Stellungen und gegen die Haltung des syrischen Präsidenten Assad zur Genfer Konferenz.
* Die Mitglieder der **OPEC** beschließen auf ihrer Konferenz in Doha einen gespaltenen Ölpreis. Während die meisten Länder eine Erhöhung von 10% anstreben, sind Saudi-Arabien und die Arabischen Emirate nur zu einer 5%-Erhöhung bereit.
Die Sozialimperialisten schlagen daraufhin die Bildung einer „fortschrittlichen OPEC" ohne diese beiden arabischen Länder vor.
* Die **USA rüsten Israel** mit modernsten F-15-Fliegern aus.

1977

Jänner

* Amtsantritt **Präsident Carters als US-Präsident.**
* **Ägypten:** Sadat berät die Haltung zur Genfer Konferenz mit den Königen Khaled (Saudi-Arabien) und Hussein (Jordanien); Ägypten und der Sudan schließen ein Verteidigungsabkommen; in einer heftigen Hungerrevolte zwingen die ägyptischen Massen die Regierung zur Rücknahme der 100%igen Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln, die vom „Internationalen Währungsfonds" als Gegenleistung für Kredite erpreßt worden war.
* Der Iran zieht seine in **Oman** stationierten Truppen zurück.
* **Israel** wird von schweren inneren Krisen erschüttert: Streiks der Busfahrer und anderer Werktätiger gegen die Inflation; Aufdekkung einer Reihe von Finanzskandalen in der Regierung (im März tritt daraufhin der Ministerpräsident Rabin zurück); ein monatelanger Hungerstreik palästinensischer Gefangener beginnt.
* Auf einer Rede in Tula fordert **Breschnew** die Genfer Konferenz und anerkennt ausdrücklich das Existenzrecht Israels.

Februar:

* Mengistu Haile Mariam putscht in **Äthiopien** und nimmt unmittelbar danach Kontakte mit der Sowjetunion auf; im Inneren verschärft der DERG (die äthiopische Militärregierung) sein Terrorregime, nach außen setzt er seine bereits im Jänner begonnenen Provokationen gegen den Sudan fort.
* Auf einer Rede vor der israelischen „Arbeiterpartei" fordert **Kreisky** von den Zionisten die Anerkennung der Palästinenser und der PLO als „Realität".
* US-Außenminister **Vance** versucht, einige arabische Regierungen für eine US-Friedenslösung zu gewinnen. Die PLO müsse jedoch die UN-Resolution 242 und damit Israel anerkennen, wenn sie an den Verhandlungen teilnehmen wolle.
* Der **Nahost-Beauftragte der Sowjetunion** Systenko, bereist die arabischen Frontstaaten Ägypten, Syrien, Jordanien und den Libanon, um die sowjetische Haltung zur Genfer Konferenz zu „erläutern".

März

* Bei **Abrüstungsverhandlungen in Genf** kommen die Außenminister der Sowjetunion und der USA überein, im Nahen Osten zusammenzuarbeiten.
* *Anfang des Monats schlagen Regierungstruppen von Zaire mit afrikanischer und westeuropäischer Hilfe aus Angola einmarschierte sozialimperialistische Söldner aus der Provinz Shaba zurück.*
* Die **1. Afro-Arabische Gipfelkonferenz** beschließt die engere Zusammenarbeit der arabischen und afrikanischen Länder und die Lösung interner Probleme ohne äußere Einmischung (6.—9.)
* Der sowjetische **Ministerpräsident Podgorny** und **Fidel Castro** reisen durch **Afrika.** Castro schlägt Äthiopien, Somalia und der VDR Jemen die Schaffung einer Konföderation vor.
* **Konferenz der „Roten-Meer-Staaten"** in Tais: Somalia, die beiden Jemen und der Sudan verurteilen fremde Einmischung im „Roten Meer" und propagieren es als „Meer des Friedens".
* Der **13. palästinensische Nationalkongreß** (12. — 21.3.) bekräftigt das Ziel der Befreiung Palästinas und beschließt Maßnahmen zur Festigung der palästinensischen Einheit.
* Rede von **Breschnew vor dem sowjetischen Gewerkschaftskongreß:** Er betont das Interesse der Sowjetunion als Betroffener (!) am Nahostkonflikt; schlägt erneut die Genfer Konferenz vor; er fordert sichere Grenzen für alle (!) Staaten in der Region nach einem Rückzug Israels und die freie Schiffahrt durch den Suezkanal (!); die Sowjetunion sei bereit, durch Truppenstationierungen die Garantie (!) des Friedens zu **übernehmen.**

April

* Die Berater der USA müssen **Äthiopien** verlassen. Damit ist einer der ehemals wichtigsten Stützpunkte der US-Imperialisten in Afrika verloren.
* Während Arafat zu Beratungen Moskau besucht, schlägt die **sowjetische Handelskammer Israel Handelsbeziehungen** vor.

Mai

* Die **PLO** verhandelt mit einer Reihe von arabischen Staaten über eine gemeinsame Linie bei den kommenden Friedensverhandlungen.
* Bei den Wahlen in Israel wird **Menachem Begin Ministerpräsident.** Mit seinen Bemerkungen, das besetzte Westjordanland sei 1967 „befreit" worden, gibt er den Startschuß zu einer neuen zionistischen Siedlungsbewegung in den besetzten Gebieten.
* Auf der Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (**„Nord-Süd-Dialog"**) wird ein EG-Kredit (33 Mio. US.Dollar) für den Wiederaufbau des Libanon beschlossen.
* Die Regierung des **Sudan** weist sämtliche sowjetische Militärexperten aus dem Land.

Juni

* *In Belgrad beginnt die Nachfolgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)*
* In einer gemeinsamen Erklärung begrüßen die Mitglieder der **Europäischen Gemeinschaft** die Bemühungen nach einer Genfer Konferenz und fordern neben dem Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten die Verwirklichung der „legitimen" Rechte des palästinensischen Volkes".
* Die Republik **Djibouti** wird als 22. Arabischer Staat unabhängig. (27.6.)
* Die **Sowjetunion schließt mit Marokko** ein Abkommen über Phosphatlieferungen von 5 Mill. t bis zum Jahr 2000. Marokko ist der drittgrößte Produzent (nach den USA und der SU) und der größte Exporteur von Phosphaten.

Juli

* Auf einer neuerlichen OPEC-Konferenz stellen die erdölproduzierenden Länder wieder den einheitlichen Ölpreis her.
* Während der **OAU-Konferenz** in Libreville eröffnen die Sozialimperialisten eine Polemik gegen den Sudan, indem die sozialimperialistische Presse dem Sudan Angriffe gegen Äthiopien vorwirft. Als Antwort darauf legt die OAU als Tagungsort ihrer nächsten Konferenz die sudanesische Hauptstadt Karthoum fest.
* Ende des Monats beschließt **Ägypten,** ungleichen Baumwollverträge mit der Sowjetunion zu stornieren und die Lieferungen einzustellen (vier Monate später — knapp vor der Jerusalem-Reise Sadats — beschließt das Land seine Schuldenrückzahlungen an die SU im Wert von 4 Mrd. Dollar bis 1989 einzustellen).
* Während eines **Staatsbesuches in den USA** fordert Begin nicht nur neue Waffenlieferungen im Wert von 250 Mill. US-Dollar, sondern legt einen Plan der „beschränkten Autonomie" im Westjordanland, der an der Okkupation dieses Gebietes durch Israel nichts ändern würde.
* **Grenzkrieg Ägypten-Lybien:** Nachdem bereits im April vom sowjetischen Diplomaten das Gerücht eines „Angriffes" Ägyptens auf Lybien vorbereitet wurden, befinden sich unter den Toten auf lybischer Seite sowjetische Experten. Der algerische Präsident Boumedienne und PLO-Vorsitzende Arafat vermitteln erfolgreich zwischen den beiden arabischen Staaten.
* Die Behörden der **AR Jemen** lehnen einen sowjetischen Vorschlag nach der Schaffung einer jemenitisch-sowjetischen „Salzgesellschaft" und einer ebensolchen „Fischgesellschaft" mit sowjetischen Hafenrechten auf der Halbinsel Saif am Roten Meer ab.

August

* Die PLO, Syrien und der Libanon schließen das **Abkommen von Shtaura,** das die Präsenz des palästinensischen Widerstands im Südlibanon entsprechend den Abkommen von Kairo (1969) und Riad (1976) regeln soll. Bis heute war die volle Durchführung dieser Abkommen angesichts der zionistischen Aggressionen nicht möglich.
* Auf einer Reise druch einige arabische Staaten versucht der **US-Außenminister Vance** zu einer „Vorkonferenz" zur Genfer Konferenz in Washington auf Grundlage des „Begin-Plans" zu bewegen. Diese Reise scheitert völlig.

September

* Verstärkte Kämpfe in **Eritrea und West-Somalia (Ogaden)** gegen die äthiopische Besatzung. Die Arabische Liga fordert in einer Außenministerkonferenz die friedliche Regelung dieser Konflikte ohne fremde Einmischung in innerafrikanische Angelegenheiten.

Oktober

* Gemeinsame **Nahosterklärung der beiden Supermächte** am Rande der UN-Vollversammlung: noch vor Ende 1977 sollte die Konferenz in Genf auf Grundlage der UN-Sicherheitsresolution 242 (aus 1967) wiederaufgenommen werden. Mit dieser Erklärung hat die Sowjetunion ihren Standpunkt gegenüber der USA durchgesetzt. Die Beteiligung der PLO an der Konferenz wird allerdings nicht erwähnt.
Im Gefolge dieser Erklärung finden eine Reihe von Vorbereitungen statt: während im Westjordanland die Massen für die Rechte des palästinensischen Volkes demonstrieren und sich die palästinensischen Notabeln im besetzten Gebiet für die PLO aussprechen, veröffentlicht der PLO-Zentralrat vier Prinzipien für die Genfer Verhandlungen: Keine Verhandlung ohne PLO; keine Verhandlung auf Grundlage der Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates, totaler Rückzug aus den besetzten Gebieten; Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk und Recht auf Gründung eines eigenen Staates. Gleichzeitig versucht die PLO neuerlich mit den arabischen Staaten ihren Standpunkt zu koordinieren. Auf der anderen Seite veröffentlichen die USA und Israel ein Arbeitspapier für Genf, das im wesentlichen auf dem Vorschlag Begins vom Juli beruht.

November

* **Schwere Artillerieangriffe Israels** auf den **Süd-Libanon**
* **Somalia** kündigt den „Freundschaftsvertrag" **mit der Sowjetunion** und weist die sowjetischen **Experten aus dem Land** (13.).
* Im **Iran** sind breite Massendemonstrationen der Auftakt zu jener breiten Massenbewegung, die 1979 zum Sturz des Schah-Regimes führen (15.).
* Vor der **israelischen Knesseth** schlägt **Sadat** direkte Friedensverhandlungen vor (17.). Die Sowjetunion, die durch diese Initiative aus den Nahost-Friedensverhandlungen ausgeschaltet wurde, beschuldigt seither Ägypten der Kapitulation und versucht den innerarabischen Protest gegen die Initiative zur Spaltung der arabischen Nation zu benutzen.
* **Französische Jagdflugzeuge bombardieren** Ende des Monats (bis Ende Dezember) Stellungen der **westsaharauischen Befreiungsbewegung F.POLISARIO.** Die Sowjetunion „droht" Frankreich in ihrer Presse und anerkennt die F.POLISARIO — zwei Jahre nach ihrer Gründung —, jedoch nicht die Regierung der Demokratischen Republik Sahara.

Demzember

* *Der Versuch der vietnamesischen A.·n.ee, das Demokratische Kampuchea zu überfallen, wird von der Armee Kampucheas zurückgeschlagen.*
* In der lybischen Hauptstadt Tripolis treffen die Führer Algeriens, Lybiens, Syriens, der VDR Jemen und der PLO zusammen und fassen gemeinsame Beschlüsse gegen alle Versuche, die Nahost-Frage ohne die Erfüllung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes zu lösen. Die von der Sowjetunion propagierte Verurteilung und völlige Isolierung Ägyptens wird auf dieser Konferenz der **„Front der Standhaftigkeit"** nicht beschlossen.
* In **Eritrea und Westsomalia** erringen die Befreiungsbewegungen militärische Erfolge und bringen den äthiopischen DERG an den Rand einer militärischen Niederlage. Die Sowjetunion entsendet kubanische Truppen und Truppen des Warschauer Pakts und errichtet eine der größten Luftbrücken der jüngsten Geschichte, um Äthiopien in ein Lager moderner sowjetischer Waffen zu verwandeln.

1978

Jänner

* In seiner Rede zum 13. Jahrestag der Palästinensischen Revolution kündigt **Arafat** die Intensivierung des bewaffneten Kampfes gegen die zionistische Besetzung des Landes für **1978** an.
* Mitte des Monats enden die ersten **direkten Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel** ergebnislos. Israel weigert sich, aus den besetzten Gebieten abzuziehen und errichtet gleichsam zur Bekräftigung seiner Haltung drei neue Siedlungen im Westjordanland. Die Versuche Carters und Athertons auf ihren Nahostreisen Unterstützung für einen Friedensvertrag im Nahen Osten ohne substantielle Zugeständnisse von seiten Israels zu erreichen, werden von den arabischen Staaten abgelehnt.
* Während des Besuches von **Carter im Iran** erreichen die Volkskämpfe einen neuen Höhepunkt.

Februar

* Unterstützt von kubanischen Einheiten und unter Führung sowjetischer Offiziere beginnt die äthiopische Armee eine **Offensive gegen Westsomalia.** Zugleich wird somalisches Territorium bombardiert. Der Hilferuf Somalias an die USA und Westeuropa wird dort ignoriert. Zwar spricht sich die EWG-Konferenz am 14. gegen die Bedrohung am Horn von Afrika aus, verweigert Somalia jedoch jegliche Waffenlieferungen.
* Bei einem der diplomatischen Besuche jener arabischen Politiker in Moskau, die die Sadat-Initiative ablehnen, fordert **Breschnew**



Somalische Massendemonstration gegen sowjetische Aggression (Herbst 77)



Libanon: Palästinenser erneut auf der Flucht (März 78)



Palästinensische Kommandoaktion (Frühjahr 78)

erneut die Einberufung der Genfer Konferenz.

• Im Rahmen einer **Nahost-Konferenz der Sozialistischen Internationale** trifft Sadat in Salzburg und Wien mit dem israelischen Oppositionsführer Peres zusammen.

März

• In diesem Monat erreicht die monatliche Zahl **jüdischer Einwanderer** nach Israel, die aus der Sowjetunion kommen, den höchsten Wert seit Jahren. Allein im März sind es 2.000.

• Die USA bewilligen einen 250 Mio. Dollar Kredit an Ägypten und neuerliche Waffenlieferungen an Israel.

• Zehn verschiedene bewaffnete palästinensische Kommandos führen eine der größten Aktionen in den besetzten Gebieten druch. Mehrere Einrichtungen des Kolonialstaates werden zerstört. Bei Tel Aviv rotten die Zionisten ein palästinensisches Kommando und mehr als 30 israelische Zivilisten aus.

• Als „Strafe" für die Aktionen vom 11. März überfallen 30.000 Mann der **israelischen Armee den Südlibanon** und besetzen ihn bis zum Litani-Fluß. Ihre Absicht, den palästinensischen Widerstand zu zerschlagen und den Süd-Libanon besetzt zu halten, scheitert am Widerstand palästinensischer Widerstandskämpfer. UN-Truppen sollen im Libanon den Abzug der Zionisten überwachen.

• Anfang des Monats gibt **Somalia** den Rückzug seiner Truppen von westsomalischem Territorium bekannt. Mitte des Monats beginnt die erste äthiopisch-kubanische Offensive auf die befreiten Gebiete Eritreas. Die Äthiopischen Truppen werden z.T. durch die sowjetischen Flottenteile unterstützt, die vor der eritreischen Küste liegen.

• **Sowjetische Söldner** *überfallen neuerlich die Provinz Shaba in* **Zaire**

April

• In **Somalia** wird ein Putschversuch von Armeeoffizieren aufgedeckt.

• Während die US-Imperialisten den Sozialimperialismus am Horn von Afrika gewähren zu lassen, versuchen sie, die für sie wichtigen Länder im Nahen Osten aufzurüsten. Israel erhält 90 moderen Kampfflugzeuge, während Ägypten und Saudi-Arabien 110 ältere und kleinere Modelle erhalten sollen.

• Während **Israel** neuerlich von politischen (die „Frieden-jetzt Bewegung" fordert sofortigen Friedensschluß), wirtschaftlichen (Streik des Personals der Luftlinie El Al) und militärischen Kämpfen (eine Reihe von bewaffneten Aktionen palästinensischer Kämpfer) setzt es seine Provokationen im Südlibanon im April bis August fort.

• **Fischereiabkommen zwischen der Sowjetunion und Marokko,** das sowjetische Hafenrechte in Marokko einschließt.

• **Kuwait** kauft SAM-7-Raketen in der Sowjetunion, lehnt aber die Stationierung sowjetischer Experten in seinem Land ab.

• Prosowjetischer Putsch in **Afghanistan** (26.).

Mai

• *In Südostasien beginnen im Mai die Provokationen Vietnams gegen die Volksrepublik China. Hunderttausende Chinesen werden aus Vietnam vertrieben.*

• Auf einer Reise in mehrere arabische Staaten versucht der sudanesische Präsident **Numeiri** die Wiederherstellung der Arabischen Liga, die seit der Reise Sadats nicht mehr getagt hat, zu erreichen. Allerdings erfolglos.

• Der Irak deckt Tätigkeiten des **sowjetischen Geheimdienstes** gegen Präsident Al Bakr auf.

• Verhandlungen zwischen **Begin und Carter** in Washington bringen keine Ergebnisse.

• Neuerliche Verstärkung der Volksbewegung im **Iran**

Juni/Juli

• *Auf der Abrüstungskonferenz der UNO wird dem Hegemoniestreben der beiden Supermächte eine scharfe Absage erteilt.*

• Im **Irak** werden 24 Offiziere, Mitglieder einer revisionistischen Partei des Landes, wegen einer Verschwörung hingerichtet. Die Sowjetunion verhält sich dazu eigenartig: Sie bekräftigt die Allianz mit dem Irak.

• Staatsstreich in **Mauretanien**: Der neue Präsident kündigt den möglichen Rückzug der mauretanischen Truppen vom Territorium der Demokratischen Arabischen Republik Sahara an.

• **Ägypten** erhält einen 720 Millionen Dollar Kredit vom internationalen Währungsfonds.

• 24. Juni: Der **Präsident der AR Jemen** wird von nachweislich sowjetischen Agenten ermordet.

• 26. Juni: **Ermordung von Robaya Ali,** dem Präsidenten der VDR Jemen. In den Wochen zuvor hatte sich Ali noch um engere Kontakte mit der AR-Jemen und Saudi-Arabien bemüht. Wenige Tage vor dem Putsch hatte Ali in Gesprächen mit Vertretern der eritreischen Befreiungsbewegung den Abzug der in Äthiopien stationierten jemenitischen Truppen vereinbart. Die Sozialimperialisten erhalten zwei Wochen nach dem Putsch eine Erweiterung der Hafen- und Stützpunktrechte in der VDR Jemen. Gleichzeitig eröffnen sei eine Propagandaoffensive gegen Saudi-Arabien. Jamani (der Ölminister Saudi-Arabiens) wirft der Sowjetunion die „Taktik der Einkreisung der Ölländer" vor. Anfang Juli beschließen 16 Mitglieder der Arabischen Liga, die Beziehungen zur VDR Jemen einzufrieren. Der neue Präsident der AR Jemen stellt zum gleichen Zeitpunkt fest, sein Land werde erst dann wieder Beziehungen mit dem Süden aufnehmen, wenn dort die äußere Einmischung beseitigt ist.

• 27. Juni: Vereinigte Verbände äthiopisch-kubanischer Truppen unter sowjetischer Führung beginnen eine **Großoffensive gegen Eritrea.** Bis Oktober ist sie im wesentlichen von den eritreischen Befreiungsbewegungen zurückgeschlagen.

• Im **Libanon** verschärfen sich die Kämpfe neuerlich. Nachdem Israel bei seinem dritten Rückzug seine Stellungen den Faschisten



Demonstration palästinensischer Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten (Herbst 78)



Mitte November 78 tagt in Bagdad die 9. Gipfelkonferenz der Arabischen Liga



Im Jänner 1979 tagt der 14. Nationalkongreß der PLO



Am 2.2. übernimmt die patriotische Regierung Basarghan die Macht im Iran, Khomeiny kehrt aus dem Exil zurück.

übergeben hat, bombardieren israelische Flugzeuge Anfang Juli die Hauptstadt Beirut. Syrien unternimmt eine militärische Offensive gegen die libanesischen Faschisten.

• Die **ägyptisch-israelischen Verhandlungen** stagnieren. Obwohl Carter Anfang Juli mit der Einberufung der Genfer Konferenz für den Falls droht, daß die Verhandlungen scheitern, kann Ägypten weder bei einer Reise von Außenminister Vance nach Kairo, noch bei den Verhandlungen in Leeds zur Kapitulation gezwungen werden. Vielmehr weist Ägypten die israelische Militärdelegation aus dem Land.

• Mitte Juli verhandelt der syrische **Präsident Assad in der BRD** wegen engerer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern.

• Sowohl auf der **Konferenz der OAU** in Karthoum als auch auf der **Konferenz der Blockfreien** scheitern sozialimperialistische Spaltungsversuche. Am Rande der Konferenz in Belgrad treffen sich erstmals nach einem Jahr **alle** Mitglieder der Arabischen Liga auf Minsterebene, um ein gemeinsames Vorgehen für die UN-Vollversammlung zu beraten.

August

• Wegen der Ermordung von drei PLO-Vertretern verschlechtern sich die Beziehungen zwischen der **PLO und dem Irak.**

• Nach einem neuerlichen Besuch der US-Imperialisten in Kairo und Jerusalem wird die Abhaltung der **Konferenz von Camp David** bekanntgegeben. Sozialimperialistischer Kommentar dazu: „Die USA gefährden die Entspannung" (!).

• *Vorsitzender Hua Guofeng besucht Rumänien, Jugoslawien und den Iran.*

September

• Anfang des Monats hält die **Sowjetunion** an ihrer Südgrenze zum Nahen Osten das **Manöver „Kaukasus II"** ab, in dem Luftlandemanöver im Gebiet des persischen Golf geprobt werden.

• Am „blutigen Freitag" (9.) werden im **Iran** mindestens 3.000 Demonstranten von den Schah-Truppen getötet.

• **Die VR China nimmt diplomatische Beziehungen mit Oman und Lybien auf.**

• **Die Ergebnisse der Verhandlungen von Camp David** werden am 19.9. bekanntgegeben: zwei Rahmenabkommen über den Frieden zwischen Israel und Ägypten und über die Herstellung eines umfassenden Friedens im Nahen Osten, allerdings ohne die Kernfrage der nationalen Rechte des palästinensischen Volke sgenauer zu regeln. Die Sozialimperialisten versuchen, den arabischen Protest gegen diese Abkommen auf die Isolierung Ägyptens durch die Arabischen Staaten und die PLO zu lenken. Um eine solche Isolierung zu verhindern, lädt der Irak zu einer Konferenz der Arabischen Liga in Kairo ein.

Oktober

• Im **Iran** legten die Erdölarbeiter die Ölproduktion lahm. Ebenso werden sowjetische Fabriken im Land bestreikt.

• Während in den besetzten Gebieten Palästinas eine Reihe von Aktionen gegen das Camp David Abkommen durchgeführt werden, reist **PLO-Vorsitzender Arafat** in einige Länder am **Golf von Persien** und gegen Ende des Monats nach Moskau.

• **Irak und Syrien** unterzeichnen eine **„Natio-nal-Charta"** zur Koordinierung der Politik beider Länder.

November

• *In Südostasien greifen neuerlich vietnamesische Truppen Kampucheanisches Territorium an.*

• Im **Iran** können weder Kriegsrecht noch Militärregierung die Massenbewegung abwürgen. Erstmals seit dem Entstehen der Volksbewegung anerkennt die Sowjetunion diese als revolutionär und warnt die US-Imperialisten vor einer militärischen Einmischung im Land.

• Mit der **Konferenz der Arabischen Liga** in Bagdad erleiden die Sozialimperialisten eine Niederlage. Die Konferenz, an der Ägypten nicht teilnimmt, verurteilt zwar die Ergebnisse von Camp David, ist aber nicht bereit, Ägypten zu sanktionieren und so die Arabische Liga zu spalten.

• Der **syrische Staatschef** unterbricht vorzeitig Verhandlungen in Moskau. Die Kremlzaren wollen Lieferung von — bereits 1977 und 1978 versprochenen Waffen — an den Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit Syrien binden.

• In Washington unterzeichnen die ägyptischen und israelischen Unterhändler einen **Entwurf für einen Friedensvertrag.** Bis zum 17.12. versuchen die US-Imperialisten, Ägypten zur endgültigen Unterzeichnung des Vertrages zu zwingen, obwohl der Vertrag die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ägyptens vorsieht und keine konkreten Regelungen für die Lösung der palästinensischen Frage getroffen sind.

• Während **Haile Mariam in Moskau einen „Freundschaftsvertrag"** zwischen der Sowjetunion und Äthiopien unterzeichnet, wird gegen **Eritrea** die bisher schwerste sowjetisch-äthiopische Offensive eröffnet. Zu Land stoßen die Aggressionstruppen zu den Städten des Landes vor, unterstützt von Napalmbombardements durch sowjetische Flugzeuge. Die Befreiungsbewegungen müssen aus taktischen Gründen die Städte auf, und setzen ihren Kampf vom Land aus fort.

Dezember

• Drei Tage, nachdem **sowjetische U-Boote** vor der Küste des **Libanon** gesichtet werden (17.) bombardiert Israel palästinensische Flüchtlingslager im Süden des Landes.

• Auf der Konferenz in Abu Dhabi beschließen die Mitglieder der **OPEC** die Erhöhung des Ölpreises für 1979 um rund 14%. Die einheitliche Erhöhung ist nicht nur ein Sieg für die Einheit der OPEC und den Aufbau ihrer Mitgliedsländer, sondern ebenso eine Niederlage der Supermächte. Die USA hatten das ganze Jahr über versucht, durch ihre Dollarpolitik die OPEC zu spalten. Der Sowjetunion, der früher keine Erhöhung zu hoch sein konnte, gibt sich in ihren Kommentaren über die Konferenz „abwartend".

• *Ende des Monats marschieren vietnamesische Truppen in Kampuchea ein und besetzen die Hauptstadt Pnom Penh.*

1979

Jänner

• *Die Volksrepublik China und die USA nehmen diplomatische Beziehungen auf.*

• Mitte Jänner setzt der Schah im **Iran** die Regierung Bakhtiar als letzten Ausweg seines Regimes ein und verläßt am 16.1. das Land.

• Zur gleichen Zeit verbreitet die **Sowjetunion** Gerüchte über die baldige Aufnahme von diplomatischen und „anderen" Beziehungen zu **Saudi-Arabien** und den anderen Staaten des Golfs, die die neuen Zaren bisher als „reaktionäre und obskure" Königreiche und Scheichtümer bezeichnet hat. Arabische Politiker dementieren entschieden solche Gerüchte.

• Die Befreiungsbewegung des **Westsahara** erringt wichtige Erfolge. Militärisch wird eine marokkanische Garnison zerstört. Auf politischer Ebene erklärt die mauretanische Regierung ihre Verhandlungsbereitschaft mit der F.POLISARIO.

• Der 4. **Kongreß der algerischen „Nationalen Befreiungsfront" (FLN)** wählt Benjaddin Chadli als Nachfolger für den im Dezember verstorbenen Präsidenten Boumedienne, und faßt wichtige Beschlüsse über die nationale Einheit. (27.)

• Während des **14. Palästinensischen Nationalkongresses** überfallen die Zionisten erneut den Süd-Libanon bis über den Litani-Fluß und ermorden Abu-Hassan, einen engen Mitarbeiter Arafats.

Februar

• *Der Stellvertretende Ministerpräsident der VR China, Deng Xiaoping besucht die USA.*

• Auf seiner Reise nach Kuwait, Irak, Syrien und Jordanien bemüht sich der jugoslawische **Präsident Tito** sowohl um die Einheit der Bewegung der Blockfreien als der Arabischen Länder.

• Der sudanesische **Präsident Numeiri** gibt die Absicht bekannt, zur friedlichen Beilegung der Konflikte am Horn von Afrika Verhandlungen mit Äthiopien aufzunehmen.

• Nach der Rückkehr von Ayatollah Khomeiny am 2.2. in den **Iran** übernimmt die patriotische Regierung Basarghan die Macht im Land. Die bewaffneten Kämpfe im Iran nimmt die Sowjetunion zum Anlaß auf ihr vermeintliches „Interventionsrecht" im Iran zu verweisen.

Zur Auslandsverschuldung Ägyptens

Die taktische Orientierung des KB Österreichs, eine Einheitsfront gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte, insbesondere gegen das des Sozialimperialismus als aggressivere, gegen ihre Konkurrenz und ihre Kriegsvorbereitungen aufzubauen, führt bei Genossen und Freunden oft zu Einwänden zweierlei Art: diese Orientierung führe zu einer Unterschätzung der westlichen Supermacht USA und verkenne den Charakter der Länder der zweiten Welt als imperialistische Länder. Diese Kritik stützt sich gerne auf die Entwicklung in und um Ägypten in den letzten fünf Jahren und hier wieder auf ökonomische Tatsachen wie die hohe Staatsverschuldung des Landes und die relativ rege Wirtschaftstätigkeit der USA und der Länder der zweiten Welt in Ägypten. Oft fällt auf, daß an sich richtige Tatsachen aus ihrem Zusammenhang gerissen werden, um solche Einwände zu belegen. So schrieb ein Genosse vor längerer Zeit in einer Kritik an der Berichterstattung des „Klassenkampf" zur Reise Sadats nach Jerusalem: „Seit 1963 haben sich die westdeutschen Imperialisten mit insgesamt 1.351 Mio DM an der Ausbeutung der ägyptischen Arbeiter und Bauern beteiligt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß in den letzten 5 Jahren allein 40% (540 Mio. DM) des Kapitals deponiert wurden." Diese Tatsachen brauchen gar nicht angezweifelt werden. Die BRD-Imperialisten werden solange Ausbeuter bleiben, solange es sie gibt. Es fällt aber auf, daß weder untersucht wird, **wofür** das Kapital in Ägypten verwendet wird, zu welchen Bedingungen das Land das Geld aufnimmt und was passiert, wenn Ägypten die Schulden nicht zurückzahlen kann. Ebensowenig werden diese 268 Mio Dollar (der Wert der letzten fünf Jahre auf Dollarbasis) in politischem und wirtschaftlichem Zusammenhang zu jenen 4 Milliarden Dollar gesehen, die Ägypten heute noch den Sozialimperialisten schuldet, auch wenn Sadat die Rückzahlung dieser Schuld im November 1977 für zehn Jahre eingestellt hat.

Die folgende Übersicht kann diese Analyse auch nicht leisten, sie vermag nur ein korrekteres Bild der ganzen Sache zu vermitteln. In dieser Aufstellung sind rund 90 Projekte enthalten, deren Finanzierung etwa in der ersten Hälfte 1978 vorgenommen oder zugesichert wurde. Darin ist mit einer Ausnahme (Rumänien) kein Projekt enthalten, das von einem RGW-Land finanziert wurde. Auch dürfte die Liste für diesen Zeitraum nicht ganz vollständig sein, sie umfaßt aber immerhin rund **drei Viertel** der bekannten Verschuldung Ägyptens an USA, 2. Welt, Weltbank sowie Internationaler Währungsfond mit Stand August 1978. Gliedert man die verschiedenen Projekte nach ihrem Gegenwert in Millionen US-Dollar nach dem Zweck der Zahlung und ihrer Herkunft auf, ergibt sich folgendes Bild.

Zur Finanzierung ägyptischer Wirtschaftsprojekte durch das Ausland (in Millionen US-Dollar)

Zweck der Finanzierung	**Herkunft der Finanzierung**						
	USA	EU, Japan Kan.Austr.	Weltbank IWF	OPEC + ar. Ldr.	Übrige 3.Welt	Intern. Org.	**Gesamt**
Militärlieferungen	879,6	—	—	—	—	—	**879,6**
Ausbau Suez-Kanal	24,6	—	—	3,5	—	—	**28,1**
Entwicklung der Landwirtschaft	43,9	73,5	20,0	—	19,0	—	**156,1**
Entwicklung Industrie	101,5	192,4	—	10,0	—	32,0	**335,9**
Entwicklung Infrastruktur (Verkehr, Energie etc.)	161,0	383,3	69,0	—	12,0	—	**580,3**
Stützung ägyptischer Staatsfinanzen und der Währung	12,0	47,1	720,0	131,4	—	—	**910,5**
Handelskredite	349,0	711,6	—	—	—	—	**1060,6**
Schenkungen, Streichung von Schulden etc.	26,9	53,1	—	—	—	44,8	**124,8**
Anleihen, Kredite für sonstige Zwecke	—	50,8	30,0	—	—	—	**80,8**
Insgesamt	**1599,5**	**1466,8**	**839,0**	**144,9**	**31,0**	**76,8**	**4157,5**
davon ausländische							
a) Kapitalinvestitionen im eigentlichen Sinn	*152,9*	*195,4*	-	-	-	*3,0*	*198,4*
b) Kredite mit Laufzeit über 10 Jahre, Entwicklungskredite ohne bzw. mit niederen Zinsen, Schuldstreichungen, Schenkungen...	*270,0*	*508,8*	*117,0*	*41,3*	*25,0*	*71,8*	*1033,9*

Quelle: Middle East Economic Digest (MEED) 22.9.1978

Folgende Tatsachen sollte man für die Beurteilung der Lage berücksichtigen:

1) Die größte Zeilensumme von 1,6 Milliarden Dollar entfällt hier auf die USA. Mehr als die Hälfte dieses Betrages sind Waffenlieferungen an Ägypten. Zwar ist der dafür vorgesehene Betrag sehr hoch, es muß aber bedacht werden, daß dies an der bestehenden Militärabhängigkeit Ägyptens von der Sowjetunion wenig rüttelt. Diese 879 Mio. Dollar stehen für zwei Arten von Lieferungen. Für eine Lieferung von F-5 Flugzeugen und für Transportflugzeuge. An der Kernausrüstung der ägyptischen Armee mit sowjetischen Infantriewaffen und Panzern ändert dieser relativ hohe Betrag nichts. Die Zahlungen der USA (ohne Waffenlieferungen) sind also halb so groß wie jene 1,5 Milliarden, die sich auf ca. 20 Länder der 2. Welt aufteilen.

2) Rund ein Viertel der angeführten Gesamtsumme von 4,2 Mio. Dollar entfällt auf Schenkungen, Erlassen von Schulden des ägyptischen Staates, Entwicklungskredite ohne oder mit niedriger Verzinsung sowie auf Anleihen und Kredite mit mehr als zehn Jahren Laufzeit. In den nächsten zehn Jahren belastet die gesamte Summe die ägyptischen Staatsfinanzen in keiner Weise.

3) Die relativ größte Summe wurde insgesamt für Handelskredite an Ägypten gewährt. Es handelt sich dabei jeweil um die Stundung der Zahlungen aus Lieferungen, die Ägypten vom Ausland erhält.

In der Hauptsache sind es Lieferungen von Industriewaren (z.B. Lokomotiven) und Nahrungsmitteln (Getreide) aus den Ländern der zweiten Welt und der USA an Ägypten. Will man die Abhängigkeiten beurteilen, die aus diesen Verschuldungen Ägyptens entstehen können, muß eines bedacht werden: Jene Kapitalisten, die an Ägypten liefern, sind in erster Linie an der Realisierung des Wertes der Waren und des darin vergegenständlichten Mehrwerts interessiert. Deshalb sind die meisten dieser Lieferungen mit Exportgarantien verbunden, die die jeweiligen imperialistischen Staaten gewähren. Sollte Ägypten tatsächlich nicht imstande sein, seine Schulden zu bezahlen, halten sich die Kapitalisten an den Volksmassen ihrer eigenen Länder schadlos, die auf dem Weg der Steuerausplünderung die Realisierung des Profits ihrer „eigenen" Kapitalisten sorgen sollen, auch wenn in diesen Fällen die von den Imperialisten verlangten Preise über den Weltmarktpreisen liegen mögen.

4) Entgegen allen Annahmen ist jene Summe, die die Imperialisten für Kapitalinvestitionen im eigentlichen Sinn aufwenden, ziemlich gering. Lediglich 5% der Gesamtsumme entfallen darauf. Hinzu kommt noch, daß fast die gesamte Summe der Investitionen für solche Projekte aus Landwirtschaft, Industrie und Infrastruktur aufgewendet wurden, die dem Aufbau der ägyptischen Wirtschaft dienen sollen. In der überwiegenden Zahl der Fälle handelt es sich obendrein um ausländische Minderheitsbeteiligungen an Kapitalgesellschaften, in denen der ägyptische Staat die Mehrheit hat. Lediglich bei einem Projekt handelt es sich um einen Fall „klassischen" Kapitalexport neokolonialistischen Typs: Der US-Reifenkonzern „Goodyear" investiert um 7 Mio. Dollar in eine Reifenfabrik.

5) Politisch am meisten ernst zu nehmen ist der Stützungskredit, den die Weltbank im Gegenwert von 720 Mio. US-Dollar 1978 gewährt hat. Er hat deshalb doppelte politische Bedeutung, als einerseits damit versucht wird, in die inneren Angelegenheiten Ägyptens einzugreifen — wie sich im Jänner 1977 gezeigt hat, als die Weltbank die Erhöhung der Lebensmittelpreise in Ägypten verlangte; — zum anderen deshalb, weil für Ägypten hier der Zwang besteht, diesen Kredit binnen drei Jahren zurückzuzahlen. Geschieht dies nicht, so kann die Weltbank Ägypten die Kreditwürdigkeit aberkennen und damit das Land neuerlich in politische Abhängigkeit zwingen. Für die Beurteilung dieser Gefahr sollte man allerdings berücksichtigen, daß sich die Rückzahlungspflicht Ägyptens in den nächsten fünf Jahren recht günstig entwickeln. Der ägyptische Staat ist heute keineswegs so bankrott wie es die Sozialimperialisten gerne weismachen wollen. Die jährlichen Schuldenrückzahlungen an die westlichen Imperialisten werden in den nächsten fünf Jahren weniger als ein Drittel des Wertes ägyptischer Exporte ausmachen. Hier sind die erwarteten hohen Einnahmen aus den Kanalgebühren des Suez-Kanals noch nicht berücksichtigt.

Die wenigen Zahlen reichen zwar auch hier nicht für eine umfassende Beurteilung der Frage aus, sie sollten jedoch dazu führen, sich nicht von einseitigen Einschätzungen lenken zu lassen.

Für eine Kulturseite im „Klassenkampf“

Vorbemerkung der Redaktion

Seit der Gründung des Kommunistischen Bundes Österreichs im Sommer 1976 gibt es auch die Zeitung 'Klassenkampf', Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs.

Ein großer Mangel, den der 'Klassenkampf' über zweieinhalb Jahre hatte war die fehlende Kulturberichterstattung. Dieser Mangel stand besonders in letzter Zeit vermehrt im Zentrum der Kritik an der Zeitung, geht es doch nicht an, daß eine Zeitung, die wöchentlich über die wichtigsten Fragen des österreichischen und internationalen Klassenkampfs berichten und zu einer unentbehrlichen Informationsquelle aller fortschrittlichen Österreicher werden will, derart wichtigen Fragen wie Kulturangelegenheiten keine Aufmerksamkeit schenkt. Im Zuge der Kritik dieses Mangels ist unter Klassenkampf-Lesern eine Initiative für eine Kulturseite im Klassenkampf entstanden, die eine erste schriftliche Stellungnahme zu ihrer Forderung ausgearbeitet hat. Diese erste Stellungnahme drucken wir im Folgenden ab und fordern alle Leser auf, ihre Meinung zu diesem Thema der Kommunist-Redaktion zu übermitteln, damit die in dieser Nummer begonnene Diskussion fruchtbar fortgesetzt werden kann.

-die Redaktion-

In Nr. 8/79 des „Klassenkampf“ wurde eine Debatte über den Film „Das Messer im Kopf“ von P. Schneider begonnen.

Nr. 8/79, 19.2.1979

„Das Messer im Kopf“ — das Herz in der Hose

„Ein stiller Frost ist eingekehrt,
mit Schweigen, nicht mit Grimmen.
Er legt sich nicht auf Bach und Wald,
er macht auch nicht die Nase kalt -
er legt sich auf die Stimmen.“
C.P.Lieckfeld

Vor einiger Zeit ist in Wien ein Film aus der BRD angelaufen: „Das Messer im Kopf“.

Erzählt wird darin die Geschichte eines Mannes, der bei einer Razzia von einem Polizisten angeschossen wird. Er war nämlich, als er seine Frau nach Arbeitsschluß abholen wollte, zufällig in die gewaltsame Räumung des Jugendzentrums, in dem sie arbeitete, geraten. Durch die Kopfverletzung verliert er das Sprechvermögen und muß nun mühselig seine Identität wieder aufbauen. Nachträglich beschuldigt, durch einen Musserangriff die angebliche Notwehrhandlung des Polizisten provoziert zu haben, will er herausfinden, ob das Messer nur in seiner Vorstellung, „in seinem Kopf“, existiert. Schließlich sucht er den Polizisten in dessen Wohnung auf und spielt dort die Situation der Tat mit umgekehrten Rollen durch: er hält jetzt die Pistole auf den am Boden liegenden Polizisten gerichtet. Mit dieser Szene endet der Film.

Die dann im Kino wieder angehende Saalbeleuchtung kann auch kein Licht ins Dunkel der unbeantworteten Fragen bringen: Wird der Polizist erschossen? Oder genügt es, ihn einzuschüchtern? Wie geht es weiter? Und wieso antwortet der Film nicht auf diese Fragen? Was hat den Autor, Peter Schneider, gehindert, seine Überzeugung auszudrücken?

Man hat das Gefühl, der Film hört da auf, wo er eigentlich hätte beginnen sollen. Fast möchte man das als Kennzeichen des sogenannten „jungen deutschen Films“ sehen: auch im Film „Das zweite Erwachen der Christa Klages“, — er lief vor einigen Monaten in Wien —, war es ähnlich. Die Geschichte der Bankräuberin, die bei der Konfrontation mit der Zeugin von dieser absichtlich nicht erkannt wird, hält am Schluß viele Fragen offen: Was bedeutet das Nichterkennen der Zeugin? Stellt sie sich damit auf die Seite der von der Polizei als Terroristin Gesuchten? Und was bedeutet das für die Hauptperson? Ist ihr Leitspruch „Warten können“ der Weisheit letzter Schluß?

Für „Das Messer im Kopf“ meinte Peter Schneider nach der Fertigstellung des Filmes, daß eine Szene, die die Ermordung eines Polizisten zeige, bewirkt hätte, daß dieser Film nicht in der BRD hätte erscheinen dürfen.

Doch wenn Schneider der Meinung ist, daß man den staatlichen Gewaltapparat gewaltsam zerschlagen muß, so soll er das auch sagen. Natürlich werden die Herrschenden toben und versuchen, diese Meinung zu unterdrücken. Nur wieso sollte man ihnen so weit entgegenkommen und sich gleich selbst zensurieren? Den Kampf gegen den berüchtigten „Gewalt“-Paragraphen 88a kann man nicht so führen, daß man ihn nicht übertritt. Das Recht auf politische Meinungsäußerung bekommt man nicht von der Bourgeoisie geschenkt. Die Haltung, die so „klug“ die Wut der Herrschenden einkalkuliert, ist wahrlich Seichbeutelei unter dem Motto: „Ich wasche euch den Pelz, aber ich mache euch nicht naß!“

Dazu kommt noch eines: diese Geschichten werden immer mit einer eigentümlichen Zentrierung auf das Private geschildert. Die Hal-



Bruno Ganz, der die Hauptrolle in dem Film „Das Messer im Kopf“ von Peter Schneider spielt, bietet eine gute schauspielerische Leistung.

Klaus Staeck als Kreiskys Wahlhelfer

DR. TAUS' KOMÖDIENSTADL

Sauber sei die Kunst sittsam und fromm

Das oben abgebildete Plakat stammt von dem BRD-Künstler Klaus Staeck (über den wir in unserer letzten Ausgabe genauer berichte-

„‚Träumen müssen!‘ Ich schrieb diese Worte nieder und erschrak. Ich stellte mir vor, ich sitze in der ‚Vereinigungskonferenz‘, und mir gegenüber sitzen die Redakteure und Mitarbeiter des ‚Rabotscheje Delo‘. Und nun steht Genosse Martynow auf und wendet sich drohend an mich: ‚Gestatten Sie, daß ich Sie frage: Hat eine autonome Redaktion überhaupt das Recht, ohne vorherige Befragung des Parteikomitees zu träumen?‘ Und nach ihm steht Genosse Kritschewski auf und fährt (den Genossen Martynow philosophisch vertiefend, der schon vor langem den Genossen Plechanow vertieft hat) noch drohender fort: ‚Ich gehe weiter. Ich frage, ob ein Marxist überhaupt das Recht hat zu träumen, wenn er nicht vergißt, daß sich die Menschheit nach Marx immer nur Aufgaben stellt, die sie lösen kann, und daß die Taktik ein Prozeß des Wachsens der Aufgaben ist, die zusammen mit der Partei wachsen?‘

Bei dem bloßen Gedanken an diese drohenden Fragen überläuft es mich eiskalt, uich überlege nur, wo ich mich verstecken könnte. Ich will versuchen, mich hinter Pissarew zu verstecken.

‚Ein Zwiespalt gleicht dem anderen nicht‘, schrieb Pissarew über den Zwiespalt zwischen Traum und Wirklichkeit. ‚Meine Träume können dem natürlichen Gang der Ereignisse vorauseilen, oder sie können auch ganz auf Abwege geraten, auf Wege, die der natürliche Gang der Ereignisse nie beschreiten kann. Im ersten Fall ist das Träumen ganz unschädlich; es kann sogar die Tatkraft des arbeitenden Menschen fördern und stärken . . . Solche Träume haben nichts an sich, was die Schaffenskraft beeinträchtigt oder lähmt. Sogar ganz im Gegenteil. Wäre der Mensch aller Fähigkeit bar, in dieser Weise zu träumen, könnte er nicht dann und wann vorauseilen, um in seiner Phantasie als einheitliches und vollendetes Bild das Werk zu erblicken, das eben erst unter seinen Händen zu entstehen beginnt, dann kann ich mir absolut nicht vorstellen, welcher Beweggrund den Menschen zwingen würde, große und anstrengende Arbeiten auf dem Gebiet der Kunst, der Wissenschaft und des praktischen Lebens in Angriff zu nehmen und zu Ende zu führen . . . Der Zwiespalt zwischen Traum und Wirklichkeit ist nicht schädlich, wenn nur der Träumende ernstlich an seinen Traum glaubt, wenn er das Leben aufmerksam beobachtet, seine Beobachtungen mit seinen Luftschlössern vergleicht und überhaupt gewissenhaft an der Realisierung seines Traumbildes arbeitet. Gibt es nur irgendeinen Berührungspunkt zwischen Traum und dann ist alles in bester Ordnung.‘

Träume solcher Art gibt es leider in unserer Bewegung allzuwenig. Und schuld daran sind hauptsächlich diejenigen, die sich damit brüsten, wie nüchtern sie seien und wie ‚nahe‘ sie dem ‚Konkreten‘ stünden, nämlich die Vertreter der legalen Kritik und der nichtlegalen ‚Nachtrabpolitik‘“ (W.I. Lenin, „Was tun?“).



Maxim Gorki

Mit dieser Geschichte spöttelt Lenin über jene, die ausschließlich den ökonomischen Kampf als revolutionäre Tätigkeit anerkennen, und z.B. das Träumen, das gedankliche Vorauseilen ‚den bürgerlichen Spinnern und Künstler“ überlassen wollen. Diese dem Konkreten“ so „nahe“ stehenden Leute verneinen oft überhaupt die Bedeutung der Kultur für einen Marxisten. Sei es, daß sie die gesamte bestehende Kultur pauschal als bürgerlich disqualifizieren und diese „bürgerliche“ Kultur als für Arbeiter bedeutungslos erachten, was nur eine besser getarnte Form dieses Bewußtseins ist, meinen, „keine Zeit dafür zu haben“, grundsätzlich aber über die Wichtigkeit dieser Frage Bescheid zu wissen vorgeben. Die Behandlung von Kulturfragen darf **nicht** mit dem Argument, es gäbe „vordringlichere Aufgaben“ ignoriert werden. Ich möchte zu belegen versuchen, daß der Marxismus überhaupt erst zum wirksameln Instrument wird, wenn er verbunden wird mit ideologischer und politischer Arbeit auf dem Gebiet der Kultur. Diese Arbeit hat zwei Seiten: Einerseits die qualifizierte Auseinandersetzung mit den bestehenden Kulturprodukten und anderseits die eigene Arbeit in kultureller Hinsicht zu verbessern, wobei beachtet werden muß daß das alle Bereiche unserer politischen Arbeit betrifft. Die Frage der Notwendigkeit einer Kulturseite in der Zeitung „Klassenkampf“ wird von verschiedenen Seiten angepackt werden müssen. Einmal muß man die Wirkung der bürgerlichen Kultur als Träger der bürgerlichen Ideologie analysieren, ihre Wirkungsweise bestimmen, sie kritisieren und die eigenen Anschauungen entgegensetzen. Dann muß man die Kulturprodukte, die die eigenen Anschauungen propagieren, fördern, sich mit ihnen auseinandersetzen, sie solidarisch kritisieren, von ihnen lernen, und man muß sich mit den Kulturproduzenten verbinden.

Politik machen heißt auch Verbreitung des marxistischen Bewutseins im Volk. Dazu Lenin: (Was tun? Seite 106 und 110, Dietz-Ausgabe) „Das Bewußtsein der Arbeitermassen kann kein wahrhaftes Klassenbewußtsein sein, wenn die Arbeiter es nicht an konkreten und dazu unbedingt an brennenden politischen Tatsachen und Ereignissen lernen, jede andere Klasse der Gesellschaft in ALLEN Erscheinungsformen des geistigen, moralischen und politischen Lebens dieser Klassen zu beobachten.“

Wir wollen all das wissen, was auch die anderen wissen, wir wollen ALLE Seiten des politischen Lebens gründlich kennenlernen und aktiv an jedem politischen Geschehnis teilnehmen. Dazu ist es notwendig, daß die Intellektuellen uns weniger das wiederholen, was wir schon selber wissen, dafür uns mehr davon vermitteln, was wir noch nicht wissen, was wir aus unserer Fabrikserfahrung und ökomomischen Erfahrung nie lernen können, nämlich: politisches Wissen.“

Die Bedeutung der Kunst und Kultur, und unter Kultur seien hier alle geistigen und materiellen Werte, die sich die Gesellschaft bisher geschaffen hat, eben auch die Kunst, gemeint; die Bedeutung, für die Erziehung des Volkes, für die Volksbildung usw. wurde von allen Klassikern betont. Die revolutionäre Kultur wurde von Lenin als eines der „Rädchen und Schräubchen“ der Revolution, von Mao als ein Frontabschnitt bezeichnet. Nocheinmal Mao: „Um eine politische Macht zu stürzen ist es notwendig, vor allem die öffentliche Meinung zu schaffen und in der ideologischen Sphäre zu arbeiten“. (Peking Rundschau Nr. 27/1977

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß es bei Kulturkampf, Kulturfront usw. nicht nur um die Schaffung einer neuen Kultur geht und die alte, bürgerliche, feudale Kultur in Bausch und Bogen abzulehnen wäre. Wie oft wird etwa ‚bürgerliches Theater“, ‚bürgerliche Musik“, „bürgerliche Wissenschaft“ usw. ohne mit der Wimper zu zucken abgelehnt. In Wirklichkeit geht es auch um eine kritische Aneignung dieser Kultur. Lenin: „Der Marxismus hat seine weltgeschichtliche Bedeutung als Ideologie des revolutionären Proletariats dadurch erlangt, daß er die wertvollsten Errungenschaften des bürgerlichen Zeitalters keineswegs ablehnte, sondern sich umgekehrt alles, was in der mehr als zweitausendjährigen Entwicklung des menschlichen Denkens und der menschlichen Kultur wertvoll war, aneignete und es verarbeitete.“

Daraus folgt eindeutig die Notwendigkeit für jeden Marxisten, sich mit allen Seiten des Lebens, mit der Kultur selbst des Bürgertums kritisch auseinanderzusetzen. Dieses kritische Erarbeiten der bürgerlichen Kultur, oder das Besitzergreifen der Kultur, bestimmt Lenin in seiner Rede vor dem Kommunistischen Jugendverband eindeutig als eine der Aufgaben der Marxisten.

„Bestünde das Studium des Kommunismus nur darin, sich das anzueignen, was in den kommunistischen Werken, Büchern und Broschüren dargelegt ist, so könnten wir allzuleicht kommunistische Schriftgelehrte oder Prahlhänse erhalten,

MITTWOCH, 28. FEBRUAR 1979 KULTUR KURIER SEITE 15

KRITIK

Rudolf Serkin spielte im Konzerthaus

Er wagt Extremes

Von Andrea Seebohm

Österreichische Beiträge zu den Filmfestspielen

Wiener in Berlin

VON FILM ZU FILM

PETER HAJEK

Einmal Kosmos und zurück

Kinder der Poesie im „Schwarzen Theater"

Erika Pluhar als Wagners Kundry

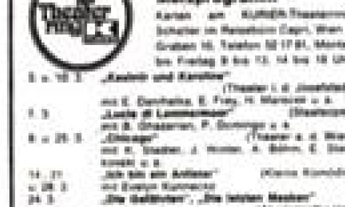
Zu zwei Fotoausstellungen in Wien

Kunstlose Ehrlichkeit geht vor Künstelei

Zwei Stile

Affektiert

Kurz notiert



Theaterring-Märzprogramm

Die Bourgeoisie mißt der Frage der Kultur große Bedeutung bei: Kulturseite im „Kurier"

das würde uns aber weiter nichts als Schaden und Nachteil bringen . . . .Das müssen wir im Auge behalten, wenn wir z.B. über proletarische Kultur reden. Ohne klare Einsicht, daß nur durch eine genaue Kenntnis der durch die gesamte Entwicklung der Menschheit geschaffenen Kultur, nur durch ihre Umarbeitung eine proletarische Kultur aufgebaut werden kann - ohne eine solche Einsicht werden wir diese Aufgaben nicht lösen. Die proletarische Kultur fällt nicht vom Himmel, sie ist nicht eine Erfindung von Leuten, die sich als Fachleute für proletarische Kultur bezeichnen. Das ist alles kompletter Unsinn. Die proletarische Kultur muß die gesetzmäßige Weiterentwicklung jener Summe von Kenntnissen sein, die sich die Menschen unter dem Joch der kapitalistischen Gesellschaft, der Gutsbesitzer-Gesellschaft, der Beamten-Gesellschaft, erarbeitet haben."1)

Aus dem bisher Dargelegten folgt meiner Meinung nach

1. Alle Marxisten müssen sich eingehend mit Kulturfragen beschäftigen. Sonst sind sie Prahlhänse.
2. Marxismus verbreiten heißt eindeutig auch, zu allen Kulturfragen Stellung nehmen. (Und Stellung nehmen können).
3. Die Schaffung von Ansätzen einer proletarischen Kultur als Transmissionsriemen des marxistischen Bewußtseins ist nur unter Ausnutzung all dessen, was uns die bürgerliche Kultur an Positivem überliefert hat, möglich.

1) Lenin Werke, Band 31, Dietzausgabe, Seite 273

4. Die kritische Aneignung der bürgerlichen Kultur und Kunst ist außerdem notwendig, um kritisieren zu können. Mao sagt in den Aussprachen in Yenan: „Einer der Hauptmethoden des Kampfes auf dem Gebiet der Literatur und Kunst ist die Literatur- und Kunstkritik. Diese Kritik muß man entwickeln".

Alle diese Aufgaben sind aber nicht nur aufgrund von individuellen Initiativen zu lösen. Diese Aufgaben muß die Organisation anpacken, und als Mittel, diese Dinge in Gang zu bringen und eine breite Diskussion zu entfalten ist eine Kulturseite - als ständige Einrichtung im Zentralorgan — eine unbedingte Notwendigkeit.

Die Kulturseite wird sich mit einem Teil der Kultur, nämlich der Kunst und Literatur, sehr intensiv beschäftigen müssen. Gediegene Kritik an der bürgerlichen Kunst und Literatur wird die eine Seite sein, Bündnispolitik mit fortschrittlichen Kulturschaffenden und Intellektuellen die andere.

Lenin über dieses Bündnis („Über den streitbaren Materialismus"):„Einer der größten Fehler von Kommunisten ist die Vorstellung, daß eine Revolution von Revolutionären allein durchgeführt werden könne. Umgekehrt, für den Erfolg jeder ernsten, revolutionären Arbeit ist es notwendig, zu begreifen, und für die Praxis als Richtschnur zu nehmen, daß Revolutionäre lediglich als Avantgarde einer wirklich lebensfähigen und fortschrittlichen Klasse eine Rolle spielen können. Ohne ein Bündnis mit Nicht-Kommunisten auf verschiedenartigsten Tätigkeitsgebieten kann von einem erfolgreichen kommunistischem Aufbau keine Rede sein."

Mao wies überdies auf die Notwendigkeit eines Bündnisses auch mit den nichtmarxistischen Künstlern und Intellektuellen hin (Einheitsfront in der Kulturarbeit, Mao-Werke Band 3, Seite 216): „Unsere Aufgabe besteht darin, uns mit allen Intellektuellen, Künstlern, und Ärzten alten Typs, die man verwenden kann, zu vereinigen, ihnen behilflich zu sein, sie auf den richtigen Weg zu führen und umzuerziehen. Um sie umzuerziehen, müssen wir uns vor allem mit ihnen zusammenschließen." Um uns mit ihnen zusammenzuschließen, müssen wir etwas von ihrem Fach verstehen.

Einige konkrete Beispiele dieser Bündnispolitik mit Schriftstellern, welche nie astreine Marxisten oder welche gar bürgerliche Schriftsteller waren, möchte ich hier erwähnen. Lenin zitiert im „Streitbaren Materialismus":

„Engels hat den Führer des modernen Proletariats schon vor langer Zeit den Rat gegeben, die kämpferische, atheistische Literatur vom Ende des 18. Jahrhunderts zur Massenverbreitung unter dem Volk zu übersetzen. Zu unserer Schande haben wir dies bisher noch nicht getan, zuweilen will man diese Trägheit, Untätigkeit und Ungeschicklichkeit mit allerhand tiefgründigen Erwägungen rechtfertigen. Z.B. damit, daß die alte atheistische Literatur des 18. Jahrhunderts veraltet, unwissenschaftlich und naiv wäre. Es gibt nichts Schlimmeres, als dergleichen pseudowissenschaftliche Sophismen, hinter denen sich entweder Pedanterie oder ein vollkommenes Unverständnis für den Marxismus verbirgt. Natürlich findet sich in der atheistischen Literatur der Revolutionäre des 18. Jahrhunderts auch Unwissenschaftliches und naive Dinge. Aber niemand hindert die Herausgeber dieser Schriften daran, ihnen kurze Nachworte zu geben. Die schlagfertige, lebendige, talentvolle, geistreiche und offen die herrschende Pfafferei attackierende Publizistik der alten Atheisten, wird zur Aufrüttlung der Menschen aus ihrem religiösen Schlaf fast durchwegs tausend Mal geeigneter sein, als die langweiligen, trockenen, fast niemals durch geschickt ausgewählte Tatsachen erläuterten Wiedergaben des Marxismus, die in unserer Literatur überwiegen und, sagen wir's offen, den Marxismus häufig entstellen".

Ähnlich schreibt Hanns Eisler: „Die Volksfront braucht die fortschrittlichen Künstler, weil es nicht genügt, die Wahrheit zu besitzen, sondern weil es nötig ist, ihr den zeitgemäßesten, präzisesten, farbigsten Ausdruck zu verleihen."

Wie hoch oft unsere Klassiker die agitatorische und aufklärende Wirkung der Literatur über die theoretischen Werke gestellt haben, zeigt Engels' Brief an Miss Harkness 1888 über Balzac's „Die menschliche Komödie":

„....aus der ich, sogar in den ökonomischen Einzelheiten mehr gelernt habe, als von allen berufsmäßigen Historikern, Ökonomen, Statistikern dieser Zeit zusammengenommen."

Engels bescheinigt einem literarischem Werk auch dann große Bedeutung, wenn es nicht „die geschichtliche zukünftige Lösung der gesellschaftlichen Konflikte, die es schildert, dem Leser an die Hand gibt."(Aus einem Brief an Minna Kautsky, 1885) ja, im Brief an Frau Harkness versteigt er sich sogar zu der Behauptung: „Je mehr die Ansichten des Autors verborgen bleiben, desto besser für das Kunstwerk."

Die Bedeutung der Literatur einschätzend, schrieb Lenin an Gorki: „Ich bin der Meinung, daß ein Künstler aus jeder Philosophie viel Nützliches für sich schöpfen kann. Schließlich bin ich völlig und unbedingt damit einverstanden, daß in Fragen des künstlerischen Schaffens das entscheidende Wort ihnen gehört, und daß sie, wenn sie Anschauungen dieser Art sowohl aus ihrer künstlerischen Erfahrung, als auch aus der Philosophie, und sei es auch eine idealistische Philosophie, schöpfen, zu Schlußfolgerungen gelangen können, die der Arbeiterpartei gewaltigen Nutzen bringen. Nicht nur die tatsächliche Anerkennung, die Lenin dem literarischen Werk Gorkis zollte, sondern auch die praktische Zusammenarbeit zwischen ihnen, trotz ideologischer Differenzen (Gorki war damals Anhänger der Empiriomonisten Bogdanov und Lunatscharski) ist Zeugnis für eine gelungene Bündnispolitik. Lenin an Gorki 1912:„Demnächst senden wir ihnen die Konferenzbeschlüsse ....Wollen sie nicht ein Mai- Flugblatt schreiben? Oder eine kleine Flugschrift im Geiste des 1. Mai? Kurz und herzerhebend? Ja? Machen Sie es wie in alten Zeiten, denken Sie an 1905 und geben Sie kurz Bescheid, wenn Sie Lust haben, etwas zu schreiben. In Rußland gibt es zwei oder drei illegale Druckereien und das ZK würde wahrscheinlich mehrere zehntausend Exemplare nachdrucken."

Bei der Prager Parteikonferenz im Jänner 1912 beschloß das ZK der SDAPR Gorki um die Abfassung eines Flugblattes zum 1. Mai zu ersuchen.

Lenin wußte, daß Broschüren, Flugblätter, Agitationsschriften und Zeitungen usw., alles was er als Parteiliteratur bezeichnete, sehr wohl auch künstlerischen, kulturellen Kriterien genügen muß. Darum bat Lenin auch Gorki, diese Literaturerzeugnisse zu kritisieren. In einem Brief 1913:„Man sagt, Resolutionen seien von allen Literaturerzeugnissen die langweiligsten. Ich bin ein zu sehr an Resolutionen gewöhnter Mensch. Schreiben Sie, wie weit die Resolutionen für Sie lesbar sind."

Das trifft einen ähnlichen Punkt, wie ihn Mao in den „Aussprachen in Yenan" hervorhebt:„Kunstwerke, denen es an Kunstwert mangelt, sind, wie fortschrittlich sie politisch auch sein mögen, kraftlos. Drum sind wir ....auch gegen die Tendenz des sogenannten Plakat-und Schlagwortstils, der nur richtige politische Ansichten ausdrückt, aber künstlerisch kraftlos ist....leere dogmatische Formeln verderben in der Tat nicht nur die schöpferische Kraft, sondern vor allem den Marxismus". Und darum schreibt er auch: „Wir müssen die Fachleute zu schätzen wissen, sie sind für unsere Sache von hohem Wert....Um den Sozialismus aufzubauen, muß die Arbeiterklasse ihr eigenes Kontingent von technischen Kadern, von Professoren, Lehrern, Wissenschaftlern, Journalisten, Schriftstellern, Künstlern und marxistischen Theoretikern haben."

Also Kulturschaffende.


KULTUR

HISTORISK SYNGESPILL I TROMSØ

«og folket synger i gatene»

Spelemannsprisen – plateindustriens pris til seg sjøl

Bra å lese

«Århundrets kärlekssaga» og «Pubertet»

Om arge brøl fra dobbeltmoralens voktere

Inkompetente teaterledere

Menn må også delta i kvinnekampen.

Mye egoisme bak kampen om foreldreretten

Kina – Vietnam

Kulturseite des „Klassekampen", des Zentralorgans der norwegischen Kommunistischen Arbeiterpartei (AKP)

Die ökonomische Struktur des heutigen Imperialismus und Sozialimperialismus Teil 1

Der folgende Artikel, dessen ersten Teil wir hier bringen, und dessen zweiter Teil im nächsten „Kommunist“ folgen wird, ist eine Übersetzung der „Sammlung von ökonomischen Dokumenten über den Imperialismus und Sozialimperialismus nach dem Krieg“, die von chinesischen Wissenschaftlern zusammengestellt und 1976 im Werk „L'imperialisme aujourd'hui“ („Der Imperialismus heute“) französisch erschien. Zusammen mit dem zweiten Teil werden wir Material zum österreichischen Imperialismus veröffentlichen. Die Materialien dienen insbesondere auch als Schulungsmaterial für die Zellenschulungen des KB.

Die Konzentration der Produktion und die Entwicklung der Monopole

Nachdem der Kapitalismus sich bis zu seinem imperialistischen Stadium entwickelt hat, haben die Konzentration der Produktion und des Kapitals ein sehr hohes Niveau erreicht. Das Monopol ersetzte die freie Konkurrenz und nahm eine beherrschende Position ein. Das ist die grundlegendste Charakteristik des Imperialismus.

1. Die gesellschaftliche Produktion und das Kapital sind in den Händen einer kleinen Zahl von Monopolkapitalisten konzentriert

Seit mehr als einem halben Jahrhundert, vor allem seit dem 2. Weltkrieg, sind die gesellschaftliche Produktion und der gesellschaftliche Reichtum in den Händen einer ganz kleinen Zahl von Monopolkapitalisten konzentriert. Der Grund dafür liegt in der normalen Zuspitzung der den kapitalistischen System innewohnenden Widersprüche und in der Verstärkung der Herrschaft des Monopols.

a) Die Skala der Unternehmen hat nicht aufgehört zu wachsen, die Ausdehnung der Monopole schreitet ohne Unterlaß voran.

In den USA gab es 1901 nur eine einzige Gesellschaft mit mehr als einer Mrd. Dollar Kapital; 1970 gab es davon 282 (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1

	1901	1939	1960	1970
US-Kapitalgesellschaften mit Kapital über 1 Mrd. Dollar	1	31	96	282

Tabelle 2

	Kapital		Profit vor Steuer		Beschäftigte	
	Gesamt	in %	Gesamt	in %	Personal in 1.000	in %
Industrie						
alle Unternehmen zusammen	443,4	100	32,5	100	22.900	100
in den 500 führenden	282,1	63,7	27,7	85,1	12.307	53,5
in den 50 führenden	146,7	33,1	17,1	52,5	5.406	23,5
in den 10 führenden	74,4	16,8	6,4	19,7	2.392	10,4
Verkehr:						
alle Betriebe zusammen	52,6	100	1,8	100	2.234	100
in den 50 führenden	39,8	77,3	1,5	79,5	972,8	43,6
in den 10 führenden	19,7	38,1	0,7	39,6	424,3	19,3
Handel:						
alle Unternehmen zusammen	115	100	5,2	100	9.761	100
in den 50 führenden	20,7	18	1,2	23,1	1.763	18,1
in den 10 führenden	12,1	10,5	0,7	14,4	982	10,1

Konzentration und Monopolisierung der Branchen der amerikanischen Nationalwirtschaft

In der Mitte der 60er-Jahre war in den USA das Wachstum der Zahl der großen Gesellschaft mit mehr als 10 Mrd. Dollar Kapital relativ groß. 1960 gab es davon nur 6 und 1970 fünfzehn. In 10 Jahren hat sich ihre Zahl um zweieinhalb vervielfacht. 1970 machten die 500 größten Industrieunternehmen nur drei Promille der Totale aller Unternehmen aus, trotzdem betrug ihr Geschäftsumsatz 65 % des Gesamtumsatzes. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten be - trug 62 % der Arbeiter und Angestellten von allen Branchen.

Die Konzentration des Kapitals in Japan verlief auch sehr schnell

Auch in Westeuropa schritt die Konzentration des Kapitals nach dem Krieg rasch voran. In Frankreich gab es 1960 nur ein industrielles Unternehmen mit einem Kapital von einer Milliarde Francs. 1970 gab es davon 27. In ganz Deutschland lag 1938 die Zahl der anonymen Gesellschaften mit einem Kapital von mehr als 1 Million Mark bei 25. Diese Zahl hat sich für Westdeutschland auf 102 im Jahre 1970 erhöht.

b) Monopolisierung 1966 in den USA

Alle Industriebranchen der Vereinigten Staaten sind in hohem Maße in der Hand weniger Monopolkapitalisten konzentriert. Abgesehen von dem Grad der Konzentration der Handelsunternehmen, der relativ gering ist, sind mehr als 60 % des Industriekapitals und der Verkehrsunternehmungen und mehr als 40 % des Personals in der Hand einer ganz kleinen Zahl von großen Unternehmungen konzentriert (siehe Tabelle 2).

In allgemeiner Art existiert dieselbe Situation in den westeuropäischen Ländern, wie in England und in Frankreich (siehe Tabelle 3).

In bestimmten Branchen der Industrie der kapitalistischen Länder ist der Grad der Konzentration und der Monopolisierung sogar noch höher.

Metallindustrie.

1909 gab es in den Vereinigten Staaten 440 Stahlunternehmen und Walzwerke. Nach acht Fusionen gibt es gegenwärtig nur mehr 230, und nur 94 reine Stahlunternehmen. Eine kleine Zahl von Eisenunternehmungen hat einen großen Teil der Stahlproduktion monopolisiert. 1962 repräsentierten die größten beiden Unternehmungen, Bethlehem Steel Corporation, Larmpo Steel Corporation und drei andere 50 % der gesamten Stahlproduktion des Landes. In England repräsentierte auf Grund der Monopolisierung der englischen Eisenunternehmungen das ganze Volumen dieser Unternehmungen 93 % der Gesamtproduktion im Jahr 1960. In Japan machen acht Eisenunternehmungen 77,3 % des Kapitals der Produktion dieser Branche aus. Thyssen, Vösch und vier andere große Eisenkonzerne in Westdeutschland besitzen gegenwärtig ungefähr 90 % der Verkaufszahlen obwohl sie vor 10 Jahren nur 58 % davon besaßen.

Autoindustrie

Der Grad der Monopolisierung der amerikanischen Autoindustrie ist auch relativ hoch. Das Produktionsvolumen von General Motors, Ford, Chrysler und drei anderer großer amerikanischer Unternehmungen war 1969 mehr als 78 % des gesamten Produktionsvolumens in den USA. Die Situation ist ähnlich in Westdeutschland (siehe Tabelle 4).

In den letzten 10 Jahren wuchs auf Grund der Tatsache, daß sich im Kampf um den Weltmarkt der Kampf um die Überlegenheit auf den Meeren beständig zuspitzt, in allen kapitalistischen Ländern die Konzentration und Monopolisierung der Industrie, auch auf dem Gebiet des Schiffbaus wächst. In den letzten 15 Jahre hat Frankreich die Zahl seiner wichtigen Schiffsbauunternehmungen von 18 auf 5 reduziert. Das Produktionsvolumen dieser wenigen großen Unternehmungen macht im Augenblick 85 % der gesamten Schiffsproduktion Frankreichs aus. Unter diesen Unternehmungen repräsentieren die Werften der Schiffbaufirma Atlantik und die der Firma La Ciotat 70 % der Schiffsproduktion. In Japan waren 1958 92 % der Schiffsproduktion des ganzen Landes in den Händen von 21 großen Unternehmungen konzentriert. 1970 kontrollierten bereits nur mehr 7 große Monopole 95,5 % der Tragfähigkeit der gesamten Schiffsproduktion des Landes.

Tabelle 3

1968	England		Frankreich	
	Zahl der Unternehmen	in % des Umfangs der Produktion	Zahl der Unternehmen	in % des Umfangs der Produktion
Elektrische Energie	1	90	1	100
Stahlindustrie	1	91	2	70
Autoindustrie	4	90	4	100
Motorradind.	1	90	1	53
Chemiefaserind.	1	75	1	87

Tabelle 4

	Index des Verkaufs	in %
Automobilindustrie Westdeutschlands 1970	42.453	100
Volkswagen	15.791	37,2
Daimler-Benz	11.049	26
Opel	5.126	12,1
Ford	4.640	11

2. Die Entwicklung der monopolistischen Organisationen geht mehr und mehr in Richtung Internationalisierung und Diversifizierung

Mit der verstärkten Konzentration und Monopolisierung der Produktion haben sich die Monopole in Richtung auf Fusion, Diversifizierung und Internationalisierung weiterentwickelt. Das ist eine Entwicklungstendenz der Monopole nach dem Krieg, die es verdient, daß man länger dabei verweilt.

I. Die monopolistischen Organisationen entwickeln sich jeden Tag in Richtung Fusion und Diversifizierung

Nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem während der 60er-Jahre, wurde in imperialistischen Ländern, und besonders in den Vereinigten Staaten, zu dem Zweck, die Konkurrenzfähigkeit der Monopole zu verstärken, eine „Absorptions“-Bewegung geschaffen, die man Fusion genannt hat. Das, was man Absorption durch Fusion nennt, bedeutet alle möglichen Sorten von Unternehmungen aus verschiedenen Branchen durch den Kauf von Aktien zu absorbieren, sie unter ein einziges Verwaltungssystem zu stellen und in der Folge die Herrschaft des Unternehmens auf alle Branchen auszudehnen. In den USA gab es 1964 nur 62 dieser fusionierten Unternehmungen. 1968 waren es bereits 161.

Auf Grund der raschen Entwicklung der Absorptionen durch Fusion konnten sich die Krallen der großen monopolistischen Finanzgruppen der Vereinigten Staaten einer großen Zahl von Unternehmungen bemächtigen. Zum Beispiel die Gesellschaft ITT. Während der 40 Jahre, die ihrer Gründung im Jahre 1920 folgten, stellte sie prinzipiell telegraphisches Material her. In den folgenden 10 Jahren benutzte sie die Methode der Absorption und kaufte 50 Unternehmungen ohne irgendeine Beziehung mit Elektrizität und Telegraphie. Ihr Herrschaftsbereich dehnte sich aus auf das Gebiet des Brotherstellung, der Kunstfasern, der Konstruktion, der Hotelerie, der Versicherungen, der Investitionsbranche usw. So erhöhte sich das Gesamtkapital auf mehr als vier Milliarden Dollar, so stellt sie 300.000 Arbeiter und Angestellte an, kontrolliert 150 Gesellschaften in allen Regionen der Erde. In 57 -Ländern ist sie an der Produktion und an der Forschung beteiligt und ihr Verkaufsnetz erstreckt sich über mehr als 100 Länder und Regionen. Im Augenblick hören die Absorptionen von Unternehmungen vom Typ der Fusion nicht auf, sich zu entwickeln.

Das Phänomen, welches man „Landwirtschaft der Unternehmer“ oder „Unternehmen Landwirtschaft“ nennt, ist in der landwirtschaftlichen Produktion der Vereinigten Staaten aufgetaucht. Viele große monopolistische Unternehmen der Industrie, der Finanz, des Dienstleistungssektors haben mehr und mehr ihre Hand auf die landwirtschaftliche Produktion und den Markt mit landwirtschaftlichen Produkten gelegt. Zum Beispiel stellt ITT zur Zeit Transistoren her, aber auch Schinken; ein Straßentransportunternehmen ist beteiligt an der Aufzucht von Truthähnen, eine petrochemische Kompanie ist die erste und hauptsächliche Macht in dem Gebiet Kaliforniens geworden, in dem Landwirtschaft betrieben wird, dabei wird mehr als ein Drittel des Gemüses des Landes von diesem Staat bereitgestellt. Die Zeitung eines Instituts für Forschung der USA berichtet: „Auf eine allgemeine Art sind die großen Unternehmungen die dominierende Kraft der landwirtschaftlichen Gebiete der USA geworden. Ihre Kontrolle über die Landwirtschaft erstreckt sich von den Feldern nach New York, Kansas City, geradewegs in die Verwaltungsbüros der großen Industriezentren.“

II. Die fortschreitende Internationalisierung der monopolistischen Organisationen

Nach dem Krieg entfernten sich die monopolistischen Organisationen mehr und mehr von ihren Grenzen, und das Phänomen der Entwicklung der Internationalisierung weitete sich aus. Die internationalen monopolistischen Organisationen, die von den westlichen bürgerlichen Ökonomen „multinationale“, „supranationale“ Unternehmen genannt werden, tauchten auf.

Laut Statistiken gab es 1968 200 bis 300 internationale Monopole. Ihr Gesamtbesitz im Ausland war 94 Mrd. Dollar, der Wert der Jahresproduktion ihrer Filialen im Ausland 240 Mrd. Dollar. Die fünf größten internationalen Monopole sind: General Motors, Standard Oil New Jersey, Ford, Englisch-Holländisch-Shell, Elektrik. 1968 überschritt ihr Geschäftsertrag das Nationaleinkommen Italiens. Unter den großen internationalen Monopolunternehmen sind vom Kapital und der Zahl her gesehen die der Vereinigten Staaten am wichtigsten. Unter den hundert größten Monopolunternehmen auf internationaler Ebene waren 1968 67 amerikanische, 65 westeuropäische, 7 japanische und eine australische. Von 94 Mrd. Dollar Gesamtbesitz im Ausland dieser Unterneh-

mungen im Jahr 1968 besaßen die USA 55 %, England 20 %, und der Rest verteilte sich in die Hände anderer kapitalistischer Länder Westeuropas und Japans.

Die Monopolisierung der Produktion und des Welthandels durch monopolistische Finanzgruppen hat sich durch die enorme Entwicklung der internationalen Monopolisierung noch verstärkt. Nach den Statistiken werden bestimmte Industriebranchen der kapitalistischen Welt, wie z.B. die Reifenindustrie, die Petrolindustrie, die pharmazeutische Industrie, die Automobilindustrie usw. fast ganz von den internationalen Monopolen kontrolliert. Manche bürgerliche Ökonomen bemerken, daß am Ende des Jahrhunderts die 200 oder 300 größten internationalen monopolistischen Unternehmen 50 % der gesamten Weltproduktion kontrollieren werden.

3) Wenn die Fusionen der Unternehmungen wachsen, hören die Extraprofite der Monopolisten nicht auf, zu steigen

Nach dem Krieg, und vor allem während der 60er-Jahre, haben sich die Fusionen der Unternehmungen in allen kapitalistischen Ländern vervielfacht. Die Fusionen der 60er-Jahre haben die der 50er-Jahre überschritten (vgl. Tabelle 5).

In Frankreich haben die Fusionen ein nie gesehenes Niveau erreicht. Zwischen 1900 und 1945 gab es nur 794 Bankfusionen und Unternehmensfusionen, aber von 1945 bis 1964 waren es bereits 1802.

Mit der Verstärkung der Konzentration der Produktion und des Kapitals haben sich die Gewinne des Monopolkapitals stark erhöht. Von 1940 bis 1949 war der durchschnittliche Jahresgewinn der amerikanischen Unternehmungen 24,356 Mrd. Dollar, und zwischen 1960 und 1969 stieg diese Zahl sehr schnell auf 67,47 Mrd. Dollar, das bedeutet eine Erhöhung um ungefähr zweimal. (vgl. Tabelle 6)

Tabelle 5: Nachkriegsfusionen in den USA

Jahr	Gesamtzahl der Fusionen	Zahl der Fusionen großer Gesellschaften	Vermögensumfang (in Mio Dollar)
1949 — 1953	1.163	54	1.447
1954 — 1958	2.917	249	8.416
1959 — 1963	4.347	325	10.882
1964 — 1968	7.008	646	31.622

Tabelle 6:

	1931—1939	1940—1949	1950—1959	1960—1969
Durchschnittsprofit vor Steuer	3.408	24.356	42.120	67.470
Index	14	100	173	277

Die Verstärkung der Herrschaft des Finanzkapitals und der Finanzoligarchie

In der Epoche des Imperialismus wachsen das Bankkapital und das Industriekapital durch Verschmelzung oder Assoziierung, wobei das Finanzkapital entsteht. Diese Besonderheit war sichtbar und fühlbar in allen kapitalistischen Ländern nach dem Krieg.

1) Konzentration des Bankkapitals und Entwicklung des Finanzkapitals

a) Konzentration des Bankkapitals.

Die Konzentration des Bankkapitals entwickelte sich auf der Basis der Konzentration der Produktion. In den Vereinigten Staaten z.B. sank die Zahl der Banken rapid mit der Konzentration des Bankkapitals. 1910 gab es mehr als 23.000 Handelsbanken; 1940 gab es nur mehr 14.345 und 1970 13.686. Während dieser Zeit stieg die Zahl der amerikanischen Großbanken mit einem Kapital von mehr als einer Milliarde Dollar schnell an.

In Japan, Italien, England und Frankreich gab es ebenfalls Bankkonzentrationen, eine kleine Zahl von Banken bemächtigte sich des Großteils des Kapitals und der Depots. Eine solche Situation gibt es auch in Westdeutschland.

Die imperialistischen Bankmonopole dehnen ihren Einfluß nicht nur im Inneren ihrer Länder, sondern ebenso im Ausland aus.

1950 gab es nur 95 Zweigstellen amerikanischer Banken im Ausland. Am Ende des Jahres 1969 waren es 460. Die Bankmonopole der westeuropäischen Länder verstärkten ebenfalls ihre Unionsbestrebungen, um ihren Einfluß zu erhöhen. 1973 vereinigten sich die Deutsche Bank Westdeutschlands, die Midland Bank Englands mit zwei anderen großen Banken Hollands und Belgiens und schufen so die Europäische Consultativ-Kommission. 1970 bildeten sie die Internationale Europäische Bankgesellschaft. Die Gesamtsumme dieser Vereinigten Kapitalien beträgt 100 Mrd. Deutsche Mark, sie haben 6.000 Zweigstellen in allen Teilen der Erde, und die Zahl ihrer Angestellten erreicht 80.000 Personen.

b). Quer durch den Prozeß der Akkumulation und Konzentration des Kapitals wurden die Verbindungen zwischen den Industrieunternehmungen, den Handelsunternehmungen und den Banken immer enger

So entstand das Finanzkapital, welches seine Herrschaft über die gesamte nationale Wirtschaft ausübt. All das hat sich nach dem Krieg noch stärker entwickelt. 49 große Banken von nur 10 großen Städten in den Vereinigten Staaten haben 8.019 Mitglieder des Verwaltungsrates in verantwortungsvolle Posten eingesetzt, und das in 6.591 Gesellschaften verschiedenster Arten im ganzen Land. Diese Banken besitzen außerdem noch mehr als 5 % der Aktien in 5.270 Unternehmungen.

Die Einheit von Personal zwischen den großen Banken und den Industrie- und Handelsunternehmungen in Westdeutschland hat ebenfalls eine bedeutende Entwicklung erfahren. Im „Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus“ hat Lenin bereits mit großer Genauigkeit die Vermischung des Personals von 6 großen Banken und Industrieunternehmungen sowie Handelsunternehmungen in Berlin beschrieben. Die Direktoren und Mitglieder des Verwaltungsrates von sechs großen Banken integrieren sich in der Direktion von 751 Gesellschaften. Zu Beginn des Jahres 1960 konnte man eine große Vermehrung dieser Zahl feststellen. Laut Statistik nehmen die Mitglieder des Verwaltungsrates, den Direktor und andere Repräsentanten einer einzigen westdeutschen Bank 600 Posten im wirtschaftlichen Geschehen ein; unter den 12 Mitgliedern eines Aufsichtsrates des zweitgrößten westdeutschen monopolistischen Unternehmens für Elektrogeräte, AEG, kamen fünf von einer großen Bank, drei von ihnen waren die drei Vizepräsidenten des Komitees. Zur selben Zeit schickte das monopolistische Industrieunternehmen, das in Westdeutschland den größten Einfluß hat, Vertreter in die Banken. Unter den 14 Mitgliedern des Aufsichtsrates der Deutschan Bank gab es 7 Vertreter von Siemens, der Rhein-Elektrischen Gesellschaft, der Gesellschaft Bosch, der Gesellschaft Klückner, und anderer monopolistischer Unternehmungen Westdeutschlands.

2. Die Herrschaft der monopolistischen Finanzgruppen

Die monopolistischen Finanzorganisationen kontrollieren die nationale Wirtschaft

Nach dem Krieg verstärkte sich die Macht der monopolistischen Finanzorganisationen aller imperialistischen Länder im Vergleich zur Vorkriegszeit. Der Grad der Monopolisierung, dem die nationale Ökonomie unterlag, erhöhte sich enorm.

Vor dem Krieg lag der Gesamtwert des durch die acht größten Monopolgruppen der USA kontrollierten Kapitals bei 80,9 Mrd. Dollar. Aber 1970 erreichte der Gesamtwert des Kapitals nur der Rockefellergruppe 149 Mrd. Dollar, das sind ungefähr 200 % des Gesamtwerts des Kapitals der 8 größten amerikanischen Finanzgruppen der Vorkriegszeit. Die drei großen Finanzgruppen Japans, Mitsubishi, Mitsui und Semitomo, kontrollierten 853,2 Mrd. der Aktion in japanischen Jen im Jahr 1969. Unter ihnen kontrollierte die Gruppe Mitsubishi allein 5,6 % des gesamten Kapitals der Aktiengesellschaften Japans.

Die Unternehmen, die durch die monopolistischen Finanzgruppen kontrolliert werden, sind alles Unternehmen, die den Kopf der produktiven Branchen einnehmen: Bankunternehmen, öffentlicher Transport, bis zu Bergwerken und vor allem die Basisindustrien, wie Öl, Stahl, Automobile, elektrische Geräte, Chemie ebenso wie Atomindustrie, Flugzeug- und Raktenindustrie usw. In Japan sind auf dem Gebiet der Schwerindustrie Mitsubishi und 6 von Mitsubishi direkt kontrollierte Unternehmungen die mächtigsten in diesem Industriezweig. Die französische Gruppe Roussel-Uclaf übt ihre absolute Vorherrschaft in der Metallindustrie aus. Die drei Erben von Farben in Westdeutschland, die Chemie-Company Bayer, Höechst und Badische Annilin und Suder, eine anonyme Gesellschaft, haben die Chemieindustrie Westdeutschlands monopolisiert. 1966 hatten diese drei Unternehmungen 38 % der Verkaufszahlen der Chemieindustrie der BRD und 60% des Exports.

Die Gruppen Morgan und Rockefeller in den Vereinigten Staaten sind die mächtigsten in der Wirtschaft, sie sind am gierigsten in der Ausplünderung, sie sind die zwei größten monopolistischen Finanzorganisationen, deren Einfluß sich in der ganzen kapitalistischen Welt bemerkbar macht. Nach den Statistiken war das Kapital, das diese zwei Gruppen im Jahr 1970 kontrollierten, bei 330,4 Mrd. Dollar. Das bedeutet ungefähr die Hälfte der Gesamtsumme des Kapitals, welches von 18 monopolistischen Finanzorganisationen der Vereinigten Staaten kontrolliert wird und überschreitet die Gesamtsumme des Kapitals, das durch monopolistische Finanzorganisationen Englands, Frankreichs, Japans und Westdeutschland kontrolliert wird.

Wenn man 1948, gerade nach dem Krieg, mit 1970 vergleicht, so ist die Gesamtsumme des Kapitals der Gruppe Morgan von 55,3 Mrd. Dollar auf 171,4 Mrd. gestiegen, d.h. eine Vermehrung um 209 %. Was das Kapital der Gruppe Rockefeller betrifft, so ist es um 495 % gestiegen.

Die Herrschaft der Finanzoligarchie dringt in alle Bereiche des Überbaus ein.

Lenin sagt: *„Ist das Monopol einmal zustandegekommen, und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens“.*

Nach dem Krieg zeigte sich diese Tendenz auf augenscheinlichste Art in den imperialistischen Ländern. Die Wahl ihrer Präsidenten und Regierungsmitglieder, die Festsetzungder Innenund Außenpolitik, die Wissenschaften, Literatur und Kunst, Sport, nationale Erziehung, ebenso auch die Informationsmittel, wie Zeitungen, u.a. Kommunikationsmedien, das Radio, das Fernsehen usw. alle unterliegen ohne Ausnahme der Kontrolle und dem Einfluß der monopolistischen Organisationen. United Press International, eine der vier großen Presseagenturen der kapitalistischen Welt, wird von der Gruppe Hearst und einer anderen Finanzgruppe der Presse dirigiert.

In den Vereinigten Staaten übt die Gruppe Rockefeller durch ihre großen monopolistischen Finanzorganisation den Typ der direkten Kontrolle in den Bereichen des Überbaus aus. Die Gruppe Rockefeller besitzt nicht nur die größten Erdölindustrien und Banken der kapitalistischen Welt, sondern auch enorm viele „philantropische Werke“, Studiengesellschaften, Museen, Spitäler und „Centers“ aller Arten, z.B. ein „Center für Krebs und verschiedene Krankheiten“ bis zum „Lincoln Center für Kunst und Repräsentation in New York“.

Die Gruppe Rockefeller greift zurück auf „Beiträge“ der Rockefeller der Rockefeller-Assoziierten, um ihren Einfluß und ihre Kontrolle auf die Erziehung, die Literatur, die Medizin, und ebenso auf andere soziale Bereiche der Vereinigten Staaten auszudehnen und zu verstärken. Die paar „renommierten“ Universitäten der Vereinigten Staaten, wie die Universität Winston, Chicago, Columbia, Harvard usw. unterliegen ihrer Kontrolle. Sie gründet auch Rockefeller-Stipendien auf den Universitäten, kauft die Intellektuellen ein, wickelt renommierte Regisseure ein, Schauspieler, Komponisten, Maler, Schriftsteller, und andere Persönlichkeiten aus der Welt der Kunst und der Wissenschaften.

Aufs strengste aber kontrollierten die monopolistischen Finanzorganisationen die Regierungen. Nach dem Krieg hörte diese Tendenz nicht auf, sich zu verstärken. Manche Monopolkapitalisten schickten direkt ihre Vertrauensmänner auf Posten in den Regierungen, so z.B. war Dulles, Staatssekretär der Regierung Eisenhower, Mitglied des Aufsichtsrats des Fonds Rockefeller, der Verteidigungsminister Wilson war Generalverwalter von General Motors, der Staatssekretär der Regierungen Kennedy und Johnon, Dean Rusk, war Chef des Aufsichtsrats des Fonds Rockefeller, und Kennedy selbst Mitglied der Finanzgruppe Boston. Bei jedem Wechsel der amerikanischen Regierungen dringen die Repräsentanten der Monopolgruppen in alle Bereiche ein und versuchen, die Herrschaft des Monopolkapitals durch die Übernahme des Überbaus zu konsolidieren.

3. Nie dagewesene Entwicklung des monopolistischen Staatskapitalismus.

Die außerordentlich rasche Entwicklung des Staatskapitalismus stellt ein herausragendes Phänomen des gegenwärtigen Imperialismus dar.

a) Durch das Staatsbudget verstärkt das Monopolkapital die Konzentration der Produktion und des Kapitals in den Händen einer kleinen Zahl von Monopolkapitalisten

In den kapitalistischen Ländern stellt das Budget ein wichtiges Mittel für den Staat dar, um Profite zu realisieren, die an die Kapitalisten verteilt werden. 1970 beliefen sich die Einkäufe und Ausgaben der amerikanischen Regierung auf 219,4 Mrd. Dollar, das bedeutet 20 % des Gesamtwerts der nationalen Produktion, eine Zahl, die nur noch von England übertroffen wird. Die Situation 1972 ist folgende (vgl. Tabelle 8):

Seit dem Krieg haben sich im Zusammenhang mit der Ausdehnung der Bewaffnung und den Kriegsvorbereitungen des amerikanischen Imperialismus, der den Weg der beständigen Militarisierung der nationalen Wirtschaft eingeschlagen hat, die Militärausgaben und so die Bestellungen für militärisches Material enorm vergrößert. Während der ganzen Zeit der 60er-Jahre machten die Waffenbestellungen fast mehr als die Hälfte der militärischen Ausgaben aus. Jedes Jahr unterzeichnet das Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten 22.000 Verträge mit Unternehmungen. Außerdem hat es noch 100.000 Unternehmen spezieller Art, deren Produktion auf die Bewaffnung ausgerichtet ist, wobei enorme Profite zu machen sind.

Ausdehnung des Systems des Eigentums des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Während des Zweiten Weltkriegs entwickelten alle imperialistischen Staaten auf breiter Ebene die „staatliche Wirtschaft“. Während des Krieges schufen die Vereinigten Staaten eine große Zahl von staatlichen militärischen Fabriken. Außerdem wurde mit Hilfe von geborgten Staatsgeldern eine große Menge Kapital in monopolistische Betriebe investiert und half den monopolistischen Unternehmungen, eine große Menge fixes Kapital anzuhäufen. Nach den Statistiken beläuft sich die Zahl der von 1939 bis Juni 1945 errichteten Gebäude und Fabriksausstattungen, die in den USA neu installiert wurden, auf 26 Mrd. Dollar, wovon 2/3, d.h. 17,2 Mrd. Dollar, direkt vom Staat geborgtes Geld war. Auf der anderen Seite besitzt die amerikanische Regierung selbst eine große Zahl von Staatsgütern, wovon ein großer Teil auf militärische Einrichtungen entfällt. Bis Februar 1970 umfaßten die Güter nur des Verteidigungsministeriums Ländereien, Bauten, und Ausstattungen für Produktion, Fabriken usw. Sie beliefen sich auf 215 Milliarden Dollar. Tabelle 8 zeigt die Situation der amerikanischen Staatsgüter.

Tabelle 8: Staatsausgaben in % des Bruttonationalproduktes

Land	USA	Frankreich	BRD	Japan	England
in %	19,9	19,8	13,2	12	33

Tabelle 9: Amerikanische Staatsgüter (in 100 Mio Dollar)

Jahr	1929	1939	1949	1958	1968	1970
Betrag	594	1.093	1.964	2.587	3.830	4.000

Tabelle 10: Anteil der verstaatlichten Unternehmen in Prozent (1968)

Land	Frankreich	BRD	Italien	Holland	Belgien	England
Arbeiter u. Angest. (%)	11,2	8,7	11,6	8,1	8	8,5
Kapital (%)	33,5	22,7	28	21	13,5	17

Nach dem Krieg gingen England und Frankreich an die sukzessive „Verstaatlichung" der elektrischen Energie, der Kohleindustrie, der Eisenbahnen usw., um ihre Konkurrenzfähigkeit zu verstärken. Gegenwärtig machen die „verstaatlichten" Unternehmen Westeuropas einen nicht zu unterschätzenden Teil der nationalen Wirtschaft aus (vgl. Tabelle 10).

Die Vereinigten Staaten und die anderen kapitalistischen Länder verwenden auch die gesetzgeberischen und verwaltungstechnischen Mittel, um den Widerstand des Volkes zurückzudrängen, die Konkurrenzfähigkeit der monopolistischen Unternehmen zu stärken, den Ruin der kleinen und mittleren Unternehmen voranzutreiben. Mit der Verstärkung der Herrschaft des Finanzkapitals, der noch nie dagewesenen Entwicklung des monopolistischen Staatskapitalismus, geraten alle Bereiche der Politik, der Wirtschaft und des sozialen Lebens in den imperialistischen Ländern in der Nachkriegszeit mehr und mehr unter die Kontrolle einer kleinen Zahl monopolistischer Kapitalisten.

III. Der Kapitalexport des Imperialismus

„Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend geworden." (Lenin, Der Imperialismus ....)

Gegenwärtig betrachten der amerikanische Imperialismus und der sozialimperialistische sowjetische Imperialismus den Kapitalexport als ein ausgezeichnetes Mittel zur Ausdehnung im Ausland, zur Plünderung der Bodenschätze anderer Länder, zur Ausbeutung der Völker anderer Länder, zur Kontrolle der Politik und der Wirtschaft anderer Länder.

1. Die rasende Ausdehnung des Kapitalexports nach dem Krieg. Die Vereinigten Staaten werden zum größten kapitalexportierenden Land

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, zum Beispiel 1914, betrug der Gesamtbetrag der Kapitalexporte der wichtigsten kapitalistischen Länder 44 bis 48 Mrd. Dollar. 1970 erreichte er 300 bis 320 Mrd. Dollar, d.h., fünfmal mehr als 1914. Auf Grund kleiner Geschäfte, die während der zwei Kriege durchgeführt wurden, stieg der Kapitalexport der Vereinigten Staaten am allerschnellsten. Von 3,5 Mrd. Dollar 1940 stieg er auf 155,5 Mrd. Dollar 1970 (vgl. Tabelle 11), dann auf 180 Mrd. Dollar 1972. In ca. 50 Jahren betrug die gesamte Steigerung ungefähr 51mal.

Vom amerikanischen Kapitalexport zählt man ungefähr drei Viertel zu Privatinvestitionen, ein Viertel Staatsinvestitionen.

Von den privaten Investitionen besteht der größte Teil in Direktinvestitionen. Unter Direktinvestitionen versteht man die direkte Gründung von Zweigstellen im Ausland, den Kauf von lokalen ausländischen Unternehmensaktien, die Gründung von Unternehmen im Ausland mit assoziiertem Kapital, bestehend aus dem ausländischen und dem monopolistischen Kapital (siehe Tabelle 12).

Die Vereinigten Staaten besitzen 3.400 Unternehmungen, die 23.000 Unternehmungen im Ausland ausbeuten. Am Ende des Jahres 1960 betrug der Gesamtwert der Jahresproduktion der amerikanischen Unternehmen im Ausland 200 Mrd. Dollar, was den Gesamtwert der nationalen Produktion Westdeutschlands und Japans überschreitet; höher war dieser Gesamtwert nur in den Vereinigten Staaten selbst und in der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten sind ein riesiges „Kaiserreich" von Unternehmungen im Ausland geworden, ein „Staat" im Ausland.

Die Investitionen der Regierung der Vereinigten Staaten, d.h., staatliche Kapitalinvestitionen, sind sehr unterschiedlich und die wichtigste Form ist das, was man „Hilfe" für das Ausland nennt. Nach den Statistiken betrug der Gesamtwert aller ans Ausland von den Vereinigten Staaten gegebenen „Hilfen" zwischen 1945 und 1971 149,6 Mrd. Dollar.

Die amerikanische „Hilfe" besteht zu einem Teil aus "Geschenken", zum anderen aus Darlehen. Zwischen Juli 1945 und Juli 1966 betrug der Gesamtwert der amerikanischen „Hilfe" 128 Mrd. Dollar, davon waren 89,2 Mrd. Dollar „Geschenke", sprich 70%. Scheinbar müssen diese „Geschenke" nicht zurückerstattet werden. In Wirklichkeit sind sie aber dazu da, die Leute zu kontrollieren, und sie als Hampelmänner zu halten. Vorsitzender Mao hat auf sehr deutliche Art die Natur dieser "Hilfe" entlarvt, indem er sagte: „Man kann Euch etwas geben, aber es gibt eine Bedingung. Welche? Marschiert mit uns." In den letzten Jahren wurde der Teil „Geschenke" der amerikanischen "Hilfe" relativ stark vermindert und der Anteil der Darlehen er hat mehr als 60% erreicht. Die jährlichen Interessen der amerikanischen Darlehen sind 5 - 8%. Darüber hinaus gibt es Klauseln, daß die Länder, die diese „Hilfe" erhalten, verpflichtet sind, den Vereinigten Staaten jene Rohmaterialien zu liefern, die diese brau-

Tabelle 11: Kapitalexport (in 100 Mio. Dollar)

Jahr	*1914*	*1938*	*1961*	*1968*	*1970*
gesamt	440-480	528	1.400	2.400-2.600	3.000-3.200
USA	35	115	750	1.358	1.555
England	145-193	210	210-225	450	500
Frankreich	116	60	110-120	200	235
BRD	85	20	31	130	240
Japan	3	12	5	20	67
andere	55	111	294-296	242-442	403-603

Tabelle 12
Imperialistischer Kapitalexport (in Mio Dollar)

	1914		1939		1946		1960		1970	
	Betrag	in %	Betrag	in %	Betrag	in %	Betrag	in %	Betrag	in %
Gesamt	35	100	114	100	187	100	689	100	1.555	100
Privatinvestitionen	35	100	114	100	135	72,2	504	73,2	1.199	77,1
Direktinvestitionen	27	77,1	70	61,4	72	38,5	328	47,6	781	50,2
Staatl. Investitionen					52	27,8	185	26,8	356	22,9

chen, und daß sie selbst die amerikanischen „Überfluß"-Waren im Dumping kaufen.

Der amerikanische Imperialismus schafft sich mit diesem Kapitalexport auf großer Stufenleiter enorme Profite. Nach den Statistiken erreichte der Profit aus privaten Direktin vestitionen im Ausland zwischen 1950 und 1970 87,77 Mrd. Dollar, und die Totale dieser Investitionen ist seit Ende 1970 um 14% gestiegen. Der imperialistische Kapitalexport hat grenzenlose Schwierigkeiten für die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gebracht; das arbeitende Volk ist immer ärmer geworden. Nach den Statistiken der UNO betrug die Steigerung des Gesamtwerts der nationalen Produktion der Entwicklungsländer (außer China und einer kleinen Zahl anderer Länder) 11 Mrd. Dollar im Jahresdurchschnitt (1964 — 1967). Aber zur selben Zeit betrugen die Rückzahlungen und Zinszahlungen für Darlehen, die diese Länder den imperialistischen Ländern bezahlen mußten, 6 Mrd. Dollar jedes Jahr, das bedeutet mehr als 55 % der Steigerung des Gesamtwerts des nationalen Produktionen dieser Länder. So z.B. bremst der Kapitalexport der großen imperialistischen Ölmonopole in den mittleren Orient die nationale Industrie dieser Ölländer in ihrer Entwicklung und stellt die Ölquellen der Regionen des mittleren Orients unter die Kontrolle des ausländischen Kapitals. Obwohl 1970 das Volumen der Ölproduktion des Mittleren Orients 925,5 Millionen Tonnen erreichte, lag die Raffineriekapazität nur bei 202 Mio Tonnen, das sind 21,8 % des Produktionsvolumens. Die Raffinerieunternehmen wurden zu einem großen Teil von den monopolistischen Erdölunternehmen der Vereinigten Staaten, Englands usw. kontrolliert. Das schuf ein seltsames Phänomen für viele produzierende Länder. Ausfuhr des Rohöls zu einem niedrigen Preis, Einfuhr der Endprodukte der Erdölindustrie zu einem überhöhten Preis. Jedes Jahr machen die monopolistischen Erdölunternehmungen Amerikas 40.000 $ auf dem Rücken eines Erdölarbeiters in Kuweit.

2. Die sowjetischen Revisionisten schwingen die Fahne der „freundschaftlichen Hilfe" und betreiben Kapitalexport

Die "brüderliche Hilfe", die interesselosen Darlehen", deren der Sozialimperialismus sich rühmt, sind in Wirklichkeit nicht anders als beim amerikanischen Imperialismus eine Art von Kapitalexport.

Die Gesamtsumme der Kapitalexporte in die Mitgliedsländer der „ökonomischen Gemeinschaft" durch die sowjetischen Revisionisten in der Form von „ökonomischer Hilfe" bis 1972 erreichte 10 Mrd. Rubel. Durch die „ökonomische Hilfe" haben die sowjetischen Revisionisten ihre Finger in mehr als 1.400 Konstruktionseinheiten in bestimmten osteuropäischen Ländern, davon mehr als 180 elektrischen Stationen, mehr als 120 Metallbetrieben, ungefähr 150 Mechanikfabriken und Metallverarbeitende Betrieben, 50 Kohlengruben und 90 Chemischen Fabriken. Bulgarien z.B.: Bis 1969 haben die sowjetischen Revisionisten diesem Land 1,8 Mrd. Rubel geborgt, das sind 90 % aller Auslandsschulden. Unter diesem Druck der Darlehen haben Sowjetrevisionisten die Kontrolle des wirtschaftlichen Lebens Bulgariens übernommen.

Anderes Beispiel: Die langfristigen Darlehen, die die revisionistische Sowjetunion der Mongolei gewährte. Wenn man den mittleren Betrag pro Bewohner an Schulden errechnet, so erhält man eine Zahl von 2.000 Dollar für jeden Einwohner; so ist das mongolische Volk das am stärksten verschuldete auf der Welt. Die sowjetischen Revisionisten verwenden die „Hilfe", um die gesamte Wirtschaft der Mongolei zu kontrollieren. Sogar die Chefs bestimmter Betriebe und Fabriken sind Russen. Die Sowjetrevisionisten profitieren von der „wirtschaftlichen Hilfe", um ihre alten Ausrüstungen und ihre gelagerten Waren anzubringen. Und sie zerfransen sich bei der Plünderung der Länder, die ihre „Hilfe" erhalten, was in der Wirtschaft dieser Länder bedeutende Schäden anrichtet. Die Viehzucht ist die Spezialität der Mongolei, aber im Augenblick ist dieser Wirtschaftssektor nahe dem Zusammenbruch. Auf Grund der Entsendung von wertvollen Zuchttieren in die Sowjetunion hat sich der mongolische Viehbestand um eine große Zahl von Tieren verringert. Im Juli 1968 waren nur mehr ungefähr 18 Millionen Tiere übrig, was eine Verminderung um 30 % zu 1940 bedeutete. Das bedeutete Schwierigkeiten in der Versorgung mit Fleisch in der Mongolei selbst. Die sowjetischen Revisionisten exportieren Kapital in die unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Ungefähr 6 Mrd. Dollar wurden unter dem Titel „wirtschaftlicher Hilfe" an 37 Länder dieser Regionen von Sowjetrevisionisten zwischen 1957 und 1958 gegeben. (Vergleiche Tabelle 13).

Daß diese Länder in einer Krise sind, davon profitieren die sowjetischen Revisionisten, um sie zu Rückzahlungen zu zwingen. Das geschah während des Krieges im Mittleren Orient im Oktober 1973.

Und zur selben Zeit verwendeten sie die Methode des Einkaufs von Öl zu billigem Preis im mittleren Orient mit ausländischen Devisen, die sie durch den Verkauf von Kriegsmaterial erhalten hatten, und den Verkauf dieses selben Öls im Westen zu einem überhöhten Preis, sowie anderer billiger Methoden um viel Geld zu machen.

Nach einem Untersuchungsbericht des Sekretariats für staatliche Verteidigung der Vereinigten Staaten betrug die Gesamtsumme der Waffenexporte durch die Sowjetischen Revisionisten in Entwicklungsländer zwischen 1955 und 1971 8 Mrd. Dollar, davon 5 Mrd. für den Mittleren Orient. In Tabelle 14 kann man das Verhältnis der Exporte von schweren Waffen durch die Sowjetunion in die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zwischen 1955 und 1969 sehen.

Indien ist das Entwicklungsland, das am meisten „Hilfe" von seiten der sowjetischen Revisionisten erhält. Vom 2. Februar 1955 bis Ende 1971 betrug die gesamte sowjetrevisionistische Hilfe an Indien 10.312,500.000 Rupien, davon 10.211 Mrd. Rupien Darlehen und 101,5 Mio Rupien „Geschenk". Durch ihre „Hilfe" formen die Sowjetrevisionisten das bürokratische indische Kapital und kontrollieren sein wirtschaftliches Leben. Diese bürokratischen kapitalistischen Unternehmungen, „assistiert durch die Sowjets-, kontrollieren 80 % der Maschinenfabrikation, 60 % der elektrischen Ausstattung, 35 % der Ölraffinerien, 30 % der Stahlproduktion, 20 % der elektrischen Energie des Landes. Unter ihnen gibt es viele Unternehmungen, die direkt von den Russen kontrolliert werden. Die Schulden Indiens an die Sowjetunion erreichten am 31. März 1972 3,815 Mrd. Rupien, und die Zinszahlungen, die während eines einzigen Jahres (1969)

Tabelle 14

Gesamt	Naher Osten	Ind. Subkont.	Nordafrika	Sahara, Afrika, Austr.
100	64,2	28,7	4,9	2,2

Tabelle 13
„Wirtschaftshilfe" der Sowjetunion an Entwicklungsländer 1957 — 1968 (in Mio Dollar)

	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Naher Osten	310	75	145	270	5	54	40	518	—	423	200	178
Asien	143	71	551	296	365	3	12	272	78	660	5	127
Afrika	—	—	181	62	150	34	100	208	36	78	9	—
Lateinamerika	—	30	—	—	—	—	—	—	15	85	55	2
Gesamt	**453**	**176**	**877**	**628**	**520**	**91**	**152**	**998**	**213**	**1.246**	**269**	**307**

gezahlt wurden, betrugen 110 Millionen Rupien. Durch den enormen Kapitalexport gelang es den Sowjets, Indien unverkäufliche Produkte niedriger Qualität zu verkaufen, und sie haben auch ihre landwirtschaftlichen und Bergwerksprodukte ausgeplündert.

Die sowjetrevisionistische Infiltration in den afrikanischen Ländern begann bereits sehr früh, zu Zeiten Chruschtschows. Zwischen 1959 und 1964 gaben die Sowjetrevisionisten Afrika unter dem Titel „Hilfe“ an 735 Mrd. Dollar. Mit dem Machtantritts Breschnews hat sich die Methode geändert. Man verminderte die „wirtschaftliche Hilfe“ und erhöhte die militärische Hilfe.[11] Von 1960 bis 1964 erhöhte sich der Waffenexport nach Afrika durch die sowjetischen Revisionisten und von 1965 bis 1969 auf 157,6 Millionen Dollar. Das bedeutet eine Erhöhung um 127 %. Auf der anderen Seite benützen die Sowjets den Handel mit Afrika, um es auszuplündern und es zu infiltrieren. Von 1955 bis 1971 erreichte der Gesamthandel der Sowjetunion mit Afrika 3.017,6 Mio Dollar.

Die Infiltration und Expansion der sowjetischen Revisionisten in Lateinamerika vollzieht sich hauptsächlich durch die Praxis der „wirtschaftlichen Hilfe“ und des Handels. Insgesamt betrug der sowjetische Handel mit Lateinamerika im Jahr 1960 221 Mio Rubel und 1.023 Mrd. Rubel 1970, das bedeutet eine Steigerung von 4,1mal. Die gesamte „wirtschaftliche Hilfe“ war mehr als 5 Mrd. Dollar. Andererseits exportieren sie auch Waffen in manche lateinamerikanische Länder.

3. Unerhörte Zuspitzung der Widersprüche im Streit der imperialistischen Länder um Investitionsmärkte

Seit dem Krieg hat der Imperialismus nicht aufgehört, den Kapitalexport nach Asien, Afrika und Lateinamerika zu steigern. Der bedeutendste Teil vollzog sich über Investitionen zur Ausplünderung der Bodenschätze. 1970 betrugen die Direktinvestitionen der USA in Asien, Afrika und Lateinamerika 21,29 Mrd. Dollar, die Hälfte davon wurde in der Erdölindustrie und in anderen Förderindustrien investiert. Durch diese Investitionen plünderte der amerikanische Imperialismus wie rasend die Bodenschätze Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Gleichzeitig waren die Profite, die aus diesen Ländern herausgerissen wurden, die allerhöchsten. Nach den Statistiken der Handelsabteilung der Vereinigten Staaten lag 1970 die mittlere Profitrate der direkten amerikanischen Investitionen im Ausland bei 13,1 %; die Rate in den Regionen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas war aber 21 %.

Nach dem Krieg verstärkte sich der Kapitalexport in die Regionen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die imperialistischen Länder exportierten aber auch in die industriell entwickelten Gebiete. 1946 betrugen die amerikanischen Direktinvestitionen in Europa 1,04 Mrd. Dollar, das sind 14,4 % der Gesamtinvestitionen, die direkt getätigt wurden. 1970 stiegen sie und erreichten die Summe von 27,47 Mrd Dollar, das sind 31,3 %. Um das Jahr 1958 tat das amerikanische Monopolkapital unter dem Losungswort „Fabrikstransfer nach Europa“ sein möglichstes, um Kapital nach Europa zu exportieren, vor allem in die Länder der EG. Während der Periode von 1958 bis 1957 vervielfachten sich die Direktinvestitionen der USA in Europa 4,4 und die in die EG-Länder um 5,1, was in einer starken Zuspitzung der Widersprüche zwischen den westeuropäischen Ländern und den Vereinigten Staaten mündete. 1958 schlossen sich 6 westeuropäische Länder zusammen und bildeten die EG, wodurch der Kontrolle der USA entgegengearbeitet wurde. Also schufen diese unter Ausnützung der Methode der "Durchdringung“ Filialen in Europa, die am Ort produzierten und verkauften. So konnten die amerikanischen Monopolunternehmen alle Privilegien genießen, sich der Zollabgaben entledigen, beim Transport der Waren sparen, und ebenso bei Versicherungen und anderem. Die Schaffung von Filialen gibt auch die Möglichkeit, billigere Handarbeit einzukaufen als in den USA.

Die westeuropäischen Länder haben verschiedene Maßnahmen des Widerstandes oder der Kontrolle ergriffen, vor allem um sich der ununterbrochenen Flut der amerikanischen Investitionen entgegenzustellen. Westeuropäische Länder haben legale Maßnahmen ergriffen, um den Fluß der ausländischen Kapitalien zu beschneiden. Bestimmte Regierungnen sind eingeschritten und haben offene Hindernisse aufgestellt, um die annexionistischen Aktivitäten des amerikanischen Kapitals zu beschneiden. Zur selben Zeit beschleunigte das Monopolkapital der westeuropäischen Länder die Konzentration der Kapitale und die Fusion von Unternehmungen überschritt dabei seine Grenzen, um sich zu vereinigen, und den Vereinigten Staaten Konkurrenz zu bieten. Auf der anderen Seite exportierten die westeuropäischen Länder Kapital in die Vereinigten Staaten. Und obwohl diese Kapitalien nur einen winzigen Teil der amerikanischen Wirtschaft darstellen, bedeuten sie doch eine Schwächung des Gläubigerstaates USA. All das zeigt, daß der Kampf des Imperialismus um Investitionsmärkte, ein Kampf bis zum Tode, sich nicht nur in den Gebieten Asien, Afrika und Lateinamerika abspielt, sondern auch in den Zentralgebieten des Imperialismus selbst.

Inhaltsverzeichnis
3. Jahrgang 1978

I. Chronologisches Verzeichnis

II. Verzeichnis nach Sachgebieten

1. Dokumente des Kommunistischen Bundes Österreichs und Kampf um die richtige Linie der österreichischen Kommunisten

2. Internationaler Klassenkampf

a) Allgemeines:

b) Europa:

c) Asien (Türkei und Sowjetunion: siehe unter „Europa")

d) Afrika

e) Amerika

3. Klassenkampf in Österreich

a) Atomkraftwerke und Energiepolitik

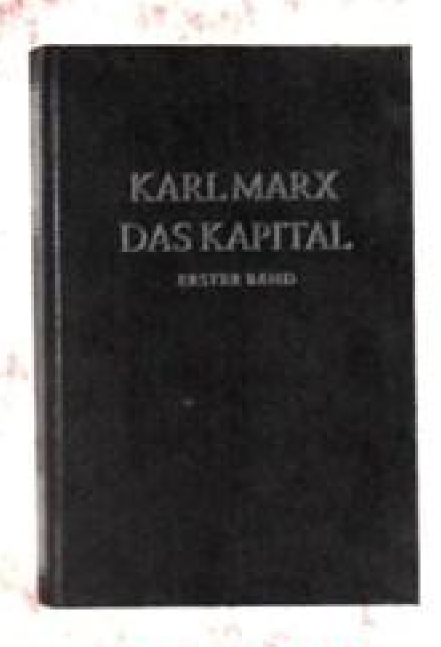
b) Minderheitenpolitik

c) Hochschulpolitik

d) Wirtschaft

e) Sonstiges

4. Geschichte des Klassenkampfs und der Arbeiterbewegung



Das Kapital Band 1 bis 3

Karl Marx

Weil die Frage der 35-Stunden-Woche in Zukunft eine immer größere Rolle spielen wird, haben wir in dieser Nummer einen Artikel der Untersuchung der Einführung der 40-Stunden-Woche gewidmet. Gerade für die Erarbeitung eines wissenschaftlichen Standpunktes zur Frage der Beschränkung der kapitalistischen Ausbeutung der Lohnarbeit durch die Verkürzung der Normalarbeitszeit ist das Studium des „Kapital" von Karl Marx von größter Bedeutung. Im Band I untersucht Marx unter anderem den Kampf um den 10-stündigen Normalarbeitstag in England und ebenso die Zusammenhänge zwischen der Steigerung der Ausbeutung durch Ausdehnung der Arbeitszeit und der durch Steigerung die Intensität der Arbeit.

Band 1 ÖS 79,-
Band 2 ÖS 63,20
Band 3 ÖS 90,90

Alois Wieser Ges.m.b.H. / Buch- und Schallplattenversand / Zeitungs- und Zeitschriftenvertrieb / Postfach 13 / 1042 Wien / Tel.: (0222/57 37 23) /



Das Münchner Abkommen zwischen Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier (geschlossen am 28./29. September 1938) stellt den Schlußpunkt eines Betruges dar, der in der Geschichte seinesgleichen sucht. Statt „Frieden" und „Entspannung", die es versprach, brachte es Expansion und Aggression des deutschen Faschismus, und die „vernünftige Konfliktregelung", die es vorsah, bestand in der Preisgabe eines kleinen Landes.

Gab es zur Politik Chamberlains und der Westmächte gegenüber Hitler und Mussolini keine Alternative?

Hätte der Frieden damals noch gerettet werden können?

Aus der Untersuchung der Vorgeschichte und der Hintergründe des Münchner Abkommens versucht der Autor eine Antwort zu geben, die auch für die heutige Zeit Bedeutung hat.

110 Seiten ÖS 61,60



Die unter Führung Lenins und Stalins errichtete Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion vermochten weder die imperialistischen Mächte nach dem 1. Weltkrieg noch die Nazifaschisten im 2. Weltkrieg zu stürzen — das gelang erst der von Chruschtschow geleiteten friedlichen Konterrevolution. Nils Holmberg, seit über 50 Jahren führender schwedischer Kommunist, greift weit in die Geschichte der Sowjetunion zurück, um zu zeigen, wie es zu diesem Umsturz kommen konnte, und um u belegen, daß das Land, das einst Millionen Werktätigen in der ganzen Welt leuchtendes Beispiel ihrer Zukunft war, sich heute nur noch mit sozialistischen Phrasen schmückt, um seine imperialistischen Taten zu verbergen.

2 Bände (160 und 136 Seiten) je ÖS 59,30



Sonderausgabe der Zeitschrift *Befreiung*

Zu Pfingsten 1977 diskutierten in Berlin (West) die über 30 Teilnehmer der Internationalen Konferenz der Zeitschrift *Befreiung* über die Entwicklung der Sowjetunion zur sozialimperialistischen Supermacht. In dieser Sonderausgabe der *Befreiung*, Zeitschrift für Politik und Wissenschaft, sind alle Referate und Diskussionsbeiträge abgedruckt. Vielseitige Informationen und Fakten über die Sowjetunion werden zusammengetragen und dem Leser zur Verfügung gestellt. Für ein tieferes Verständnis der Ereignisse in der Sowjetunion wie auch in der Welt ist diese Zusammenstellung unentbehrlich.

286 Seiten ÖS 94,80